

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 22. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Das Ende des Streiks der Straßenbahn-Angestellten.

Die Majestät des Gesetzes.

Am Montag wurde im preussischen Abgeordnetenhaus eine
Debatte über den Ausstand der Berliner Straßenbahn-Angestellten
provociert, die zwei Ministern Gelegenheit gab, ihre socialpolitischen
Einsichtungen zu entwickeln: dem neuen Herrn v. Rheinbaben und
dem alten Herrn v. Thielen, der nach der Abschöpfung seines un-

beglanten Willens gegenüber den juristischen Konstruktoren des
Rechtsstaats fühlt, seine Schneidigkeit an schmächtig angebeuteten
Arbeitern zu erweisen.
Was die Herren Rheinbaben und Thielen an stromen Worten
über die Exzesse geäußert haben, sei ihnen geschenkt. Für einen preussischen
Minister giebt es nur zwei geistige Waffen: den Polizeisäbel und
das Kleinfalkenrad. Scheint der erstere nicht zu genügen, so wird
Militär requiriert. Und wir haben denn aus den Aeusserungen der
Herren ohne großes Erschauern entnommen, daß sie sich
bereits auf militärische Scharfschüßereien innerhalb Berlins
eingelassen hätten. Gegen den aus der Trostlosigkeit der
wirtschaftlichen Verhältnisse geborenen großstädtischen Jan-
tagel, der überall dabei ist, ob es sich nun um Fürstenbesuche,
Paraden oder einen Etzsch handelt, wissen die preussisch-christlichen
Minister nur das Rezept, auf unschuldige Passanten einzuhauen und
zu schellen. Mut muß stehen! So wahr man energisch die
Kriterien des Staats.

Diese Anschauungen kennen wir längst und sehen darin nur das
Eingeständnis der geistigen Ohnmacht eines kulturfeindlichen Systems.
Über ein andres verdient aus den Reden des ministeriellen Duos
mit allem Ernst und Nachdruck existiert zu werden: Die Auffassung
über die Rechte von Arbeitern, die an einem privaten Verkehrs-
institut angestellt sind.

Die „Große Berliner“ hat sich gut vorgelesen. Ihre Aktionäre
sagen in der Stadtverordneten-Versammlung, Stadträte zieren ihren
Ausschüßrat, ihr Direktor Mücke war vorher die rechte Hand
des Eisenbahnministers Thielen, sie ist verknüpft mit
den größten Industrie-Gesellschaften und Banken — was Wunder,
daß sie ungefähr eine Stellung in unserm Staatswesen ein-
zunehmen wähnt, wie sie die Eisenbahngesellschaften in den
Vereinigten Staaten haben, die die allmächtigen Tyrannen
dieser Republik sind. Nach den Reden der Herren Minister wird das
Größenbewußtsein der Berliner Verkehrs-Gesellschaft — die zum Ueber-
flus noch einen einflussreichen wissenschaftlichen Vertrauensmann in
dem Professor Slaby besitzt — mit Recht noch zuzunehmen; denn
namentlich Herr Thielen hat aus dem Aufsichtsrat über die Straßen-
bahnen, das ihm das Kleinbahn-Gesetz giebt, seine Pflicht destilliert,
die Arbeiter der privaten Gesellschaft unter eine Diktatur zu stellen,
wie sie im Bereiche des Eisenbahnministeriums entprechend einge-
führt ist.

Herr Thielen hat im Abgeordnetenhaus mit großer Er-
regung die Interessen der Straßenbahn-Gesellschaft mit denen des
Gesamstaats für solidarisch erklärt. Noch stärker trat der Unmut
über das Vorgehen der Angestellten in einer

Unterredung Thielen mit dem Assessor v. Schulz
hervor. Herr v. Schulz, der verdräute Vorsitzende des Berliner Gewerbe-
gerichts, hatte sich um eine Einigung in dem Streit bemüht. Nachdem
er an verschiedenen Stellen vergeblich um eine Unterredung ersucht,
war er zum Eisenbahnminister selbst gegangen, der sich dem auch
herbeiließ, die Angelegenheit mit Herrn v. Schulz zu erörtern. Frei-
lich entwickelte Herr v. Thielen die eigenartigen Meinungen. Der
Minister erklärte mit aller Schroffheit dem Vermittler, daß von der
Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft überhaupt nicht nach-
gegeben werden dürfe; es seien die strengsten Maßregeln ergreifen
worden, um die Bewegung zu unterdrücken. Die Sache sei von der
Socialdemokratie angezettelt, und er, der Minister, mache
die Angestellten für alle Ausschreitungen verantwortlich; ja, er behauptete sogar — obwohl am Sonntag die
Streikenden in fünf Cztrazügen aus Berlin hinaus ge-
fahren waren — daß die Exzesse von den Angestellten verübt
worden seien. Endlich erklärte Herr v. Thielen, er werde dafür
sorgen, daß keiner der am Ausstand Beteiligten wieder eingestellt
werde. Und als Herr v. Schulz, entgegen dem Minister, die Ansicht
ausdrückte, das Gewerbegericht sei auch in diesem Fall zu-
ständig, bemerkte v. Thielen recht magnaanim, daß für ihn nur seine
eigenen Ansichten maßgebend seien — auch ein Minister hat
manchmal eine eigene Ansicht, obwohl er zur Zeit gemeinhin nur die
Wille der Krone auszuführen hat.

Das war am Montag früh. Am Mittag entwickelte der un-
beglante Held des Mittelstand-Kanals die gleichen Ansichten im
preussischen Abgeordnetenhaus, ohne übrigens von irgend einer
Seite die gefährdende Wertung zu erfahren. Mit Recht
sei die Gesellschaft allen Forderungen entgegen getreten,
die sich auf die Disziplin bezogen; ja, er hätte gegen die Direktion
einschreiten müssen, wenn sie in dieser Beziehung entgegen gekommen
wäre.

Welche Forderungen der Angestellten meint Herr v. Thielen?
Es handelt sich doch wohl nicht um den Wunsch, ein paar mißliebige
Vorgesetzte zu verjagen — ein billiges Gegehren, das oben drein
später noch auf die Forderung einer bloßen Ehrenerklärung ermäßigt
worden war. Derlei Wünsche werden auch in Staatsbetrieben geäußert

und gehört. Wie erinnern nur daran, daß der Vorgänger
des Ministers Rheinbaben, Herr v. d. Mede in Gemeinschaft mit
dem Kultusminister Voße im vorigen Sommer das Ministerium
räumen mußte, weil nach den von ihnen vorgenommenen Beamten-
maßregelungen ihre Untergebenen sie in aller Form boykottierten.
Diese Rücksichtlosigkeit gegenüber den Wünschen der Beamten hat aber,
so viel wir wissen, die Grundlagen des Staats nicht erschüttert,
wie auch das Reichsgericht daran nicht zu Grunde gegangen,
daß es sich vor ein paar Jahren gegen die ausgezwungene
Präsidentenschaft des entlassenen und deshalb stellungsbefähigten
Kolonialministers v. Kahler mit den schärfsten gesellschaftlichen Waffen
wehrte.

Nein, Herr v. Thielen muß etwas Wichtigeres meinen; er
wendet sich nicht sowohl gegen eine eigentliche Forderung der
Angestellten, als gegen eine unangenehme Thatsache. Was der
Eisenbahnminister sagen wollte, bemüht sich eine offiziöse Auslassung
der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu erläutern,
die folgendermaßen lautet:

Von vornherein konnte es für die Staatsregierung nicht
zweifelhaft sein, daß sie zu den Differenzen, welche in Betreff der
bestehenden Lohnverhältnisse zwischen den Angestellten der Berliner
Straßenbahnen und den Direktionen ausgebrochen waren, in seiner
Weise Stellung zu nehmen hatte. Diefem Standpunkte entsprochen
auch die in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses von den
Ministern des Innern und der öffentlichen Arbeiten abgegebenen
Erklärungen. Anders aber verhält es sich mit der
Stellungnahme der Staatsregierung zu denjenigen For-
derungen der Angestellten, durch deren Erfüllung eine
weitgehende Lockerung der Disziplin innerhalb des
Organismus der Berliner Straßenbahnen eintreten müßte.
Nach Vertretung dieser Wünsche würden die Be-
triebsverwaltungen aufhören, Herren in ihrem eignen
Hause zu sein, und einen Einfluß auf die Gestaltung des
Arbeitsvertrags mit ihren Angestellten außerhalb stehenden
Elementen überlassen müssen. Solchen Forderungen gegenüber
wäre ein teilnahmsloses Gemäherlassen seitens der Staats-
regierung undenkbar. Sie würde also der Vertretung
eines in dieser Richtung liegenden Erfolgs der Angestellten
mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln begegnen. Eine
ausreichende Handhabe würde ihr das geltende Kleinbahn-Gesetz
bieten, dessen Bestimmungen auch für die Berliner Straßenbahnen
gelten.

Die Hand der Socialdemokratie ist, wie in dem größten
Teile der Ausstands-Bewegungen der letzten Jahre, so auch in
der Organisation des Streiks der Berliner Straßenbahn-
Angestellten unverkennbar bemerklich geworden. Die Staats-
regierung aber hat die Pflicht, den betroffenen auf die diktatorische
Beherrschung der Arbeiterschaft und des gesamten öffentlichen
Lebens hingzielenden Bestrebungen der Socialdemokratie auf das
Entschiedenste entgegenzuwirken, und es kann versichert werden,
daß sie dieser ihrer Pflicht nach allen Richtungen hin ent-
sprechen wird.

Zur Zeit liegt für ein derartiges Eingreifen der Staats-
regierung als Aufsichtsbehörde der Berliner Straßenbahn-Ver-
waltungen kein Anlaß vor, da die letzteren den die Disziplin
gefährdenden Forderungen ihrer Angestellten ein entschiedenes
Nein entgegenzusetzen haben.“

Diesen im schönsten Schweinburg-Stil geäußerten Scharfmacher-
Drohungen folgen des weiteren die inzwischen recht überflüssig ge-
wordenen Versicherungen, die Staatsregierung werde jedenfalls von
den ihr geleglich zustehenden weitgehenden Machtbefugnissen zur
Niederwerfung jeder Ausschreitungs- und Ungehorsams-Gebaren machen
und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unter allen Um-
ständen Sorge tragen.“

Die gleichen Drohungen spricht auch — in fast wörtlicher Ueber-
einstimmung — die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ aus. Was
sollen diese auffälligen offiziellen Wendungen, die höchstens bei einem
um seine Dividenden zitternden und deshalb fruchtlos erregten
Aktionär der Straßenbahn-Gesellschaft verständlich finden würde?

Wenn der Minister des Innern die Gefeglosigkeit von
Elementen beklagt, die von der Rot in den Schlamm der Weltstadt
hinabgestoßen worden sind, so hätte sein Kollege Thielen mit großer
Sorgfalt auch den leisesten Schein vermeiden müssen, als ob die
leitenden Organe des Staats selbst geneigt seien, sich über allgemeine
Gesetze und verbriefte Rechte verfassungswidrig hinwegzusetzen. Was
will es schließlich besagen, wenn Personen aus der niedrigsten geistigen,
materiellen und moralischen Schicht in der Leidenschaft sich zu
allerlei Unfug hinreich lassen, wenn der Staat selbst sich an die
Gesetze nicht zu halten scheint. Es giebt keinen gefährlicheren An-
griff auf die „Majestät des Gesetzes“, als wenn die Hüter des Ge-
setzes selbst die Majestät des Rechts antasten.

Herr v. Thielen ist nicht unmittelbar verantwortlich zu machen
für die Auslassungen der Offiziösen; aber freilich bleiben seine eigenen
Behauptungen ohne die Jubilationsnahme der offiziösen Scharfmacher
unverständlich. Die offiziöse Kundgebung nun besagt in kaum noch
mißzuverstehender Weise, daß der Minister die Gesellschaft eventuell
zwingen werde, ihren Angestellten das Qualifikationsrecht zu
rauben.

Die Offiziösen leben offenbar in dem Bahn, die Justizhaus-
Vorlage sei Gesetz geworden, deren besonderer Justizhaus-
Paragraf ja zweifellos in dem Streik der Straßenbahner eine
blutige Rolle gespielt haben würde, wenn der Reichstag den Entwurf

nicht verfehrt hätte. Die Justizhaus-Vorlage ist nicht
Gesetz, dagegen gehört die Ausübung des Qualifikationsrechts zu
den verfassungsmäßig garantierten Freiheiten der Arbeiter. Ein
Straßenbahn-Angestellter untersteht nicht der Gefegnis-Ordnung
und darum ist er berechtigt, sich für alle gesetzlichen Zwecke,
so wie er es für gut befindet, zu organisieren und
zu koalieren. Eine Einmischung des Ministers in die
Angelegenheit der Organisation der Straßenbahner wäre mithin
nur in dem Sinn denkbar, daß er die Gesellschaft veranlaßte,
ihren Angestellten die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte zu ge-
währen. Jede Einmischung im Sinne einer Unterdrückung
der Organisation wäre die schwerste Verletzung an der Majestät
des Gesetzes — eine Verletzung so unerträglich, daß ihr
gegenüber die bedauerlichen Exzesse des „Janthagel“ gleichgültig und
weifenlos wären.

Ueber die

Sitzung des Abgeordnetenhauses

schreibt man uns aus dem Landtag:

Im Abgeordnetenhaus brachte am Montag Abg. Freiherr
v. Zedlitz (St.) gelegentlich der zweiten Lesung des Gefegentwurfs
über die Zwangs-Erziehung Minderjähriger die be-
dauerlichen Exzesse zur Sprache, die sich am Sonntag in Berlin er-
eignet haben. Es handelte sich offenbar um bestellte Arbeit; der
Minister des Innern fühlte den Drang in sich, sich vor dem Lande
über die Maßnahmen zu äußern, die die Regierung den Ausschreitungen
gegenüber getroffen hat. Soweit sich Herr. von Rheinbaben
über die von ihm zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung
getroffenen Anordnungen äußerte, überraschte seine Ausführungen
nicht. Wir wissen, daß der neue Minister des Innern sich darü
gefällt, den Schneidigen herauszubringen, und so konnte es kein Wunder
nehmen, daß er sich in langen Lobeshymnen auf die Berliner Polizei
erging, die die Pflicht habe, die „Arbeitswilligen“ zu
schützen. Wozu großes Vertrauen auf die Polizei scheint aber ihr
oberster Chef selbst nicht zu besitzen. Hat er doch dafür gesorgt, daß
die nötigen Truppenteile konfiguriert sind, um nötigenfalls mit
bewaffneter Macht gegen die Exzedenzen vorzugehen! Die Feuer-
spritz, mit der der frühere Kriegsminister Wronski v. Schellen-
dorf einer wirklichen Revolution Herr zu werden praßte,
reicht also nicht einmal aus, um einen Straßenauflauf
zu überwinden, und der famose Redische Schießerschiff erweist sich
auch nicht als das Allheilmittel, um den preussischen Staat vor
drohendem Untergang zu bewahren. Der neue Herr muß schon
Militär zu Hilfe nehmen! Auf verständige Menschen wirkt es höchst
sonnig, wenn der Polizeiminister am Schluß seiner Rede pathetisch
in die Worte ausbrach: „Wir werden zeigen, daß wir dem
Janthagel gegenüber noch Herr im Hause sind. Wir werden
die öffentliche Autorität wahren und jeden zu Boden werfen,
der es wagt, der Moralität des Gesetzes entgegenzutreten.“
Wie stolz doch der Herr Minister auf die Thaten der
Polizei ist! Wie freudig wird ihm das Herz schlagen, wenn er
hört, daß die Polizei Kindern, Frauen und unbeteiligten Spazier-
gänger gegenüber ihr Hausrecht gewahrt und sie zu Boden geworfen
hat! Daß die wirklich Schuldigen sich, wie stets bei derartigen Auf-
läufen, rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben werden, thut nichts
zur Sache. Die „Majestät des Gesetzes“ ist gewahrt. Das muß
dem Polizeiminister genügen.

Obwohl der Minister am Eingang seiner Rede es als Pflicht
der Regierung bezeichnet, sich nicht in die schwebenden Differenzen
einzumischen und die Austragung der Lohnstreitigkeiten den Be-
teiligten zu überlassen, geht doch aus seinen Worten unzweifelhaft
hervor, daß er auf Seiten der Direktion der Großen Berliner
Straßenbahn-Gesellschaft steht. Er tadelt es, daß die Angestellten
unter „Führung der socialdemokratischen Ge-
werkschaft“ sich zu Forderungen haben bewegen lassen, die mit
der Disziplin und der Aufrechterhaltung eines Betriebs nicht verein-
bar sind. Ja, er ging sogar noch weiter und sagte hinzu, wenn
die Direktion auf die Forderungen eingegangen wäre, so hätte
die Aufsichtsbehörde prüfen müssen, ob sie nicht von
Auffichts wegen dieser Forderung hätte entgegenzutreten müssen.
Also: offene Parteinahme gegen die ausgebeuteten
Schaffner, aber kein Wort des Tadels für die
moralischen Urheber des Streiks und im weiteren
Gefolge auch der Exzesse!

Nach offener ergriff der Eisenbahnminister Thielen
für die Direktion Partei. Nach seiner Ansicht ist der
Betrieb der Straßenbahn ein wahrer Musterbetrieb; vielleicht ver-
gleicht er ihn mit dem Betrieb der Staatsbahnen. Er findet,
daß die Direktion in Bezug auf die Lohnfrage ihren Angestellten
sogar entgegengekommen ist. Dingen bezogen er die
übrigen Forderungen der Angestellten als solche, die ein Verkehrs-
institut, das seiner Aufgabe gewachsen sein will, überhaupt nicht er-
füllen darf. Und er ist sogar stolz darauf, daß die Direktion
den Forderungen ihrer Angestellten mit seinem
Wissen und seiner vollen Billigung entgegenge-
treten ist. Vielleicht erfahren wir in der nächsten Zukunft nähere
Einzelheiten über die eigenartige Rolle, die Herr Thielen im Streik
gespielt hat. Ein preussischer Minister als Scharfmacher

ist in der That ein in unsere Zeit passendes Bild. Und eine Re-
gierung, der solch Mitglied angehört, rühmt sich ihrer socialpolitischen
Einficht!

Zu der Debatte zeigte sich, daß alle Redner mit den Maßnahmen
des Ministers des Innern einverstanden sind. Nur Abg. Hirsch (C.)
tadelte es, daß der Minister nicht einen Versuch zur Verständigung
gemacht hat. Auf den Streik selbst ging nur Abg. Goldschmidt
(fr. Sp.) kurz ein. Der Sache der Streikenden hat er aber durch
seine Ungeschicklichkeit keinen guten Dienst erwiesen, und selbst sein
eigener Fraktionskollege Dr. Hirsch sah sich veranlaßt, ihn zu
desavouieren.

Ein Richterkollegium.

Eine Geschichte, die zur Kennzeichnung des sozialen Bewußtseins
der Regierenden sorgfältig der Nachwelt aufbewahrt zu werden ver-
dient, findet sich übereinstimmend in einer Anzahl bürgerlicher
Blätter mitgeteilt:

Im Konferenzsaal des Polizei-Präsidial-Gebäudes am
Alexanderplatz fand Sonnabendnachmittag eine Konferenz von
Vertretern der Aufsichtsbehörde statt, an welcher ein Beamter des
Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, sowie die Direktoren
der Straßenbahn-Gesellschaft teilnahmen. Den Gegenstand der
Verhandlungen bildete der Streik der Straßenbahn-
Bediensteten und die Stellung der Aufsichts-
behörden zu denselben.

Es wurde zunächst über die Forderungen der Streik-
kommission sowie über die Zugeländnisse der
Straßenbahn-Gesellschaft Bericht erstattet. Man war sich von
vornherein darüber klar, daß die Polizeibehörde von den
Zwangsbefugnissen, welche ihr die neue Konzessions-
urkunde, die bis 1849 läuft, einräumt, keinen Gebrauch machen
könne, weil einerseits das elektrische Straßenbahn-Unternehmen
noch in der Umwandlung begriffen und andererseits die
Genehmigungs-Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. Es hätte sich also nur darum
handeln können, ob die Polizeibehörde als Aufsichtsinstanz
im öffentlichen Verkehrsweesen Veranlassung zum Einschreiten
hat oder nicht. Infolgedessen war vornehmlich die Frage
zu prüfen, ob die Straßenbahn-Gesellschaft zur
Verhütung des Streiks alles getan hat, was in ihren
Kräften lag und was man von einem derartigen Verkehrs-
unternehmen verlangen darf. Diese Frage ist nach allen
Richtungen hin bejaht worden. Es wurde anerkannt,
daß die Aufbesserung der Gehaltsätze, die Zulassung von Hilfs-
mitarbeitern etc. als völlig ausreichend zu erachten sei;
bezüglich der Ueberstunden, für welche früher 25 Pf. gezahlt
wurden und welche künftig mit 40 Pf. pro Stunde ver-
gütet werden sollten, machten die Direktoren das weitere
Zugeländnis, daß pro Ueberstunde 50 Pf. zugewilligt
werden sollten. Es wäre dies also das Doppelte des
früher gezahlten Sages. Hierin erklärt man ein ausreichendes
Korrekturen dafür, daß die Gesellschaft die freie Zeit des Personals
nicht mißbräuchlich ausnützen werde. Auch bezüglich der
Lebensbedingungen der Streikenden wurde anerkannt, daß die
Direktion den Streikenden gegenüber ein ausreichendes
Entgegenkommen gezeigt habe. Die Polizeibehörde sieht
sich danach nicht veranlaßt, in den Streik einzugreifen, sie wird
vielmehr eine völlig abwartende Stellung bewahren und nur da-
für Sorge tragen, daß der Straßenbahnbetrieb sich in ordnungs-
mäßiger Weise abwickelt, daß keine Unruhestörungen vorkommen
und die Arbeitswilligen vor Ausschreitungen
geschützt werden.

Man stelle sich vor. Es treten zur Beurteilung des Ausstands
zusammen: a) einige höhere Polizeibeamte, also Herren,
denen die Initiative zu dem bekannten, gegen Streikposten etc.
gerichteten Vorgehen wohl nicht mit Unrecht zuschreiben ist, und
die auch sonst der Arbeiterbewegung gegenüber die Stellung ein-
nehmen, durch die eben die preussische Polizei sich von
jeder gekennzeichnet hat, b) ein Beamter des
Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, desselben
Ministeriums, das seine Arbeiterfürsorge durch 250 M. Tagelohn
für Eisenbahnarbeiter und durch das rücksichtslose Vorgehen
gegen solche Angestellte auszeichnet, die von dem ihnen durch klare
Gesetzesparagrafen garantierten Koalitionsrecht Gebrauch
machen. c) Die Angeklagten in ihrer Sache — Verzeihung,
die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-
Gesellschaft!

Dieses Kollegium fühlt Verur und Drang, in der Ausstandsfrage
ganz für sich zu entscheiden, es vernimmt sich, auszusprechen
Einstimmig in den Mienen, an amtlicher Stelle, judiziert und läßt das
Judizium vielfach und wahrhaftig der Öffentlichkeit preisgeben:

Die Frage, ob die in ihrer eigenen Angelegenheit mit-
beratende Direktion alles getan hat, was im Falle des
jetzigen Ausstands getan werden mußte, ist nach allen
Richtungen hin zu bejahen.

Ueber die Wirkung, die das Kollegium sich von dem Urteil als
solches versprochen haben mag, ist überhaupt nicht zu reden. Wo
sande sich ein Mensch, der sich darauf im Ernstfall stützen möchte?

Woher aber muß man fragen, was die Vertreter des Staats, die
in dem Kollegium gewirkt haben, wohl von einem unter solchen
Umständen gestellten Spruch für das Ansehen des Staats er-
hofft haben mögen?

Niemandem im Polizeipräsidium fällt es ein, auch nur in einer
einzigen Person die Hauptbeteiligten, nämlich die Aus-
ständigen zu der feierlichen Sitzung herbeizurufen.

Einen von ihnen zu hören, wäre nach allgemeinen menschlichen
Verhältnissen das selbstverständliche Ding von der Welt gewesen —
nichts von alledem im Polizeipräsidium. Keiner der Beratenden
trägt ein Verlangen, auch nur einen Jener hunderttausend zu ver-
nehmen, die schweren Herzen einen Schritt jenseits gegen den sie sich im
Gefühl gewohnter Unterordnung lange, lange gestraubt haben,
niemand der beamteten Herren — von der mitberatenden Direktion
nicht weiter zu reden — fällt es ein, sich aus eigener Anschauung ein
Bild davon zu machen, wie es dem gekommen sein mag, daß die so
geduldige Kreatur mit einem Mal in so elemen-
tarem Schmerzensausbruch aufschrie —!

Das Urteil wird viel glatter ohnedies gefällt und lautet, wie es
lauten muß: die eine mitberatende und ausschließlich gehörte Partei
steht ohne Fehl da, die andre Partei, die keine Ahnung von dem hat,
was im Augenblick mit ihr geschieht, wird für schuldig erklärt.

Kaumdem dieser heimliche Vorgang vorüber, folgt die private
Hälfte der Mitberatenden Mut zu neuen, ermutigenden, erfrischenden
Taten: sie schiebt eine, den Thatsachen blutig ins Gesicht schlagende
Verdächtigung in die Welt, sie zeigt die Streikenden der
Teilnahme an den am Tage vorgekommenen Ausschreitungen.
In einer Erklärung, welche die Direktion den bürgerlichen
Zeitungen zugesandt hat, findet sich nämlich folgende Stelle:

„Während die Direktion der Straßenbahn bemüht war, mit
Hilfe der treugebliebenen und der zahlreichen, neu eingestellten
Arbeitskräfte den Betrieb in allerdings wesentlich eingeschränkter
Form aufrecht zu erhalten, wurde seitens der Streikenden
in systematischer Weise mit Verhöhnungen
und Drohungen und im Weiteren auch mit
thätlichen Angriffen auf die im Betriebsdienst be-
findlichen Bediensteten vorgegangen, ja in mehreren Fällen
die Pferde der Betriebswagen angegriffen, Steine in die
Schienenrillen geworfen, Wagen zur Entgleisung gebracht
und dergleichen. Diese höchst bedauerlichen Vorkommnisse
lassen nur zu deutlich erkennen, daß es den mit der Organi-
sation und Durchführung der Arbeitsverteilung befaßten Per-
sonalmitgliedern keineswegs daran liegt, der friedlichen Einigung der
Verwaltung und der Angestellten zu dienen, vielmehr dieselben nur
benutzt waren, die Verhältnisse zum äußersten zu treiben ohne
Rücksicht auf die daraus entstehenden bedauerlichen Folgen
und ohne Rücksicht auf die Interessen des beteiligten Publikums.“

Selbst eine so zahme Zeitung wie das „Berliner Tageblatt“
fühlt sich genötigt, hierzu zu bemerken:

„Die Behauptung, daß die Ausständigen die Exzesse veranlaßt
und sich an denselben beteiligt hätten, ist absolut un-
zutreffend, wie jeder weiß, der gestern auf den Straßen
Berlins war. Es muß als in hohem Grade be-
dauerlich bezeichnet werden, daß die Direktion
der Straßenbahn mit solchen Waffen kämpft.
Die Sympathien des Publikums laßt sie sich dadurch nur noch
immer mehr entfremden, wie es auch allgemein als ein gar nicht
genügend zu charakterisierendes Vorgehen empfunden wird, daß
gestern die Direktion der Straßenbahn Leben und Gesundheit ihrer
Passagiere dadurch aufs Spiel setzte, daß sie gänzlich unfähigen
Personen die Leitung der Wagen anvertraute.“

Nun ermesse man die Wirkung dieser Vorgänge.
Die Ausständigen sind, was allgemein bekannt war und
wovon wir uns keine Illusionen hingeben, in ihrer Mehr-
heit noch strengere Elemente, Männer, die zum großen Teil
aus dem Osten des Landes zum Militär herbeigeführt
und nach Absolvierung der Dienstzeit von der „Großen Berliner“
angestellt wurden, in der Ungen Verachtung, daß man es
mit gefälligen und an Bescheidenheit und Entbehrungen ge-
wöhnten Leuten zu thun habe; mit Leuten, die von dem
Vergleichen geschädigter Arbeiter noch nicht im geringsten
angereizt sind. Diese Leute ertragen jahrelang alles, alles, was die
rücksichtslose Direktion ihnen bietet — bis es mit dem besten
Willen nicht mehr weiter geht, bis endlich der
Wagen zerbricht.

Welch ein moralisches Gewicht hätte die Regierung
des Staates der Sozialreform sich verschaffen, wie hätte
sie ihre Ansehen unter dem noch nicht socialdemokratischen Teil
der Arbeiter im Lande festigen können, wenn sie diese in
staatsstrenger Gesinnung befangenen Männer, wenn auch nicht unter-
stützt, aber doch geholt und wohlwollend ihnen den Weg zum er-
zähligen Frieden gewiesen hätte. Daß die Ausständigen mit
Kreuden bereit waren, einen solchen Weg zu gehen, hat der gestrige
Tag gezeigt. Nichts von alledem. In der über sie entscheidenden
Konferenz werden zwar ihre Gegner, nicht aber sie gehört, das unter
deren Verfallsstücken gefällte Urteil fällt in schroffer Form zu
ihren Ungunsten aus — und die Wirkung?

Die Wirkung ist, daß diesen Arbeitern — vielleicht den letzten in
Berlin, die in größerer Masse noch nicht socialdemo-
kratisch „durchgeleuchtet“ waren — mit einem Schlag die
Binde von den Augen fällt, daß sie erkennen, welch ein
horrender Irrtum ihr bisheriges Vertrauen auf
den Staat der Sozialreform war.

Der Ausstand beendet!

Mit Befriedigung und innerer Genugthuung wird in der
gesamten Bevölkerung, abgesehen von einigen Ausnahmen, die Kunde
aufgenommen, daß der Ausstand der Straßenbahn-Angestellten
beendet ist. Und wenn auch der Konflikt für die Angestellten nicht
mit einem vollständigen Siege endete, so nehmen sie doch ihre
Stellung unter bedeutend verbesserten Arbeitsverhältnissen auf,
ihre einmütigen Widerstand ist nicht ohne Erfolg geblieben.

Die Verhandlungen, die gestern auf Wunsch der Ausständigen durch
Vermittlung des Oberbürgermeisters Hirschner eingeleitet wurden,
führten zwischen Direktion und Angestellten zu einer Verständigung,
über deren Einzelheiten wir an anderer Stelle berichten. Der Betrieb
wird heute früh im ganzen Umfang wieder aufgenommen und da-
mit wird Berlin sein alltägliches verkehrsmäßiges Leben wieder-
gewinnen.

Der Erfolg des Ausstands wird um so höher zu veranschlagen
sein, als der Kampf gegen eine Gesellschaft aufgenommen wurde, die
übermächtige Mittel zur Verfügung hatte und weitgehender
Protektion aller einflussreichen Behörden und Personen sicher war.
Die Proletoren haben so im Abgeordnetenhaus ihre Ansicht mit
aller Deutlichkeit zum besten gegeben, sie kennzeichnet klar den ge-
waltigen Gegensatz, der zwischen dem Fühlen und Empfinden der
großen Volksmassen und der Regierung vorhanden ist. Hier die
Ankündigung, die im wirtschaftlichen Leben den Unternehmer als den
Gebieter uneingeschränkt walten lassen will, die ihn in diesen
Handeln vollen Schutz gewährt, selbst mit Blut die
Autorität bekräftigen will, und dort die empörte Be-
völkerung, die in dem Ausstand nichts weiter sah als eine Auf-
lösung gegen jahrelang ertragenes Ungemach gegen ein System
merthörter Unterdrückung. Die letztere Auffassung hat
gesiegt!

Das Publikum stand auf Seiten der Streikenden. Wir meinen
nicht jene, die ihre Teilnahme durch einige recht bedauernde
Anschuldigungen beludeten, deren Folge sie am schwersten selbst zu
tragen haben, wohl aber diejenigen, die mit wachsendem Ingrimm
Partei ergriffen gegen eine Gesellschaft, die in unverantwortlicher
Weise alle Pflichten, die sie ihren Angestellten gegenüber zu erfüllen
hatte, in prophaner Weise verlehrt.

Hochmütig konnte die Gesellschaft noch vor einiger Zeit jede
Androhung zum Streik verachten. Sie kannte ihre Leute, sie hatten
Demütigung, Mißachtung entgegengenommen, ohne zu widersprechen,
Beschwerden gab es nicht, nur ein Gehorchen. Aber der Jähzornige
waten zu viel angehäuft, so daß es nur eines Anstoßes bedurfte,
die Flamme zu entfachen. Deshalb trat die Lohnbewegung so
plötzlich auf, stürmten ihre Tausende, bisher unorganisierte, von der
Arbeiterbewegung unberührte Leute in heller Vegetation zu.

Und wenn heute alle die Schamacher in Entrüstung darüber
ausbrechen, daß diese Leute sich einer Gewerkschaft angeschlossen, wenn
sie im waghalsigen Haß über die Arbeiterbewegung behaupten, die
Socialdemokratie habe den Streik angefaßt und geführt, so ant-
worten wir ihnen nur: Ihr seid diejenigen, welche die Arbeiter
zur Erkenntnis ihrer Massenlage brachtet. Ihr werdet weiter dazu
beitragen, daß sie der Socialdemokratie angeführt werden.

Nichts kann die Arbeiterklasse besser anführen, nichts kann den
gewaltigen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit krasser hervor-
heben, als die Reden der preussischen Minister, des Herrn v. Rhein-
baben und des Herrn Thielen.

Hört es, Ihr Arbeiter, Ihr Angestellten der Straßenbahn, ein
preussischer Minister ist der Meinung, daß eine Gesellschaft, die
jährlich nahezu an 10 Millionen Mark Ueberflüsse durch Eure Arbeit
ergattert, die ihren Aktionären 10 1/2 Prozent Dividende verteilt,
alles gethan hat, wenn sie Euch den Hungerlohn von 85 Mark
pro Monat als Anfangsgehalt bewilligt! Können Ihr damit
Eure Familie ernähren? Habt Ihr von einer Seite, die solche An-
sichten unter Hurra der konservativen Junker und Industriearone
auspricht, Hilfe zu erwarten?

Aber nicht nur Junker und Industriearone finden sich in ihrem
Urteil zusammen, nein, bis in die liberale Presse finden diese Reden
Anklang, denn was bedeutet es anders als eine Zustimmung, wenn
Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“ schreibt:

„Die Zugeländnisse, welche die Direktion vor Ausbruch des
Streiks machte, und die weitergehenden Forderungen der Streikenden
lagen, abgesehen von Forderungen, die mit der Disziplin un-
vereinbar waren, nicht so weit auseinander, daß bei ruhiger Erwägung
eine Vermittlung allzu schwer fallen konnte. Die Streikenden
hätten umsonst Ursache, jene Vermittlung nachzusuchen, als die
am Sonntag stattgehabten Exzesse, wenn auch von dritten Personen
ausgegangen, doch geeignet waren, die öffentliche Meinung für
die Streikenden ungünstiger zu stimmen. Andererseits war am
Montagmorgen der Betrieb in größerem Umfang unter dem

Schutz der Polizeibeamten auf den Wagen wieder aufgenommen
worden, und lief am Montagmittag die Zeit ab, bis wohin die
Direktion die Rückkehr zum Dienst bei Androhung der Dienst-
entlassung verlangte. Dazu hatten sich die Streikenden von vorn-
herein durch den Kontraktbruch, die Niederlegung der Arbeit ohne
vorausgegangene Kündigung ins Unrecht versetzt.“

Welche Forderung gefälschte denn die nach Herrn Eugen
Richter so notwendige Disziplin? Sollten die Streikenden etwa
der Gesellschaft sagen: Wir wollen nächsten Monat streiken, bitte be-
sorgt euch die nötigen Streikbrecher!

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kennt keine Interessen-
harmonie, sie proklamirt das Recht der Ausbeutung, sie will den
Arbeiter unter das Joch des Kapitalisten zwingen. Höher als
Arbeiterwohlthätigkeit steht ihr der Profit, vor ihrer Gewinnliebe bleibt
jedes Gefühl humaner Gesinnung unberührt!

Das hat dieses gewaltige Ringen gegen mächtige kapitalistische
Gewalthaber grell beleuchtet, daß der Staat ihr Hüter und Wächter
ist und wenn je, so muß hier allen Ausbeuteten und Geschlochten
klar werden, wo ihre Stellung ist: an der Seite jener Nachhaber
oder da wo der Kampf für Freiheit und Recht aufgenommen wird!
Dies zu entscheiden wird auch dieser große Lohnkampf vieler er-
leichtern, er führt zur Klarheit unserer socialen und politischen Ver-
hältnisse!

Zwei Versammlungen der Streikenden

wurden am Montagvormittag abgehalten.
Der Reenpalaß war wieder von einer wenigstens 3000 Per-
sonen starken Versammlung bis in den äußersten Winkel gefüllt. Der
Gedanke der Solidarität und der feste Wille, einig zusammenzutreten,
hatte die um Verbesserung ihrer elenden Lage kämpfenden Straßen-
bahner wieder vollständig auf dem Plan erscheinen lassen.

Das Lohnkommissionenmitglied, Schaffner Hirsch, teilte zu
Beginn der Versammlung mit, daß der Oberbürgermeister Hirschner
sich für die Streikenden verwenden wolle. Die Verdingung des
Streiks — sagte der Redner — liegt nicht nur in unserem Interesse,
sondern auch im Interesse des Publikums und der Polizei, die am
Sonnabend und Sonntag eine ungeheure Arbeit gehabt hat. Wir
bedauern, daß Exzesse vorgekommen sind, und
wir wollen, schon um einer etwaigen Wieder-
holung derartiger Ausbrüche vorzubeugen, alles
was in unsren Kräften steht, thun, um dem Aus-
stand so bald als möglich ein Ende zu machen. Ich
schlage vor, daß wir eine

Deputation an den Oberbürgermeister
senden und ihn um seine Vermittlung ersuchen.

Die Deputation wurde darauf gewählt. Sie besteht aus den
Schaffnern Hirsch, Wäissel und Klemens. Die Gewählten
begaben sich sofort zum Oberbürgermeister. Von allen Seiten rief
man ihnen zu: „Aber seihalten!“ „Nichts nachlassen!“ „Nichts
abhandeln lassen!“

Hierauf wurde die Versammlung auf 55 Minuten verlagert,
nachdem zuvor ein Glückwunschtelegramm der Tramway-Angestellten
in München unter lebhaftem Beifall verlesen.

Als die Versammlung wieder eröffnet war, teilte der Vorsitzende
Werner mit, daß der Verband bereits heute

Unterstützung an die Streikenden
auszahlt, soweit sie dessen bedürftig sind. Das Monatsgehalt ist
am 21. fällig und die Mittel der Angestellten erschöpft, so daß sich
bei den meisten Familienvätern bereits ein Bedürfnis nach Unter-
stützung geltend macht.

Werner machte nunmehr Mitteilungen über die Lage des
Streiks. Die Direktion habe bis jetzt kein Entgegenkommen gezeigt.
Die Presse habe sich im allgemeinen günstig über den Streik aus-
gesprochen. Eine Ausnahme mache nur das Unternehmerblatt „Ber-
liner „Neuzeit-Wachrichten“. Die Zeitung behauptete, die Bewegung sei
von socialdemokratischer Seite ins Leben gerufen worden. Dem-
gegenüber konstatierte der Redner, daß die Lohnbewegung der
Straßenbahn-Angestellten mit keiner politischen Partei etwas zu
thun hat. Es handele sich um eine rein gewerkschaftliche
Bewegung, die aus den eignen Reizen der Angestellten entstanden
sei und nun auch von diesen bis zur Entscheidung durchgeführt
werde. Redner sprach sein Bedauern über die Unruhen vom Sonntag
aus, betonte, daß sich von den Streikenden keiner daran beteiligt
habe, und mahnte dieselben, mit Ruhe und Befonnenheit den Kampf
zu Ende zu führen. Nunmehr wurde folgende, von der Lohn-
kommission gestellte

Resolution

einstimmig angenommen:
„Die Versammelten haben mit Entrüstung von der seitens
der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in
die Tagesblätter lancierten Erklärung Kenntnis genommen. Sie
protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die in dieser Erklärung
enthaltenen Unterstellungen, daß die streikenden Angestellten Exzesse
verübt haben. — Die Angestellten erklären diese Behauptung der
Direktion für unwahr. Niemand von den Angestellten hat sich an
irgend welchen Exzessen beteiligt. Die Streikenden werden den
Kampf für ihre gerechte Sache nach wie vor mit größter Ruhe und
Besonnenheit fortsetzen.“

Ein Redner führte nun aus, daß die Direktion im „Lokal-An-
zeiger“ bekräftigt habe, daß Angestellte, deren Pensionierung hätte
eintreten müssen, entlassen worden seien. Ein auf solche
Weise entlassener Kollege habe dem „Lokal-
Anzeiger“ zum Beweise die betreffenden Schrift-
stücke vorgelegt, aber das Blatt habe die Be-
hauptung der Direktion nicht berichtigt. (Entrüstete
Psiu-Aufe.)

Die Deputation ist inzwischen vom Oberbürgermeister zurück-
gekehrt. Hirsch berichtete: Wir sind zuvorkommend empfangen
worden.

Der Herr Oberbürgermeister ist zur Uebernahme der
Vermittlung bereit.

(Großer Beifall). Er hat mir auch das Schriftstück gezeigt, worin
sich die Direktion bereit erklärt, die Pensions-
lässe in der Form, wie sie der Magistrat ver-
langt, am 1. Juli einzuführen. (Beifall.) Jedoch werden
wir uns zur Direktion begeben und anfragen, ob sie gewillt ist, den
Herrn Oberbürgermeister als Vermittler anzunehmen. Hiermit
haben wir alles verbracht, was irgend in unsern Kräften steht, um
einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Geht die Direktion auch
auf diesen Einigungsversuch nicht ein, dann heißt es weiter aushalten
bis zum Stege! (Allgemeine beifällige Zustimmung.)

Klemens hob nun hervor, der Oberbürgermeister habe es
dankbar anerkannt, daß die Streikenden zu seiner Vermittlung Ver-
trauen haben, er habe der Deputation geraten, der Direktion zu
sagen, daß sie, wenn sie ihn (den Oberbürgermeister) nicht als Ver-
mittler annehmen wolle, eine andre Person vorschlagen möge. Weiter
bemerkte der Redner, der Oberbürgermeister habe sich sympathisch
über das feierliche Verhalten der Streikenden
geäußert, und bestätigt, daß dieselben an den gestrigen Ex-
zessen nicht beteiligt waren.

Die Deputation begab sich nunmehr zur Direktion. Die Ver-
sammlung nahm inzwischen ihren Fortgang. Solfowski, ein
Monteur der Electricitäts-Gesellschaft „Union“, berichtete, er
habe das wiederholt von Vorgesetzten an ihn gestellte An-
suchen, als Streikbrecher einen Wagen zu fahren, abgelehnt
und sei deshalb entlassen worden. Auf dem Arbeitsnach-
weis der Metallindustriellen, wo er bereits um
Arbeit nachgesucht habe, erhalte er keine Stellung
mehr. Er sei auf die schwarze Liste gestellt.
(Unruhe.)

Einem Beweis dafür, wie groß die Begeisterung der Streikenden
für ihre gerechte Sache ist, liefert Schaffner Kuste, der das fol-
gende von ihm verfaßte Gedicht vortrug:

Liebe Freunde und Kollegen,
Hört meinen ersten Ruf,
Lacht uns Einigkeit erschauen,
Die so oft schon Gutes schuf.

Lacht und treu zusammenhalten,
Jeder stehe seinen Mann!
Ganz besonders auch Ihr Alten!
Siegen werden wir alsdann.

Dem als Menschen woll'n wir leben —
Diese Forderung ist klein —
Nur der Frau'n und Kinder wegen
Können wir nicht ruhig sein.

Wenn, was rechtlich wir verlangen,
Uns die Willkür vorenthält —
Freunde, laßt uns drum nicht bangen,
Nichter für uns sei die Welt!

Mag der Bürger Stimme richten,
Ob genügend unser Lob,
Ob verlegt wir unsre Pflichten
Oder unsre Diktation.

Darum woll'n wir mit Vertrauen
Mutig in die Zukunft geh'n,
Auf die eigene Stärke bauen,
Guter für den Andern sein!

(Beifolgender Beifall.)

Hierauf nahm Stadtr. Augustin das Wort, der seine Freunde darüber aus sprach, daß der Oberbürgermeister die Vermittlung übernommen hat, aber die Streitenden sollten nicht zu große Hoffnungen auf diese Verhandlungen setzen, sondern sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Kampf noch weiter geführt werden muß. Halten Sie fest zusammen, kämpfen Sie gegen die Uebermacht des Kapitals.

Lithograph Tischendörfer, der bekannte national-sozialistische Redner, richtete begeisterte Worte an die Streitenden. Er begrüßte das Vorgehen derselben und betonte, daß die Diktation seit Jahren den Handlungen angehängt habe, der jetzt den Kampf einfließen hat. Die Bewegung der Straßenbahner sei keine politische. Weiter machte der Redner die Streitenden zum Ausschalten. Alle Mäher sollen sich. Dies Wort sollte wahr bleiben, bis die Diktation die maßvollen Forderungen der Angestellten bewilligt hat. (Stürmischer Beifall.)

Schaffner Dahms betont, unsre Bewegung ist nicht politisch. Wir sind deutsche Männer, die dem allergnädigsten Landesherren Treue geschworen haben. Die deutsche Soldaten wollen wir auch in diesem Kampf zusammenhalten bis unsre Forderungen erfüllt sind. (Beifolgender Beifall.)

Noch eine große Zahl von Rednern richteten Ansprachen an die Versammelten.

Redner v. Gerlach verwies darauf, daß das Zusammenhalten der Straßenbahn-Angestellten schon etwas erreicht habe, nämlich die Pensionfrage. Das sei ein Beweis für den Wert der Organisation. Darum müsse auch das Verlangen, aus dem Verband auszutreten, entschieden zurückgewiesen werden. (Beifall.) Wenn Sie einig sind, dann können Sie nicht bestraft werden. Halten Sie deshalb an Ihrem Verband und an Ihren Führern fest. (Beifolgender Beifall.)

Als die Versammlung nach abendlicher Vertagung wieder eröffnet worden war, berichtete die zurückgekehrte Deputation:

Die Diktation will verhandeln,

und zwar vor dem Oberbürgermeister mit der in beiden Verhandlungen gewählten Deputation, welche aus den Angestellten Mathmann, Richter, Klemens, Giffow und Oberbürgermeister besteht. (Bravo.) Die Deputation wird versuchen, möglichst an den von der Kommission aufgestellten Forderungen festzuhalten. Die Befestigung der Diktation, wozu nach jeder, der bis heute Mittag den Dienst nicht wieder austritt, wegen Kontraktbruchs entlassen ist, ist zurückgezogen.

Richter fragte die Versammlung: Kollegen, seid Ihr willeig, von unsren Forderungen noch etwas abzulassen? Einmütiges „Nein!“ tönte durch den Saal. Das ist ihm kann, sagt Richter hierauf, das soll geschehen. Die Diktation wünscht, daß alle Anwesenden hierbleiben, bis die Verhandlungen, die im Rathause stattfinden, beendet sind.

Schaffner Müller beantragt: Wir lassen der Deputation bei der Verhandlung in allen Punkten freie Hand. Nur daran soll sie unter allen Umständen festhalten, daß die Einsetzung von Verkehrs-Kommissionen auf allen Bahnhöfen zugestanden wird, und daß uns die Angehörigkeit zum Verband nicht streitig gemacht wird. — Einmütig wurde dieser Antrag angenommen.

Die Versammlung wurde nun nochmals vertagt. Als die Deputation um 1/2 Uhr wieder zurückkehrte, herrschte allgemeine Spannung ob des Ausgangs der Verhandlungen unter den Anwesenden.

Klemens nahm unter lautloser Stille der Versammlung das Wort: Mit Befriedigung kann ich Euch verkünden:

Der Kampf ist zu Ende!

Leicht waren die Verhandlungen nicht. Es ist viel Ein und hergeredet worden. Der eine sagte: Halt fest! und der andre: Lach nicht los! Aber schließlich sind wir doch zu einem befriedigenden Resultat gekommen. Das wichtigste ist, daß wir die Pensionfrage klären konnten, und zwar mit der Maßgabe, daß je ein Vertrauensrat der Diktation und der Verkehrsdeputation über die Pensionierung zu entscheiden hat, und im Streitfall ein unparteiischer Arzt angernnen wird. Den Fahrern ist eine Dienzeit von 9 Stunden, den Schaffnern eine solche von 11 Stunden einschließlich der Vorbereitungsarbeiten und der Haltezeit zugestanden. Die Gehälter sind in folgender Weise festgesetzt: Anfangsgehalt für Neueingestellte 85 M., nach 6 Monaten 90 M., nach 2 Jahren 95 M., nach 5 Jahren 100 M., nach 8 Jahren 105 M., nach 10 Jahren 110 M., nach 12 Jahren 115 M., nach 15 Jahren 120 M., nach 17 Jahren 125 M., nach 20 Jahren 130 M. Ueberstunden werden mit 50 Pf. bezahlt. Instruktionstunden gelten als Ueberstunden. Das Verbleiben der Beamten nach anderen Bahnhöfen soll thunlichst vermieden werden. Jeder siedende freie Tag soll möglichst ein Sonntag sein. Jeder Angestellte erhält abzüglich eines Erholungsurlaub. In militärischen Abteilungen eingezogene Beamte erhalten ihr volles Gehalt unter Abzug des Betrages, der den zur Leistung eingezogenen vom Staate gewährt wird. Verletzungen nach anderen Bahnhöfen werden verheirateten Angestellten drei Monate, unverheirateten vier Wochen vorher bekannt gegeben. Die Festanstellung erfolgt nach 6 Monaten. Falls durchläufige Fahrpläne werden von den Hauptverwaltern kassiert. Geldstrafen sollen nur bei groben Fahrlässigkeiten verhängt werden. Auf jedem Bahnhof wird eine Kommission gebildet, die vierteljährlich zusammentritt, um der Diktation die Wünsche des Personals zu unterbreiten. Die Wagen erhalten pneumatische Bremsen und bellende Glöden. An den Endhaltestellen werden so weit als möglich Bedürfnisanstalten errichtet. An besonders gefährlichen Kreuzungspunkten sollen Signalwächter aufgestellt werden. Die Direktoren haben durch Handschlag versprochen, daß wegen der Lohnbewegung niemand gemahregelt wird. Die Frage der Angehörigkeit zum Verband ist mit Stillschweigen übergegangen. Weiter hat die Diktation die Forderung gegeben, daß sie, wenn die Verhältnisse sich bessern, noch Einführung des 10 Pf.-Tarifs weitere Gehaltsaufbesserungen bewilligen will.

Richter dankt den Kollegen für das treue Zusammenhalten und ersucht, ein Hoch auf den Kaiser auszubringen.

Schumann ersucht ihn alles zu unterlassen, was als politische Kundgebung, nach welcher Richtung es auch sein möge, angesehen werden könnte. Die Bewegung vertritt nur wirtschaftliche Interessen. Niemand sei nach seinem politischen Glaubensbekenntnis

gefragt worden, und es sollen deshalb auch niemand's politische Empfindungen verletzt werden. Auf das Resultat der Verhandlungen eingehend, meint Redner, bezüglich des Gehalts seien ja die Forderungen der Angestellten nicht ganz bewilligt worden. Wenn die Streitenden der Meinung seien, daß ein Teil von ihnen morgen nicht mehr ihren Kampf aushalten werde, dann sollten sie das Bewilligte, so wenig es auch sei, annehmen, und die Erfüllung weitergehender Wünsche bis auf eine spätere Zeit verschieben.

Einmütig wurden hierauf die Abmachungen der Deputation gutgeheißen.

Der Vorsitzende Werner schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Langsam leerte sich der Saal. Die Angestellten der Straßenbahn begaben sich, der getroffenen Abmachung zufolge, am Abend noch nach ihren Bahnhöfen, um morgen früh den Betrieb wieder aufzunehmen.

Die zweite Versammlung,

die bei Keller, Koppensstraße, tagte, füllte den großen Saal und die Galerien schon lange vor Beginn der Versammlung. Nach Eröffnung der Versammlung wurden zunächst die Schaffner Mathmann und Oberbürgermeister dazu bestimmt, sich mit den im Hauptsaal gewählten Kollegen zum Oberbürgermeister zu begeben.

Den Situationsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Schumann, der zunächst die Frage erörterte, ob die Straßenbahn-Gesellschaft in der Lage ist, die Lohnforderungen der Angestellten zu bewilligen. Der Anfall der Einnahmen und der sonstige Schaden, den die Gesellschaft in den paar Tagen erlitten, ergibt die Summe, welche genügt hätte, die Kosten der gewünschten Vollerhöhung usw. zu decken. Wenn trotzdem die Diktation keinerlei Zugeständnisse zeigt, so beweist sie damit, daß sie nicht in der Hauptsache auf die finanzielle Seite Bedacht legt, man will nur verhindern, daß den Streitenden Zugeständnisse gemacht werden.

Der Stand der Bewegung ist für die Ausständigen ein andauernd jämmerlich. Es konnte festgestellt werden, daß der Betrieb nur in ganz geringem Umfange und nur auf einzelnen Linien aufrechterhalten wird. Von den meisten Depots wurden überhaupt keine Wagen abgelassen, weil kein Personal vorhanden war und sich trotz aller Bemühungen, weder durch Drohungen, noch Verprechungen Streikbrecher genügend gefunden haben. Auch die Drohung der Diktation, alle diejenigen zu entlassen, welche den Dienst am Montagmorgen nicht aufnehmen, hat nicht vermocht, die Einmütigkeit der Ausständigen zu beeinflussen. Von den Diskussionsordnern wurde gleichfalls mit Eifer der Standpunkt vertreten, im Streit auszuweichen. Der poetische Schaffner munterte seine Kollegen mit einem selbstverfaßten Gedicht auf, das jubelnd begrüßt wurde. Verhaftet wurde von allen Rednern, daß seitens der Diktation versucht wird, die Ausständigen für die vorgekommenen Ausschreitungen verantwortlich zu machen, während in Grunde genommen weit eher der Diktation die Anschuldigungen zur Last fallen. Tatsächlich haben sich die Ausständigen gemäß den Ermahnungen in keiner Weise an irgend welchen Exzessen beteiligt.

Die auch im Hauptsaal beschlossene Resolution, in der gegen die Verächtlichmachung der Ausständigen seitens der Diktation protestiert wird, gelangte einstimmig zur Annahme. Mittlerweile war es 12 Uhr geworden, ohne daß von den Versammelten einem eingetreten wäre, den Dienst anzunehmen, wie es von der Diktation gefordert worden war. Auch wurde die allgemeine Befehlung an dem Begräbnis eines verstorbenen Schaffners geplant; als aber die Nachricht eintraf, daß der Oberbürgermeister die Verhandlungen mit den Ausständigen und der Diktation angebahnt hat, wurde man sich einig, nur eine größere Deputation zum Begräbnis zu entsenden, hingegen die Versammlung event. so lange fortzusetzen, bis die Verhandlungen der Kommission mit der Diktation ein Resultat gezeitigt und der Bericht hierüber gegeben werden kann.

In der Diskussion wurde sodann wiederholt die Haltung des „Volk-Anzeiger“, der wieder wie bei früheren Lohnbewegungen die Interessen der Unternehmer vertret, einer scharfen Kritik unterzogen.

Um 1/2 Uhr endlich berichtete der Schaffner Mathmann über die Verhandlungen mit der Diktation. Das Resultat der Verhandlungen wurde nicht gerade freudig aufgenommen, im Gegenteil machte sich zunächst unter den Versammelten eine sehr geteilte Meinung über die zugestandenen Bedingungen bemerkbar. Nachdem Mathmann und der Verbandsvorsitzende Schumann sich für die Annahme der Einigungsbedingungen, die ja immerhin eine beachtenswerte Verbesserung gegenüber den bisherigen Verhältnissen bedeuten, ausgesprochen waren, wurden die vereinbarten Bedingungen schließlich mit allen gegen vereinzelte Stimmen acceptiert und beschlossen, die Arbeit unter diesen Umständen wieder aufzunehmen.

Mit einem begeisterten Hoch auf die Rettung der Straßenbahn-Angestellten, erlangte die imposante Versammlung nach ca. 8stündiger Tagung ihren Abschluß.

Die Straßenvorgänge.

Am Sonntagmorgen herrschte in den Straßen Berlins eine auffallende Stille. Weder das Rauschen dahinjauender Straßenbahnwagen, noch der schrille Ton der Signalglocken hörte die sonnigliche Ruhe. Der Betrieb der Straßenbahn ruhte in den Morgenstunden vollständig, die Thore der Depots waren geschlossen und durch einige Schaulente besetzt. Zwischen 9 und 10 Uhr erschienen dann hier und da einzelne elektrische Wagen. Die Große Berliner wollte dem Publikum jedenfalls zeigen, daß sie wenigstens den Schein eines Straßenbahnbetriebs aufrechterhalten kann. Viel war es nicht, was sie leistete, aber sie gab doch den lieben Berlinern ein Lebenszeichen. Der Betrieb wurde also, in ganz geringem Umfange natürlich, auf einzelnen Linien eröffnet. Es kursierten einige Wagen der nach Schöneberg und dem Hakenborsplatz führenden Linien, sowie ein kleiner Teil der Ringbahn, vom Rosenthaler bis zum Brandenburger Thor. Sonst sah man in der ganzen Stadt keine Straßenbahn. Der Umstand, daß am Sonntag ein verhältnismäßig schwacher Fahrwerksverkehr in den Straßen herrscht, machte die Diktation veranlaßt haben, die Gelegenheit zur Einführung des 10 Pf. nicht genutzend ausgenutzt zu haben. Auf jedem Wagen stand neben einem fahrenden Führer — es sind im ganzen deren 21, die sich nicht am Streik beteiligt haben — einer jener jugendlichen Verrichten, die man am Sonntagabend überall beobachten konnte, wie sie sich oft vergeblich bemühen, die schweren Wagen durch die Straßen zu dirigieren. Auch die Schaffnerposten waren meistens durch zwei Mann, die sonst diese Tätigkeit nicht ausüben dürfen, besetzt. Im Interesse des Publikums ließ die Diktation die Wagen nicht laufen — sie wurden auch thatsächlich wenig benutzt, während die Omnibusse überfüllt waren — sondern einmal, um die Streikbrecher anzulernen, und dann läßt der Umstand, daß der ganze Verkehr soweit von einem solchen die Rede sein kann, sich auf die nach Schöneberg führenden Linien beschränkt, darauf schließen, daß die Gesellschaft sich im Wesen nicht als betriebsunfähig zeigen wollte, weil in den westlichen Vororten verschiedene Linien, um die sich außer der Großen Berliner noch andre Unternehmer bewerben, zu konzeptionieren sind.

Nam waren die ersten Wagen an den Haltestellen erschienen, so sammelte sich auch das Publikum in hellen Gruppen. Verwünschungen gegen die Streikbrecher wurden laut, sie ärgerten sich in mehr oder weniger drastischen Bemerkungen, die man den arbeitswilligen Elementen entgegenrief. Der dürftige Verkehr wurde unter

harter polizeilicher Bedeckung

durchgeführt. Auf jedem Wagen stand sowohl auf dem Vorder- wie auf dem Hinterrücken je ein Schaulente, der darüber zu wachen hatte, daß den arbeitswilligen Führern und Schaffnern kein Leid geschehe.

Der Alexanderplatz

war gegen 11 Uhr nicht stärker als sonst vom Publikum in Anspruch genommen, dagegen sorgten eine große Zahl von Schaulenten zu Fuß und zu Pferde dafür, daß niemand stehen blieb. Das

Publikum folgte willig den Anordnungen der Beamten und es kamen keinerlei Störungen vor. Vom Alexanderplatz, die König- und Spandauerstraße entlang, über den Hakenborsplatz bis zum Spittelmarkt stand auf jeder Seite des Bahndammes, alle 10—15 Schritt ein Schaulente, eine größere Anzahl von Beamten hielt den Spittelmarkt besetzt, wo aber das Publikum, welches hier ziemlich zahlreich sich angelammelt hatte, durchaus nicht Miene machte, Ausschreitungen zu begehen. In der Leipziger- und Potsdamerstraße daselbe Bild. Eine Reihe von Schaulenten, keine besondere Ansammlung von Menschen. Erst an der Kreuzung der Potsdamer- und Wilhelmsstraße hatten etwa 100 Menschen Aufstellung genommen, von denen einzelne die vorübergehenden Wagen mit Geißeln begrüßten. An der Grenze Schönebergs hatten die Schaulenten ihren Endpunkt erreicht. In der Nachbarstadt waren keine Polizeimannschaften zum Schutze der Straßenbahn aufgestellt und daher fand sich auch weniger Publikum auf den Straßen, wo, was ja bekannt, die Anwesenheit zahlreicher Schaulente auch eine Ansammlung des Publikums zur Folge hat.

Am Nachmittag

hatte sich auf dem Alexanderplatz das Bild geändert. Die Menschenmengen hatten sich vermehrt und, um sie zu entfernen, war eine Abteilung reisender Schaulente erschienen, die ihre Pferde auf den Bürgersteig trieben, und das Publikum, welches durch diese Handlungsweise der Schaulente in eine gewisse Erregung geriet, in die Königstraße gedrängt. Unter den Kolonnaden stand sich die Menge, und von dieser Stelle aus flohen später einige Steine und zertrümmerten die Scheiben eines Wagens. Die Polizei räumte nun auch die Kolonnaden und sperrte den Zugang zum Alexanderplatz von der Königstraße her ab. In der Neuen Friedrichstraße hatte sich wieder eine größere Menschenmenge angelammelt, die jeden Wagen mit Hohn und Haiseln empfing. Hier wurden auch einige der Schreier von Schaulenten in unsonstiger Weise arreziert. Von anderen Ausschreitungen des Publikums war keine Rede, das Verhalten der Menge war nicht anders, wie stets, wo sich irgend einem Anlaß größere Menschenansammlungen zusammen finden.

In blutigen Exzessen

kam es am Rosenthaler Thor. Die Entstehung und der Verlauf desselben ist nach der Darstellung von Augenzeugen folgender: Als am Sonntagmorgen vom Bahnhof am Weinbergsweg ein Wagen der Linie Ringbahn—Schöneberg auslief, stellte sich ihm ein Teil des Publikums in den Weg und suchte ihn an der Weiterfahrt zu hindern. Schaulente erschienen und erzwangen ohne besondere Schwierigkeit die Durchfahrt für den Wagen. Nach und nach sammelte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge an, darunter sehr viele jugendliche Verrichten, die jedesmal, wenn ein Straßenbahnwagen vorbeifuhr, lautes Hohn- und Haiseln ertönen ließen. Es war zeitweise ein ohrenbetäubender Lärm. Aber bei diesem Gejohle blieb es nicht allein, es wurden auch Steine gegen die Wagen geschleudert und Säulen zertrümmert. Ein Steinwurf soll einem jungen Polizeilieutenant getroffen haben, ohne ihn indes zu verletzen. Nun gingen die Beamten mit der blauen Waffe gegen die Menschenmenge vor. In dem Bekreben, den Blick am Rosenthaler Thor frei zu machen, suchten die Schaulente das Publikum in die Straßen zurückzudrängen. Beim Vorüber der blauen Säbel wichen die Menschen zurück, aber bei dem nächsten Gehänge war ein einzelnes Entkommen nicht zu denken. So mag sein, daß sich mancher in der Menge befand, der durch provokatorische Ausreden die Beamten gereizt hatte. Aber wohl selten gelang es den Schaulenten zu fassen. In blinder Wut ließ so mancher Schußmann auf die Leute ein, und so kam es, daß viele Personen, die nur die Keugler zum Verweilen veranlaßt hatte, mit dem Schaulentenschaubel Verwundungen erlitten. Es handelte sich keineswegs — wenigstens nicht in allen Fällen — um thätlichen Widerstand gegen die Beamten. Es ist beobachtet worden, daß Schaulente hinter den Rücken der Beamten liefen und auf sie einhieben. Die Folgen der Attentats sind ernstlich. Zahlreiche Verwundungen schwerer und leichter Art sind vorgekommen, die auf der Rettungswunde in der Stationen-Allee behandelt wurden. Eine große Zahl von Verhaftungen sind zu verzeichnen. In welcher Weise die Schaulente mit der Waffe hantierten, davon legt der Umstand Zeugnis ab, daß selbst Kinder, die sich in der Menge befanden, blutige Wunden davongetragen haben und Frauen Weiden und blaue Flecken, durch Faustschläge verursacht, aufwiesen. Solche Attentats der Schaulente mit dem Säbel in der Faust fanden bis zum Abend mehrmals statt.

Gegen 7 Uhr abends hatte die Straßenbahn den Betrieb ganz eingestellt, bald verlief sich denn auch die Menschenmenge, und in den frühen Abendstunden herrschte vollkommene Ruhe. Bemerklich ausdrücklich, daß die freireisenden Straßenbahn-Beamten sich an den Ansammlungen in keiner Weise beteiligten und so die bekannte Verächtlichmachung der Diktation von neuem zeigen trauten. Sie hatten sich am frühen Morgen mit ihrer Familie nach Schlahtenferre begeben und dort den Tag, ohne von den traurigen Vorgängen in Berlin eine Ahnung zu haben, im besten Frohsinn verbracht.

Den aufstrebenden Meldungen verschiedener Blätter steht ein dem „Berl. N. Nachr.“ zugefügter amtlicher, aus dem Bureau des Regierungsrats v. Glöckner stammender Bericht gegenüber, in dem es heißt:

In allgemeinen sind die den Blättern zugekommenen

Berichte stark übertrieben.

Die Nachricht, daß den Exzessen bereits 2 Menschenleben zum Opfer gefallen sind, bewahrheitet sich nicht. An Verwundeten kommen nur 3 Personen in Betracht, von denen zwei, Säbde und Sätze bereits aus dem Spital entlassen sind, während allerdings der dritte, ein gewisser Bräuerberg an einem Schädelbruch schwer verletzt in der Charité daniiederliegt und operiert werden soll.

Am 19. Mai war nur der Grech am Spittelmarkt von Belang. Alle Nachrichten über unwürdige Ausdrehungen sind erheblich übertrieben. Es ist unrichtig, daß in der Leipziger Straße Pferde von einem Straßenbahnwagen ausgezündet wurden. Dies fiel überhaupt nur einmal, und zwar auf dem Potsdamer Platz vor. Die Zeitungsberichte betreffen die Umhän in der Rautenstrauch- und Stolperstraße sind bedeutend aufgebläht. Dortselbst fanden nur unbedeutende Straßenaufstände statt, die von der Polizei gesteuert wurden, wobei es zu zwei Verhaftungen kam, die eine betraf einen Mann wegen störenden Lärms, die zweite eine Frau, die mit Sand warf. Von einem Grech in der Alten Jakobstraße ist dem Hg. Polizeiprotokoll nichts bekannt.

Am 20. Mai ist das einzige wesentliche Ereignis der Straßenbahnwelt am Rosenthaler Thor, über den die Blätter meist ziemlich richtig berichten. Wohl die Angaben über angebliche Tote sind, wie bereits bemerkt, falsch. Auch die gemeldeten Verletzungsfälle infolge ungenügender Fahrkenntnis des Ausfühersonals betrafen sich auf die Entgleisung eines Anhängerwagens auf dem Potsdamer Platz. Der Anhängerwagen wurde durch die Feuerwehre weggefahren.

Die gemeldete lebensgefährliche Situation des Inspektors Witte ist unklar, der Inspektor wurde von niemand verletzt, bloß bedrohliche Redensarten sind gegen ihn, als man seine Funktion erkannte, gefallen. Die angeblich schweren Verletzungen des alten Weichenstellers Loth beschränken sich auf eine leichte Verletzung der Nase. Loth wurde auch nicht nach der Charité übergeführt, sondern begab sich selbst in seine Kammerstr. 4 befindliche Wohnung. Die Meldungen über zahlreiche Drangsalierungen des arbeitswilligen Personals sind, von unbedeutenden Zwischenfällen abgesehen, falsch. So wurde auf dem Alexanderplatz kein Wagen zum Entgleisen gebracht, kein Zettel ausgerissen, nur ein Anlauf von allerdings annähernd 3000 Personen, die lärmten und schrien, entspricht den Thatsachen.

Der im Dienst gewesene Polizeilieutenant bestritt entschieden, daß auf dem Spittelmarkt Pferde ausgezinkt wurden.

In ganzen sind nach der Montag um 1/2 Uhr nachmittags erfolgten Zusammenstellung der eingelaufenen Rapporte in ganz Berlin am 19. Mai 226 Personen, am 20. Mai 261 Personen verhaftet

worden. Die Leitung der polizeilichen Maßnahmen untersteht dem Geh. Regierungsrat Pusch.

Am Montag.

Gestern erschien in den frühen Morgenstunden an den öffentlichen Säulen ein Anschlag, mit dem der Vertreter des belehrten Polizeipräsidenten Geheimr. Ober-Regierungsrat Friedheim zu einer ersten Mahnung das Wort nimmt. Der Anschlag lautet:

Bekanntmachung.

Anlässlich des Ausfalls der Fahrer und Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn haben am Sonnabend und Sonntag erste Ausföhrungen stattgefunden.

Die Polizeimannschaften sind angewiesen, zum Schutze des arbeitswilligen Betriebspersonals und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung etwaigen Wiederholungen dieser Störungen mit unmissverständlicher Strenge entgegenzutreten.

Wie die Erfahrungen der letzten Tage von neuem gezeigt haben, finden am Orte derartiger Ausföhrungen vielfach namhafte Ansammlungen unbeteiligter Personen statt. Da es den Polizeimannschaften nicht möglich ist, bei dem Vorgehen gegen die Ruhestörer auf derartige unbeteiligte Personen Rücksicht zu nehmen, wird das Publikum in seinem eigenen Interesse dringend ersucht, sich von den in Frage kommenden Zusammenrottungen fern zu halten und in gleichem Sinne auf die ihrer Obhut oder Aufsicht anvertrauten Personen einzuwirken.

Berlin, den 20. Mai 1900.

Der Polizeipräsident,

F. B. (gez.) Friedheim.

Die Ruhestörungen dauerten im Kleinen noch bis 3 Uhr morgens. Bis dahin wurden auch noch fortwährend Angehaltene zur Feststellung ihrer Persönlichkeit auf die Wachen des 12. und 62. Reviers gebracht.

Somit herrschte im Laufe des Montags überall Ruhe, wenn auch die Streikbrecher sich manche Neuerung erbitterten Unwillens gefallen lassen mußten.

Einer Gefährdung von Eisenbahn-Transporten hat sich die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft schuldig gemacht, indem sie unkundigen Leuten das Amt des Führers übertrug.

Hoffentlich hat Herr v. Thielen sein Aufsichtrecht in der Richtung angewandt, daß er die Gesellschaft auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam gemacht hat.

Als arbeitswilliger Schaffner fungierte bei der Großen Berliner ein Mann mit Namen Peters, der vor 1/2 Jahren aus dem Dienste der Gesellschaft entlassen war, weil er als Schaffner ein taubstummes Kind, welches mit einer Schülerkarte fuhr, an den Ohren vom Sitz gezogen und so aus dem Wagen geführt hatte. Solche Elemente, die wegen ungebührlichen Verhaltens abgeschoben worden sind, erscheinen dem Unternehmer, wenn die anständigen Arbeiter streiken, noch gut genug, um diesen in den Rücken zu fallen.

Preßstimmen zum Ausstand.

Eine bedauerliche Stellung nimmt abermals die „National-Zeitung“ ein, die der Wahrheit zum Trotz hartnäckig die Verdächtigung verbreitet, daß die Ausständigen an den Ausschreitungen beteiligt gewesen seien:

An den vorgestrigen und gestrigen Ausschreitungen haben neben streikenden Angestellten der Straßenbahn ohne Zweifel in großer Zahl Elemente teilgenommen, denen jede Gelegenheit zum Ständemachen erwünscht ist; vielleicht (!) bilden sie sogar die Mehrheit. Gleichviel aber, von wem die arbeitswilligen Fahrer und Schaffner an der Arbeit gehindert und beschimpft, die Wagen zerstört, Brutalitäten schlimmster Art begangen worden; diesem Treiben muß ein rasches Ende gemacht werden; die Staatsgewalt muß sich in Berlin der Aufgabe gewachsen zeigen, öffentlichen Terrorismus gegen Arbeitswillige zu bändigen und die Ordnung auf den Straßen und Plätzen aufrechtzuerhalten; sonst würden die Folgen unter den Verhältnissen einer Weltstadt nicht abzusehen sein.

Die Ausschreitungen, deren Umfang inzwischen durch amtliche Mitteilungen bedeutend herabgemindert ist, bilden überhaupt ein Gaudium für die schmerzende Presse. Die „Post“ schwelgt in der Hoffnung, daß durch die Ausläufe nun doch noch ein Zuchttauschel besetzt werden möge und verdächtigt zur Erwidmung ihres Zwedes Socialdemokratie und Gewerkschaftsorganisation:

Die bis zu einem förmlichen Straßenkampfe ausgearteten Ausschreitungen sind die Folgen der planmäßigen Verhöhnung der Socialdemokratie. Sie trägt in erster Linie die Schuld an dem vergossenen Blute. Die Mitschuld trägt aber auch diejenige wirtschaftliche Vereinigung, die auf den Ausstand hinabrietete und bei der Vorbereitung die Hand im Spiele hatte. Auch bürgerliche Blätter und Parteien können wir von der Schuld nicht ganz freisprechen, die von ihrem guten Recht, ihren Standpunkt zu dieser Frage zu erörtern, einen unersinnlichen Gebrauch machten, indem sie durch ihre Schilderungen ausschließend auf die Leidenschaften der Bevölkerung wirkten. Es ist Sache des versammelten Landtags, der Regierung den Rücken zu stärken, daß sie zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens und der Ruhe die energikassen Mittel ergreift.

Ein Jammer, daß der Landtag kein Zuchttauschel machen darf. Er würde sich dieser Aufgabe würdig erweisen und nach dem Willen der wahrhaftigen „Post“ höchstwahrscheinlich sämtliche nicht zur Schornfahne schwindende Zeitungsredactoren ins Zuchthaus bringen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht ebenfalls die Socialdemokratie zu verdächtigen und begehrt dabei die Abgesamkeit, unsre vorgestrige Mitteilung über das Vorgehen der Schlichter in der Hausseestraße als eine Art Anreiz zu Gewaltthatigkeiten hinzustellen. Weiter aber muß das Blatt notgedrungen anerkennen, daß die Forderungen der Angestellten nicht übertrieben sind.

Sie haben in den meisten Punkten so weit nachgegeben, daß uns eine Erfüllung der Forderungen nicht nur möglich, sondern sogar geboten erscheint, insbesondere da die Verhältnisse der Gesellschaft derart sind, daß die Befriedigung der Forderungen ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Der Lohn, der verlangt wird, ist in Anbetracht der Berliner Verhältnisse möglich, die Mindestarbeitszeit in Anbetracht des aufreibenden Berufs durchaus verständlich und verständig.

Die „Berl. N. Nachr.“ haben auch in ihrer letzten Ausgabe alles mögliche, um die trotz aller Schornfahnerie nun doch glücklich erfolgte Einigung zwischen den kämpfenden Parteien zu vereiteln.

Die Stellung der Behörden zu der Bahn aber scheint uns von vornherein klar vorzeichnet zu sein. Es ist an und für sich nicht ihre Sache, sich in Lohnkämpfe zu mischen. Noch weniger kann ihre Parteinahme für denjenigen Teil der Streikenden in Frage kommen, der unter Verletzung vertragmäßiger Pflichten und unter Störung der öffentlichen Ordnung zu Gewaltmitteln greift, um Zugeständnisse zu erzwängen, über deren teilweise mangelnde Vermeidung die Ausständigen selbst nicht zweifelhaft sein können. Die Regisseure der Arbeitsbewegung aber haben sich zweifellos gründlich geirrt, wenn sie bei ihren Voraussetzungen, daß die Straßenbahnverwaltung den Kampf entweder nicht aufnehmen oder doch nicht lange durchführen könne, etwa auch auf eine baldige Intervention der Behörden zu Gunsten ihrer von ihnen verführten Schlichter gerechnet haben sollten.

Dann folgt noch ein gemeines Geschimpfe auf das Publikum, das für die Ausständigen Partei ergreift:

Genau so falsch wird auch die Rechnung auf eine dauernde Parteinahme des Publikums sein. Das Publikum, welches bis jetzt Partei genommen hat, besteht übrigens, so weit wir gesehen, zum Teil aus halberwachsenen Personen und mehr noch aus der

Rotte Korah, die überall ist wo es Standal giebt. Die Straßenbahnbediensteten werden selbst auf eine Unterstützung von dieser Seite wenig Wert legen und den Wunsch haben, vor solchen „Freunden“ geschützt zu sein.

Am Schluß sei noch die „Berl. Ztg.“ erwähnt, die der Direktion den Text liest:

„Erfreulich ist es, daß die Streikenden selbst sich an den Standal-szenen in der Stadt in keinem Falle beteiligt haben, und wenn die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn in einer öffentlichen Erklärung das Gegenteil behauptet, so macht sie sich damit einer Unwahrheit schuldig. Diese Gesellschaft, die es in dem Bewußtsein eines bösen Gewissens abgelehnt hat, sich dem unparteiischen Schiedspruch des Gewerbegerichts zu unterwerfen, kämpft jetzt mit solchen Mitteln! Glaubt sie denn, daß sie die Sympathien des Publikums von den Streikenden abwenden wird, indem sie unwahre Beschuldigungen gegen diese richtet! Das Gegenteil wird sie damit erreichen! Man hat der „Großen“ in Berlin niemals über den Weg getraut, und jetzt, nachdem sie die Stirn gehabt hat, handgreifliche Unwahrheiten gegen ihre Beamten zu verbreiten, jetzt wird man erst recht wissen, was man von ihren öffentlichen Erklärungen zu halten und wessen man sich von dieser Gesellschaft weiterhin zu versehen hat. Bei der Sympathie der Berliner Bevölkerung von vornherein auf Seiten der Ausständigen, so wird das ruhige und besonnene Verhalten der Leute ihnen die allgemeine Sympathie in noch viel höherem Grade sichern, wenn es sein muß, auch die thatkräftige materielle Unterstützung der Bevölkerung.“

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen von Höchst a. M. haben die Aufhebung des Vertrauensmänner-Systems beschloffen und die Parteizustände dem örtlichen politischen Verein übertragen.

Totenliste der Partei. Einen ihrer Bravsten verlor die Partei in Dresden. Freitag Nacht starb dort der frühere Tischler Anton Heilwed im Alter von 34 Jahren. Der Verstorbene, der aus Baden stammte, hat schon als sehr junger Mensch lebhaften thätigen Anteil an der Arbeiterbewegung genommen. Im Jahre 1886 wurde er auf Grund des Socialstengels aus Hamburg ausgewiesen und kam in der Folge nach Brandenburg, wo er gleichfalls eifrig thätig war. Darauf wandte er sich nach Dresden, wo er bald in die hervorragendsten Vertrauensämter berufen wurde. Sein Feld war die stille Organisations- und Verwaltungsarbeit und in dieser Thätigkeit war er weiten Kreisen der Parteigenossen, namentlich insolge seiner nie versagenden Arbeitsfreudigkeit, der fast Unentbehrliche, der immer dabei sein mußte. Er war aber nicht nur ein opferwilliger Parteigenosse, sondern auch einer der lebenswürdigsten Menschen, dessen sich viele auch außerparteiliche Parteigenossen mit Teilnahme erinnern werden. Die Lungenschwindsucht, die ihn schon seit Jahren gepackt hielt, zwang ihn, seinen Beruf aufzugeben. Er war in den letzten Jahren Kontrolleur bei der Ostbahn. Die heimtückische Krankheit hat ihn endlich nach längerem schweren Krankenlager dahingerafft. — In Magdeburg starb im Alter von 58 Jahren Andreas Krull, bekannt unter dem Namen „Bater Krull“. Mit ihm ist einer der ältesten und besten Parteigenossen Magdeburgs aus dem Leben geschieden.

Mattlos war sein Leben, nur angefüllt von rastloser Arbeit und dem einzigen Bestreben, so weit wie seine Kraft reichte, der Sache des Proletariats zu dienen. Bis zum letzten Atemzug hat er in Reich und Glied gestanden. Trotz seines Silberhaars hat er unsrer Jugend ein leuchtendes Beispiel von treuer Pflichterfüllung gegeben, wie selten einer. Still und bescheiden, entsprechend seinem Charakter, hat er freudig für die Ausbreitung der socialistischen Ideen seit einem Menschenalter gewirkt und gekämpft.

Einen plötzlichen Tod fand in Hamburg der Tischler Ernst Bading. Er litt seit längerer Zeit an einem schmerzhaften Magenleiden. Der Arzt hatte ihm ein Morphiummittel verordnet. Er trank während der Nacht, um sich Linderung in seinem Leiden zu verschaffen, die Medizin auf einmal aus und fand, was er suchte, Linderung seiner Schmerzen, aber nur durch den Erlöser Tod. Der wackere Genosse hat stets, auch in der schweren Zeit des Ausnahmestengels, treu zu der Partei gestanden und ehrlich seine Pflicht gethan.

Ein Jahrbuchblatt. Die kaiserliche Werk in Kiel, die sich bisher vergeblich — trotz der Hilfe der Polizei — bemüht hat, die Socialdemokratie aus ihrem eignen Betriebe zu entfernen, versendet jetzt an Unternehmer, die mit ihr in Geschäftsverbindung stehen, einen gedruckten Fragebogen, um ihre Leistungsfähigkeit für weitere Aufträge festzustellen. Darin wird unter anderem nach Jahresverdienst, Kinderzahl, Wohnungszweck, Wohnungsverhältnisse gefragt; in der 12. Spalte erscheint die Frage, ob in den Betrieben Socialdemokraten beschäftigt sind und wer diese sind. Glaubt die Werk das, was ihr im eignen Betriebe nicht glückt und nie glücken kann, in andern Betrieben durch Druck auf die Unternehmer zu erreichen?

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Das Versammlungsrecht in Aushalt. Erst vor einigen Wochen ist vom zuständigen obersten Gericht entschieden worden, daß in Aushalt Frauen an öffentlichen politischen Versammlungen teilnehmen dürfen. Jahrzehntelangen Innehalt ist dadurch endlich abgeholfen worden. Die Angelegenheit ist ausführlich in der Presse und im Landtage erörtert worden — und schon wieder ist in Hoym, Kreis Vollenstedt, eine öffentliche Versammlung aufgelöst worden, weil Frauen an ihr teilnahmen.

Die obersten Behörden Aushalts beweisen die peinlichste Gewissenhaftigkeit, als es sich darum handelt, von der alten ungeleglichen Praxis abzuweichen; nicht eher thaten sie es, als bis ihnen das längst bekannnte Gerichtsurteil amtlich zugestellt war. Möchten Sie doch nun dieselbe Gewissenhaftigkeit in der Instruierung ihrer Unterbeamten beweisen. Oder haben sie noch nicht Zeit gefunden, alle ihre Beamten amtlich davon in Kenntnis zu setzen, daß die Ausschließung der Frauen aus öffentlichen Versammlungen ungesetzlich ist?

Grober Unfug in München. Zehn Mann standen am Freitag in München wieder vor Gericht unter der Anklage, durch kräftige Rempeicherung der Zuchthausvorlage groben Unfug verübt zu haben. Davon wurden 7 teils wegen mangelnden Thatbeweises, teils infolge Verneinung des Bewußtseins der Strafbarkeit freigesprochen, zwei wurden zu je 50 M. und einer zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterschaft Berlin und der Umgegend! Seit dem 14. April befindet sich nahezu die gesamte Tabakarbeiterchaft von Finsterwalde im Ausstande.

Die Tabakarbeiter fühlten, veranlaßt durch den Druck der sich immer mehr steigenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise, das Bedürfnis, in ein Lohnbewegung einzutreten, umso mehr, da dort noch dieselben Löhne gezahlt werden, wie vor zwanzig Jahren. Gestützt auf den gegenwärtigen guten Geschäftsgang und den Stand der Organisation (von ca. 800 dort beschäftigten Personen gehören 500 dem deutschen Tabakarbeiter-Verband und ca. 100 dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein an) wurde auf Beschluß einer gemeinsamen Versammlung beider Organisationen den Fabrikanten der in der Versammlung beschlossene Lohnantrag unterbreitet.

Obgleich dieser Tarif nur eine ganz geringe Aufbesserung der bisherigen Löhne (75 Pfennig pro 1000 Stück Cigarren) in sich schloß, fühlten sich die Fabrikanten veranlaßt, durch Anschlag in ihren Fabriken folgende Erklärung abzugeben:

Wir erklären hiermit, daß wir auf höhere Lohnforderungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht eingehen und in solchen Fragen überhaupt mit einer Kommission nicht verhandeln

werden. Etwas Bänke unsrer Arbeiter und Arbeiterinnen sind, wie immer den Arbeitgebern direkt vorzulegen.

Die Vereinigung der hiesigen Cigarren-Fabrikanten.

Trotz dieser schroffen Ablehnung versuchten die Arbeiter es dennoch, ihre Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln; jedoch vergeblich! So erfolgte denn am Osterabend die Arbeitsniederlegung.

Arbeiter Berlins! Die dortigen Tabakarbeiter bestehen zu 1/3 aus weiblichen Personen; wenn trotzdem ein so geschlossenes Vorgehen zu verzeichnen ist, so ergibt sich wohl zur Genüge, in welcher menschenwürdigen Lage sich die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen befinden.

Die unter solchen Verhältnissen hergestellten Fabrikate werden nahezu ausschließlich in Berliner Restaurationen, Fabriken und Konsumvereinen verkauft. Wir glauben im Sinne der Arbeiterschaft Berlins zu handeln, wenn wir hiermit die Aufforderung an sie ergehen lassen, beim Einkauf ihrer Cigarren und Tabakfabrikate darauf zu achten, daß dieselben nicht aus Finsterwalder Fabriken herstammen.

Diejenigen Fabrikanten, welche bis jetzt und nachträglich den Tarif bewilligten, werden seitens der Kommission der Berliner Tabakarbeiter im Inseratenteil des „Vorwärts“ Donnerstags und Sonntags veröffentlicht.

Arbeiter Berlins! Wartet auf die Veröffentlichung und verheißt dadurch den streikenden Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zum Siege.

Der Ausschuß

der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Bäcker der vormalig Bodelschneiderschen Brotfabrik, Inhaber Hugo Schröder, befinden sich wegen Aufhebung der Kündigungsschutz in Differenzen. Die Arbeiter hatten gewichtige Gründe, auf die Abschaffung der Kündigungsfrist nicht eingegangen. Hierauf ist seitens des Unternehmers sämtlichen Arbeitern gestündigt.

Die Lohnkommission der Bäcker.

Der Streit der Kammer in Steglitz ist beendet. Die Steglitzer Steinleger-Jamung hat den Kammer dieselben Lohnbedingungen zugestanden, wie die Berliner Jamung. Damit haben die Arbeitsverhältnisse nun auch für die Orte Charlottenburg, Steglitz, Friedenau, Wilmersdorf, Schönewald, Grunewald, Großlichtersfeld, Zehlendorf und Spandau Geltung erlangt. Die Arbeit wurde bereits gestern wieder aufgenommen.

Die Stakarbeiter der Firma Körnig u. Aufrecht haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Einige Arbeiter hatten dem Werkführer Körner ihren Unwillen wegen dessen Verhalten bei früheren Lohnbewegungen geäußert, und waren deswegen entlassen worden. Die übrigen erklärten sich solidarisch.

Die Parkettbodenleger hielten am Sonntagvormittag eine stark besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, und beschloffen, Montag, den 21. Mai, den neu gestellten Tarif zu fordern und die Arbeit einzustellen. Die Vertrauensleute der einzelnen Firmen verständigten sich mit den Kollegen, Montag früh an einem bestimmten Ort zusammenzutreffen, um den Bescheid von den Fabriken abzuwarten, es wurde noch beschloffen, daß Dienstagsvormittag 10 Uhr eine Branchenversammlung stattfindet. Das Streikbureau befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Deutsches Reich.

Polizeilich aufgelöst wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Kaulmanns Restaurant in Halle eine öffentliche Versammlung der Wagenfahrer der elektrischen Straßen- und Stadtbahn. Die Versammlung war rechtzeitig angemeldet und auch rechtzeitig eröffnet worden. Als aber der Vorsitzende dem Referenten, Reichstagsabgeordneten Thiele gegen 1/2 Uhr das Wort erteilen wollte, stand der überwachende Kommissar Schnang auf und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Der Vorsitzende fragte nach den Gründen der Auflösung, bekam aber von dem Kommissar die Antwort, daß er, der Überwachende, keine Veranlassung habe, die Gründe in der Versammlung mitzuteilen. Die vorige Versammlung war polizeilich verboten gewesen, weil sie in einem Lokale stattfand, das nur bis 12 Uhr Polizeistunde war. Um dieser Kalamität aus dem Wege zu gehen, hatte man zu dieser letzten Versammlung ein sogenanntes Nachtlokal, eine Herberge angefaßt. Allerdings hat der Gastwirt Kaulmann mit Abschluß des Fremdenverkehrs auch nur bis 12 Uhr Schankkonzession. Vor dem Lokale ein starkes Polizeiaufgebot. Um 12 Uhr trat ein Polizeiwachmeister hinter das Gitter, um aufzufassen, daß kein Tropfen Bier verschickt wird. Die Versammlungsteilnehmer suchten ihren Durst dadurch zu stillen, daß sie mehrere Eimertöpfe voll Wasser in den Saal herumreichten. Bisher sind nicht bloß Vereins-, sondern auch öffentliche Versammlungen nicht an die Polizeistunde gebunden gewesen. Das Lokal war ja gemietet. Die Auflösung ist unerlässlich und hat auf die erschienenen Wagenfahrer den Eindruck gemacht, als wolle man ihre Bewegung im Keim erstickt. Bekanntlich haben solche Polizeimaßnahmen auf die Bewegung nicht den beabsichtigten Erfolg. Sie schlagen gewöhnlich in das Gegenteil um.

Der Ausstand der Fuhrleute und Faktoren bei der Firma Gerhard Straße in Köln, die dort die bahnmännliche Güterbestellung besorgt, ist durch eine Einigung am Gewerbegericht erledigt worden. Die Firma verpflichtet sich zu einer Lohnhöhung; es findet keine Maßregelung statt, und die für die Streikenden eingestellten Leute werden nach 8 Tagen entlassen.

In Karlsruhe sind sämtliche Angestellte der Straßenbahn in den Ausstand getreten. Die Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Minimallohn für Schaffner 85 M., für Wagenfahrer 95 M. pro Monat, Regelung des Strafenstems und jährliche Zulage von 10 M. wurden seitens der Direktion zurückgewiesen.

Rußland.

Der Bäckerstreik in Kiew. (Fig. Ber.) Mit einem gewissen Stolz können wir aus Rußland über die Lohnbewegung der Bäcker, die hier vor einigen Tagen ausgebrochen ist, berichten. Der Bäckerstreik hat eine fürchtbare Brotnot in der Stadt hervorgerufen. Weibrot ist fast gar nicht zu bekommen, Schwarzbrot wird von den militärischen Bäckereien geliefert. Die Preise auf Weiz sind sehr in die Höhe gestiegen. Statt 2/3-3/4 Kopeken pro Pfund, zahlt man jetzt 7-8, ja sogar 10 Kopeken pro Pfund. Die Versammlungen sind verboten, so daß die streikenden Bäcker heimlich im Walde zusammenkommen mußten. Leider wurden sie entdeckt und hiezig Mann verhaftet. Die Lohnbewegung ist aber dadurch nicht gestört worden. Die Forderungen der Streikenden waren: Erhöhung des Lohns, Verkürzung der Arbeitszeit und besonders die Verbesserung des Logierwesens. Wie schlecht es sich mit den sanitären Verhältnissen in den Bäckereien verhält, zeigen folgende Thatsachen: Der Gouverneur hat bald nach dem ausgebrochenen Streik eine Untersuchung der Bäckereien angeordnet und das Resultat war, daß eine ganze Reihe von Bäckereimeistern zur Verantwortung gezogen wurden, da die sanitären Verhältnisse in den Arbeitsräumen bei ihnen unter aller Krüst waren. Der Gouverneur selbst hat auf die Meister eingewirkt, daß sie den Gesellen in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsräume usw. Zugeständnisse machen sollten.

In der ganzen Stadt sind Plakate vom Generalgouverneur Dragonidoff ausgehängt, in denen er Straßendemonstrationen, Ansammlungen des Publikums auf den Straßen, Plätzen, Boulevards, Wohnhöfen streng verbietet und kündigt an, daß falls Angehörigkeiten vorkommen sollten, die militärische Macht rücksichtslos einschreiten wird.

Vom Heinze-Kampf zur Fleischschau.

Der Reichstag hat am Montag mit einer großen Ueberraschung an.

Der Senatorenkonvent war wieder auferstanden. Nachdem dem Präsidenten die Bestimmungen der Geschäftsordnung so viel Schwierigkeiten bereitet haben, hat Graf Ballestrem seine Zuflucht zu dem in der Geschäftsordnung nicht begründeten Senatorenkonvent genommen, den er vorige Woche erst verfehmt hatte.

In der Sitzung selbst ging der politische Coulissenwechsel in aller Ruhe vor sich. Der einfache Vorschlag des Präsidenten, die lex Heinze vorläufig abzusehen, genügte. Auch die Interpellation unsrer Genossen hielt nur einige Minuten auf.

Der Aufmarsch der Parteien zum Kampf um das Fleischbeschau-Gesetz brachte keine Ueberraschungen. Entschiedene Anhänger der ursprünglichen Regierungsvorlage sind nur die Sozialdemokraten und die freisinnigen Gruppen mit Ausnahme der süddeutschen Volkspartei, die für die Kompromißvorläufe eintrat und sich somit als demokratischer Agrarier gerierte.

Eine Abstimmung über den § 1 fand noch nicht statt. Inzwischen hatte das Centrum eine Fraktionsstimmung abgehalten. Man sprengte aus, daß es auf dem Gesetz nebst all seinen Schönheiten beharre.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag nach Erledigung der Debatte über den Straßenbahnverkehr mit dem Gesetz über die Zwangsversicherung, das durchweg nach den Beschlüssen der Kommission zur Annahme gelangte und den Titel „Fürsorge-Erziehung“ erhalten hat.

Am Dienstag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Eine Art Standrecht

fordert Schweinburg, der gegenwärtig ganz aus dem Häuschen ist, in seiner Korrespondenz:

„Wenn die Berliner Polizeibehörde aus Anlaß der in den letzten Tagen vorgekommenen Straßeneresse, wie die zahlreich vorgekommenen Verhaftungen exzessiver Individuen darthun, eine höchst anerkenntwürdige Schnelligkeit an den Tag gelegt hat, so würde der Effekt dieses energischen Vorgehens der Exekutive doch nur ein unvollständiger bleiben, vielleicht sogar wieder ganz aufgehoben werden, wenn nicht auch die Justiz bei Aburteilung der Kontravenienten ihrer traditionellen Langsamkeit, wenigstens dieses eine Mal, grundsätzlich entsagte und der Zu-

Dem großen Haufen imponiert rasches durchgreifendes Handeln, die übliche schleppende Praxis der Gerichtsprozedur macht auf ihn nur den Eindruck der Schwäche, der Unfähigkeit. Im wohlverstandenen, dringenden Interesse des Gemeinwohls aber liegt es, daß die Justiz bei den Massen in den heutigen agitatorischen Zeitaltern denselben Respekt teilhaft werde, wie ihn die Polizei sich durch ihr promptes und nachdruckvolles Einschreiten erzwingt.

Es kann deshalb nur als dringend wünschenswert bezeichnet werden, daß die gerichtliche Aburteilung der von Polizeiwegen eingeleiteten Arrestanten ohne Verzug erfolge und damit den weitesten Kreisen ad oculos demonstriert werde, daß auch unsre Justiz in schwierigen Situationen voll und ganz auf der Höhe ihrer Aufgabe steht.“

Herr Schweinburg scheint das Deutsche Reich bereits für eine deutsche Pachtung in China zu halten.

Deutsches Reich.

Für Vetter Rheinbaben hegt der national-soziale Herr von Gerlach vorgelegt die optimistischsten Gefühle. Unter der begeisterten Spitzmarke „Bravo“ berichtete v. Gerlach in der „Welt am Montag“:

Herr v. Rheinbaben soll angeordnet haben, daß gestern nachmittags der Straßenbahnverkehr eingestellt werde. Ist das richtig, so werden ihm alle sozialpolitisch verständig denkenden Leute dankbar sein.“

Ein paar Stunden darauf lehnte Herr v. Rheinbaben das vetterliche Bravo mit aller Entschiedenheit ab. Siehe den Landtagsbericht!

Wenn die National-socialen sich selbst über den Charakter ihrer Plündererwanden so gründlich täuschen, so wird man sich über ihre phantastische Beurteilung persönlich nicht verwundeter hoher Personen erst recht nicht mehr wundern.

Faselen der Heimgemänner. Die ob des vorläufigen Sieges der Obstruktion ergrimmt Heimgemänner machen ihrem Kerger in der albernsten Weise Luft. In rührender Kongenialität sind sie auf den Kniff verfallen, die Liberalen und Goethe-Bündler zu verspotten, weil sie sich von der Socialdemokratie in der Anti-Heinze-Campagne kläglich hätten „ins Schlepptau“ nehmen lassen. Ob das die bürgerlichen Gegner der reaktionären Kunstnebelungen mit dem beabsichtigtesten Entsetzen vor sich selbst erfüllen wird, wissen wir nicht. Was die Liberalen und Goethe-Bündler thun werden, kann uns auch außerordentlich gleichgültig sein. Wir nehmen freilich an, daß sie über derartige Faselen ebenso verächtlich die Achseln zucken werden, wie wir über die kindische Insinuation, wir führten den Kampf um das augenblicklich nicht existierende Bestehen der Freiheit von Kunst und Wissenschaft deshalb so energisch, um die Künstler zu uns herüberzuziehen. Als ob eine Partei mit Anschauungen, wie sie die Socialdemokratie besitzt und allezeit mit dem nötigen Nachdruck verfochten hat, überhaupt anders hätte handeln können! Und was die Künstler und Bitteraten anlangt, um deren Gunst wir buhlen sollen, so wissen wir nur zu genau, daß die Politik seit jeher weber zu deren starken Seiten gezählt hat, noch in Zukunft zählen wird. Ob eine durch disciplinierte Massenbewegung wirkende Klassenkampfpartei wie die Socialdemokratie ein paar hundert Franc-tireurs mehr oder weniger zählt, kommt wirklich wenig in Frage, das sollten auch unsre Gegner wissen. Und daß die ernsthafteste Kunst — ob sie will oder nicht — notwendig eine Weltanschauung vertreten muß, die uns nichts weniger als feindlich gegenüber steht, das sollten unsre Freunde im Lager der Lonturierter und Geschichteten gerade durch den Kampf um die lex Heinze allmählich auch begriffen haben.

Gegen die Professorenklärung wider die gefährliche kauschulartige Fassung der lex Heinze weist die „Germania“ nichts anderes einzuwenden, als daß es auch noch andre Kauschulparagrafen gäbe — worauf ja übrigens auch gerade die Erklärung der vierzehn deutschen Strafrechtslehrer warnend hinwies, und daß die Professoren schon längst Ursache gehabt hätten, an der Gesetzgebung Kritik zu üben. Wir können dieser Auslassung des ultramontanen Blatts nur zustimmen und auch unsrerseits der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Herren Strafrechtslehrer künftig stets mit ihrer Kritik auf dem Plan erscheinen mögen. Aber diese Einwendung der „Germania“ entkräftet doch nicht das Urteil der 14 Strafrechtslehrer! Auch kann der Wunsch, die Kritiker möchten doch nun ihrerseits eine unanfechtbare lex Heinze formulieren, nur humoristisch gemeint sein. Eine ultramontane Mudergeist atemde lex Heinze zu machen, die keine kauschulartige Fassung besäße und die Freiheit der Kunst nicht gefährdete, das hieße keine schwierigere Aufgabe lösen, als das porpotium mobile zu konstruieren oder die Quadratur des Circels zu hande zu bringen.

Rom Kampf gegen die Dänen. Aus Kiel wird uns vom 18. Mai geschrieben:

Das Kieler Ober-Landesgericht hat jetzt in einer Berufungssache zu entscheiden gehabt, die eines allgemeinen Interesses deshalb nicht entbehrt, weil sie typisch ist für die Art, wie von den Germanistoren holländischer Art gegen die dänisch gefirmten Nordfriesländer vorgegangen wird. Dieses Mal war der Grobe Luftzug-Paragraf in Anwendung gebracht worden gegen den Herausgeber eines dänischen Journals in Apemrade. In einer im Jahre 1879 spielenden Erzählung hatte er den Ausdruck „Sonderjülland“, die frühere dänische Bezeichnung für Nordfriesland, gebraucht. Das Apemrader Schöffengericht sah hierin einen groben Unflug. Hingegenommen war noch, daß auf einer Karte von Schleswig-Holstein, auf der Rückseite des Umlags des Journals, infolge einer früheren Bestrafung das oben genannte Wort fortgelassen und durch die fette Striche ersetzt war. Auch das war mit zur Verurteilung herangezogen worden, da das Gericht annahm, daß Andresen damit habe sagen wollen: „eigentlich hätten wir das Wort „Sonderjülland“ drucken müssen, aber wir dürfen's nicht.“

Nicht genug hieran, hatte das Berufungsgericht, die Hensburger Strafammer, den groben Unflug noch elastischer gebeutet. Es fand, daß auch durch zwei am Fuße der Karte stehende in die Ferne schauende Frauengestalten grober Unflug verübt sei, weil das Gericht der Meinung war, daß diese beiden betrübten Frauen die selbstständig nach einer Wiedervereinigung mit Dänemark wartenden Herzogtöchter darstellen sollen. Das Ober-Landesgericht hat nun allerdings durch ein freisprechendes Urteil dieser Art Juristerei einen Strich durch die Rechnung gemacht und auch die Kosten des Prozesses der Staatskasse auferlegt, aber man sieht doch, mit welchen Mitteln gegen die Dänen zu lämpfen versucht wird. Daß da seitens der dänisch gefirmten Bewohner alles Deutsche mit einem besondern Haß bedacht wird, das braucht wahrlich nicht zu verwundern.

Derselbe Senat des Ober-Landesgerichts hat sich auch mit einer Sache zu beschäftigen gehabt, über welcher wir seiner Zeit schon im „Vorwärts“ berichteten. Im Dezember 1899 wurde der Landmann Christensen, als der Sohn eines Optanten in Düppel geboren, von der Schleswiger Regierung ausgewiesen und über die Grenze geschickt. In Kopenhagen ging es ihm jedoch ebenso, weil er kein dänischer Staatsangehöriger sei. Er kehrte also zurück und wurde wegen dieser „unbefugten Rückkehr“ zu 7 Tagen Haft verurteilt. Bis zum Ober-Landesgericht hinauf ist jetzt diese Strafe bestätigt worden. Christensen ist also vaterlandlos und das interessante Schauspiel, daß er zwischen Preußen und Dänemark hin- und hergeschoben wird, kann aufs neue beginnen.

Ein Drehfus-Syndikat in Deutschland? Herr Liebermann v. Sonnenberg läßt in seinen „Deutsch-socialen Blättern“ einen Artikel über den Königer Nord veröffentlichen, der folgende Stelle enthält:

Wir bitten zu beachten: 1. Nachdem in Sturz die Juden verhaftet sind, erscheint ein Berliner Polizeikommissar auf der Bildfläche, stellt „äußerst schwierige Ermittlungen“ an, deren Ergebnis... Freilassung der Juden und Verhaftung eines Christen ist, der dann vom Schwurgericht einstimmig freigesprochen wird. Der Mörder ist bis heute unentdeckt.

2. Als in Kanten sich der Verdacht immer mehr über den Schächter Buschhoff zusammenzieht, nimmt ein Berliner Polizeikommissar die Sache in die Hand, und zwar so energisch, daß Buschhoff nach einem glänzenden Plaidoyer des Vertreters der Anklagebehörde — das allerdings ebenlogut aus der Verteidiger des Angeklagten hätte halten können — nach Hause gehen darf. Der Mörder ist bis heute unentdeckt.

3. In Konig ist ebenfalls ein Berliner Polizeikommissar an der Arbeit, die nunmehr (sehn Wochen nach der That) so weit ist, daß der verhaftete Jude freigelassen werden soll. Der Mörder ist bis heute unentdeckt.

Herr Liebermann v. Sonnenberg galt vielfach bisher nur als Clown des Reichstags. Man wird ihm aber gründlich Abbitte leisten

müssen, denn unter der heiteren Außenseite des deutschen Volksmannes verbirgt sich nicht nur ein ungehobenes dichterisches Ingenium, sondern auch ein ebenso großes Entdeckergenie. Wir besitzen nach seinen ebenso schwierigen als überzeugenden Feststellungen auch in Deutschland ein Drehfus-Syndikat. Nur ein unendlich gefährliches Drehfus-Syndikat, denn während das französische nur den einen Drehfus den Fingern der Justiz entwand, vermag das deutsche auf rätselhafte Weise jeden jüdischen Ritualmörder der Arme der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen.

Der Affessorismus in unsrer Kolonialverwaltung erregt den Jörn der „Rheinisch-Westf. Zig.“ Anknüpfend an eine Notiz der „R. W. Zig.“, wonach es erwünscht sei, daß sich Regierungs- und Gerichtsassessoren in großer Zahl zum Kolonialdienst meldeten, bemerkt das Dortmunder Großindustriellen-Organ:

„Giebt es denn gar keine andern Elemente zum Dienst in den Kolonien als Assessoren? Warum macht man nicht endlich einen Versuch mit in den Kolonien erfahrenen Kaufleuten?“ Der Affessorismus unsrer Kolonialverwaltung hat unsre herrlichen Kolonien allerdings noch nicht viel Heil gebracht. Gegen die zivilisatorische Befähigung des Krummhansstandes dürfte man allerdings nicht minder begründete Beforgnisse hegen. Nebst Leib und Beihlan glänzte durch seine Thaten auch der wadere Flaschen-Schröder.

Zum Flottenkarneval. Aus Krefeld wird uns geschrieben. Die Krefelder Stadtverordneten-Versammlung bewilligte einen unbeschränkten Kredit zu dem Empfang der Besatzung der Torpedoflotte. Wer aber glaubte, daß die ultramontanen „Stadtväter“ eine Oppositionsstellung einnehmen würden, hat sich gründlich geirrt. Der liberale Beigeordnete sprach seine Mißbilligung sogar darüber aus, daß die patriotischen Vereine eine Geize mitspielen sollten, sie, die Stadtverordneten, wären national genug, die Sache allein zu machen. Im Flottenkarneval sind die Ultramontanen sogar den Kriegervereinen um eine Rosenlänge voraus.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Karlsruhe der 42 Jahre alte Schmied Rudolf Hauer, der bereits wegen Majestätsbeleidigung mit drei Monaten vorbestraft ist, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte suchte vergebens durch den Hinweis auf seine, auch von den Belastungszeugen zugestandene, Trunkenheit Straffreiheit zu erwirken.

Mittelhandbreiterei.

Stuttgart, 19. Mai. (Eig. Ber.) Im württembergischen Landtag wird die Mittelhandbreiterei emsig fortgesetzt. Nachdem der Mittelhand bereits durch die höhere Besteuerung der großen Brauereien und durch endlose Neben für eine Warenhaussteuer nach Kräften gerettet worden ist, thut man jetzt noch ein Uebrigtes mit einer gestaffelten Umlagsteuer für Getreidemühlen, Aufhebung der Zollkredite und Erhöhung des Frachttarifs für auswärtiges Mehl. Und das alles angeblich, um die kleinen Stundenmühlen gegen die erdrückende Konkurrenz der großen Handelsmühlen zu schützen. Alle diese Kuragungen entpringen übrigens nicht der Initiative der Regierung, welche sich sogar gegen die tollsten Zumutungen heftig sträubt, sondern sind durch Petitionen veranlaßt, die — bei der Nähe der Landtagswahlen — alle bürgerlichen Parteien zum Wettlauf um die Gunst der Wähler des Mittelstands rufen. Sogar die Volkspartei, die im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen bereits sich für Getreidezölle zu besaggen anfangt, macht diesen Schwund tapfer mit, und, nachdem ihr Vorkämpfer Schmid, der „Beobachter“-Redacteur, bei der Warenhaussteuer noch einmal von seiner Partei zurückgepfiffen worden ist, legte er sich bei dem Projekt der Besteuerung der Getreidemühlen mit um so größerem Nachdruck ins Zeug, da es sich ja hier um — Brodverteuerung handelt. Diese klägliche Haltung der demokratischen Volkspartei stach besonders grell ab gegen das Korrekte und in der Sache durchaus ablehnende Verhalten der Regierung gegenüber der geplanten Steuer. Der schwäbische Finanzminister Jeyher betonte, daß die Steuerpolitik nicht die Aufgabe habe, in den wirtschaftlichen Werdeprozeß regulierend eingzugreifen und bezeichnete überdies den Versuch, der wirtschaftlichen Entwicklung durch steuerpolitische Maßnahmen in die Arme zu fallen, als aussichtslos. Die Umlagsteuer sei überhaupt ungerecht, denn der Umlag sei das roheste, was besteuert werden könne. Der socialdemokratische Vertreter Klotz schloß sich in der Hauptfrage diesen Ausführungen an und wies nach besonders auf die Wirkung der Brodverteuerung hin, welche dieses Projekt haben müßte. Trotz alledem wurde der Antrag der Kommission, die Petition auf Einführung einer progressiven Umlagsteuer für Getreidemühlen der Regierung zur Erwägung zu überweisen, angenommen. Noch entgegenkommender stellte sich der Landtag zu der Petition auf Aufhebung der Zollkredite, welche angeblich nur den großen Handelsmächten zu gute kommen, und zu einer weiteren Petition, die Regierung möge eine höhere Tarifierung des Mehls bei der händigen Tarif-Kommission anregen. Den beiden letzten Anträgen stellte sich auch die Regierung freundlicher gegenüber, und so wurden dieselben mit erdrückender Majorität der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Es ist übrigens, nach der Aussprache der Regierung, ausgeschlossen, daß diese ein Ausnahmesteuer-Gesetz gegen die Getreidemühlen vorlegt. Wohl aber wird dies alles nach den Wahlen bei der Steuerreform nachgeholt werden.

Genosse Göhre wird in der reaktionären Presse wegen seines Uebertretens zur Socialdemokratie, der dem ehemaligen National-Socialen gewiß innere Kämpfe genug geloset hat, bereits in der diesen Preshgeichter nun einmal eignen sinnlichste Weise angepöbelt. Daß ein Anstichwechsel das Resultat ersten geistigen Ringens sein kann, ist dieser Sorte von Presse ein unbegreifliches Phänomen. Wenn jemand seine politischen Ansichten ändert und in eine von ihm bisher bekämpfte Partei eintritt, so giebt es für einen solchen Frontwechsel nur zwei Motive: entweder materielles Interesse oder ungesättigter Ehrgeiz. Da die Futterkrippen innerhalb der Socialdemokratie notorisch ziemlich mager sind, und Göhre es nach der von der bürgerlichen Presse geübten, selbst in familiäre Verhältnisse eindringenden Schmeichelei auch nicht nötig haben soll, so kann der Mann nur ein Opfer seines Ehrgeizes geworden sein. Ein andres Blatt, die „Mittl. Allg. Zig.“, leiht folgendermaßen:

„Man hat Genosse Göhre gesprochen, nun weiß der Socialdemokratische Parteivorstand, daß er in den neuen „Genossen“ einen folgamen Interpreten des socialdemokratischen Parteiprogramms gewonnen hat, einen Parteimann, dessen Entschließungsfarbe durch die Blässe des Gedankens so wenig angekränelt wird, wie der Parteivorstand es sich nur wünschen kann.“

Wie und Genosse Göhre mittelteil, wird sein Chemnitzer Vortrag in der „Zukunft“ abgedruckt werden. Die Zeilenreißer der reaktionären Presse werden dann eine noch schönere Gelegenheit zu noblen Interpretationen haben.

Ausland.

Schweiz.

Volksabstimmung. Bern, 20. Mai. Daß von der Bundesversammlung beinahe einstimmig angenommenes Bundesgesetz betreffend die Einführung der obligatorischen Kranken-, Unfall- und Altersversicherung wurde heute in der Volksabstimmung des schweizerischen Volks mit 337 575 gegen 146 929 Stimmen verworfen.

Bern, 19. Mai. (Sig. Ver.) Die Schweizerische Bundesversammlung tritt am 3. Juni hier zur Sommeression zusammen. Das Geschäftsverzeichniß enthält nicht weniger als 50 Nummern. — Im Berner Kantonsrat brachte die socialdemokratische Fraktion in Gestalt einer Interpellation die Ausbeutung der berühmten Aareischlucht bei Weiningen im Berner Oberland durch eine Aktiengesellschaft zur Sprache, die an ihre Aktionäre Dividenden bis zu 40 Proz. verteilt, die aus den Austrittsgeldern der Weinger herausgeschlagen werden. Die Interpellanten wünschten von der Regierung zu erfahren, welche Schritte sie zu thun beabsichtige, um diesem Skandal ein Ende zu machen. Die Antwort-Erteilung wurde wegen Verhinderung des Regierungspräsidenten auf nächste Woche verschoben. Das Vorgehen der Socialdemokraten findet die Zustimmung aller anständigen Leute in der Schweiz. — Die Verhandlung gegen den wegen anarchistischer Propaganda angeklagten Carlo Grigorio (auch Colhofer genannt) findet am 28. Mai vor dem Bundesgericht in Lausanne statt. Aus dem Anstand, daß 6 von der Verteidigung namhaft gemachte Zeugen abgehört wurden und nur 3 Zeugen aus dem Lager unserer Genossen Arbeitersekretär Sigg verhört werden sollen, zieht die Presse den Schluß, daß der ganzen Affaire keine große Wichtigkeit mehr beigemessen wird. Verteidiger des Angeklagten ist der Berner Advokat Bedt. —

Belgien.

Zu einem Zusammenstoß von Bürgergardisten kam es am 20. d. M. gelegentlich der Übungen der Artillerie und der Genter Bürgergardisten.

Brüssel, 21. Mai. Am vorigen Sonntag hatten sich eine Anzahl von Bürgergardisten geweigert, den in französischer Sprache gegebenen Befehlen der Vorgesetzten zu gehorchen. Seit 1 1/2 Jahren war das Kommando stets in bländischer Sprache erfolgt. Die Protestler behaupteten, die Anwendung der französischen Sprache sei ungesetzlich. Als der Kommandant gestern am Versammlungsort eintraf, traten mehrere Mann vor und verlangten in bländischer Sprache kommandiert zu werden. Anstatt der Aufforderung nachzukommen, befahl der Kommandant den Widerspenstigen, nach Hause zu gehen. Diese meinten sich jedoch unter das Publikum, welches den Kommandanten verhöhnte. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Als am Schluß der Übung die anderen Bürgergardisten ihrer Sympathie für den Kommandanten Ausdruck gaben, kam es zwischen ihnen und den Protestlern zu einem Handgemenge, an welchem auch das Publikum teilnahm. Die Polizei hatte Mühe, die Streitenden zu trennen, von denen einige verhaftet wurden. —

Frankreich.

Das Endergebnis der Gemeinderatswahlen.

Das nunmehr vorliegt, beweist, wie wenig Ursache im Grunde die Nationalisten hatten, sich als die neuen Herren von Frankreich anzuspüren. Der Schlappe, die die Republikaner in Paris erlitten haben, stehen bedeutende von ihnen in der Provinz errungene Erfolge gegenüber. Mehr als zwei Drittel des französischen Volks haben republikanisch gewählt, die in Paris erlittene Schlappe wird deshalb keine andre Bedeutung haben, als die Republikaner zur energischeren Bekämpfung des so übermächtig sich gebärdenden Feindes anzuweisen. Jedenfalls wird der Socialismus den behdehndsch aufzunehmen.

Nach den dem Minister des Innern zugegangenen Berichten stellen sich die Wahlergebnisse folgendermaßen:

In 33 042 Gemeinden, nämlich in Paris, wurden gewählt: Republikanische Gemeinderäte 24 882, Reaktionäre 8519, Nationalisten 133 und 438 von unbestimmter Parteizugehörigkeit. Im Ganzen erlangten die Republikaner 1004 neue Gemeinderatsitze.

Wenn man die Gesamtzahl der Stimmen zusammenrechnet, die in den einzelnen Listen den am meisten begünstigten Kandidaten zugefallen sind, so ergeben sich, Paris nicht eingerechnet, folgende Ziffern: Republikaner 4 713 467, Reaktionäre 2 174 823 und Nationalisten 172 430. —

Am Sonntag erfolgten in ganz Frankreich die Wahlen der Gemeindevorstände.

Im Seine-Departement wurden in 21 Kantonen 7 Nationalisten, 1 Mitglied der Patriotenliga, 1 unabhängiger Socialist, 1 revolutionärer Socialist, 7 Radikale oder Socialisten gewählt; außerdem sind vier Stichwahlen erforderlich.

England.

Militärreform.

London, 19. Mai. (Sig. Bericht.) Zwei Anträge, welche der Kriegsminister Lord Lansdowne gestern im Haus der Lords eingebracht hat, zeigen, daß die Regierung vorerst von jedem Versuch abgesehen ist, das Heerwesen im Sinn der festländischen Militärsitten umzugestalten. Der eine bevollmächtigt die Gemeindevorstände, den in ihrem Bezirk bestehenden Freiwilligenkörpern Unterstufungen in Form von Gebäuden, Grundstücken für Schießbänke u. dgl. zu gewähren, der zweite Antrag schlägt vor, den Paragraf im Gesetz über die Freiwilligen, wonach diese im Fall einer drohenden Invasion des Vereinigten Königreichs einbezogen werden dürfen, dahin abzuändern, daß sie im Falle einer drohenden nationalen Ge-

sahr oder in außerordentlichen Fällen einberufen werden dürfen. Ferner soll die Militärbehörde mit Freiwilligen, die sich dazu melden, Verträge abschließen dürfen, wonach die letzteren gleich den Militärsoldaten jeder Zeit zum Kriegsdienst innerhalb und außerhalb des Reichs eingezogen werden können. Mit andern Worten, die Freiwilligen sollen generell für den Dienst außer Landes disponibel gemacht werden dürfen — alle ausnahmslos im Fall größerer Gefahr, solche, die sich dazu melden, auch unter gewöhnlichen Verhältnissen. Es sei dabei bemerkt, daß niemand zum Eintritt in die Freiwilligenkörper verpflichtet ist und der Dienst in Übungen besteht, die auf gewisse Tage im Jahr beschränkt sind, so daß der betreffende nicht genötigt ist, seinen regelmäßigen Beruf zu unterbrechen. Die Freiwilligen der City, die nach Südafrika gegangen sind, (meist junge Kaufleute, Buchhalter u. dgl.) haben sich nach dem Zeugnis der Generale dort sehr gut bewährt, es weder an Ausdauer, Ausicht noch Mut fehlen lassen. Angesichts dieser Erfahrung glaubt die Regierung von jeder tiefgreifenden Reorganisation des Heeres und der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht absehen zu können, sofern ihr die Erlaubnis gegeben wird, die Freiwilligen in Nothfällen zur Ergänzung der regulären Kräfte auch außer Landes verwenden zu dürfen. Ihr Antrag wird auch wohl durchgehen, im bereitwilligen patriotischen Ueberwachen wird eben alles mögliche bewilligt. Eine andre Frage ist, ob später, wenn Entschärfung eingetreten ist, nicht viele sich gerade dadurch vom Eintritt in die Freiwilligenkörper werden abhalten lassen, daß er sie verpflichtet, eventuell außer Landes Kriegsdienst zu verrichten. —

Rußland und England in Asien. (Sig. Ver.) Die Meldung der „Times“, daß Rußland von Korea den vielbegehrten Hafen von Wafangwe als Station für die Marine-Stationen und für Anlage eines Marine-Stationen-Netzwerkes hat, wird von der radikalen Presse als Beweis dafür angeführt, daß sich England durch das südasiatische Unternehmen international im höchsten Grade geschwächt hat. In der That ist die Russifizierung dieses Hafens ein harter Schlag für England. Vielleicht nicht so sehr wegen seiner strategischen Wichtigkeit — obwohl diese nicht unbedeutend ist — als wegen der moralischen Auswirkung dieses Erwerbs. Er geschieht in direktem Widerspruch mit der 1886 von Rußland England gegenüber eingegangenen Verpflichtung, sein Territorium in Korea zu erwerben, und ist ein Schlag ins Gesicht von Japan, Englands natürlichem Alliierten. Englands Ansehen erleidet eine Schädigung, und Rußland befestigt immer mehr seine Position als entscheidende Macht im nord-östlichen Asien. Die Regierungspresse drückt sich um die Sache mit einigen verlegenen Redensarten herum. Nur einzelne unionistische Blätter können sich nicht der Bemerkung enthalten, die Dinge im fernem Osten entwickeln sich immer ungünstlicher. Ein Tropfen Vermut in den Freudenbecher. —

London, 21. Mai. Unterhaus. Der Unterstaatssekretär Brodrick berichtet, die Regierung habe erfahren, daß die russische Regierung postweise einen Plan für ein Kohlenlager und ein Marine-Hospital an dem Vertragshafen von Malakange erworben habe. Der Hafen sei offen für die Fahrten aller Länder. Das Land und die Aufstapelung von Vorräten für die russische Flotte an dem so erworbenen Platz regere sich nach dem bestehenden Vertragsrecht. An die russische Regierung sei kein ausschließliches Recht abgetreten, und die den britischen Staatsangehörigen durch Verträge zugestandenen Rechte seien durch dies neue Abkommen nicht beschränkt worden. —

Spanien.

Malaga, Madrid, 20. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht den Erlass betreffend die Konsolidationsanleihe. Die Emission beträgt im ganzen 1200 Millionen Pesetas, rückzahlbar innerhalb 50 Jahren mittels vierteljährlicher Auslosungen. Der Zinssatz beträgt 5 Proz. mit einer Steuer von 20 Proz. Der Emissionskurs beträgt 83 Proz. Die Subskription wird am 4. Juni d. J. bei der Bank von Spanien stattfinden. Bei der Subskription sollen zum Nominalwert angenommen werden: Obligationen der Schwedischen Schuld des Schatzes, Staatsobligationen, Forderungsfälle und Schuldverschreibungen des Kolonialministeriums. —

Afrika.

Trohende Verwicklungen mit Marokko. Der „Agence Havas“ wird aus Tanger gemeldet: Nach Verleiden, die hier aus dem Innern von Marokko eingetroffen sind, wird den Grenzstämmen des südöstlichen Marokkos der beilige Krieg gepredigt. Die Armeen dieser Stämme sollen sich sammeln, um sich in Tafilet zu vereinigen. Nach dem einen soll diese Bewegung gegen die französische Kolonie gerichtet sein, welche am 5. April Jast besetzt hat, nach dem andern soll sie von den Gegnern des Sultans her, welche den bevorstehenden Tod des Großveziers hemmen möchten, um den Sultan durch seinen Bruder Mulay Mohammed zu erlösen. — Der Kommandant des Armeekorps von Algerien hat Befehl erhalten, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um die südwestliche Grenze Algeriens zu sichern und die Occupationstruppen zwischen Juba und Taji zu verstärken.

zwei Centner Kartoffeln, eine Mäße Getreide zu fünf Pfund, eine Flöge Gruppen, eine Röhre Erbsen im fünfzehn Pfund Gewicht, außerdem vier Hühnerfleischbrote in der Woche. Zur Feuerung giebt's a fünfzig Pfund Kohlen die Woche an einem Holz. In dem, das hat' ich in die Wägen — fünfzig Pfund Pfennig Pfennig bekommen ma uch uch in a Wägen, um im Monat giebt's a zweimal fünfzig Pfennig mehr zu Pfennig in Winter um in der Erste zehn Pfennig mehr zu Pfennig uff de Wägen. Sie ladet halb verlegen, halb freudlich: „Rebu Pfennig mehr für da ganze Familie uff da Wägel! Das giebt a Berg Pfennig! — Ru, in was für a Wägel in Winter es für fünfzig Pfennig Pfennig giebt — ma, das will fast nie reichen für zwei Wägen um nach länger. Da hom's die besser, die sich a Stiel Vieh halten dürfen. Wenn se noch viel Arbeit dadermit ha'm — se hom dudi wenigstens a Wägel zu ihre Kartoffeln. Aber unse Herr Szmula erlaubt uns halt nicht, daß mer uns a Fisl oder a Stiel Rindvieh halten.

„In was ma mich funken haben? — A ja, ich hält bald vergassen — ma ha'm a mudy was extra. A Ertragel, a drei Mark Triegen ma auch, aber erst zu Neujahr. . . In wem se bleiben, de Knädelner, s'kennt ihna der Herr aus das Wägen, das se im Jahr zahlen müssen. A Wechnachten giebt's eigentlich nich. Aber da is auch in Bermächtnis, da Hälfte liegt uff de Kische, de andere uffs Dominium. Da hom ma auch aus dem Bermächtnis alle halbe Jahr zwei Mark. A ja, ma hom a Menge zu kriegen. 's macht halt nur nich a us auch viel zusammen. 's sind lauter Keene Sappel.“

„A, vielleicht reich's doch zu Geshmorten und Kompott?“ meinte ich scherzhaft.

Die Frauen lachten laut auf: „Kommen Se noch mal im guden Se in unsa Spinden an Töpfe. Hier, Kartoffeln — un Salz — un Brot — un a Kappel voll Fett. . . In hier uch Kartoffeln — un Brot — un Salz — un leen Fett, weil's halt nich mer daderzu langt. . . Oben, bei der da, da finden Se vielleicht auch a Sappel Pfennig vom Sonntag — die giebt a vum ein Pfund Pfennig ihren Mann um da künden de ganze Wägel in was. Immer sich'n Polsterche wie a Fingerhagel anse. In dem ardeet se och mit. Da hat se, wann se fünf Tage ardeet, uff a Tag fünf Böhm. Kann se aber a Wägen nicht fünf Tag ardeeten — vum siech halb fünf bis spät nach sieben abends — dem hat se uff'n Tag nur vier und a halb Groschen. In de Kinder ardeeten och mit jom dunn neunten oder zehnten Jahre an. De ham a Tag vier Böhm. Se dhun a Hen umdehen oder Kartoffel kanden. Da ha'm se in Accord a Pfennig uff a Korb, de sechs Wagen hält.“

In das allerhöchste is, me ham hier noch nich a Keene Stiel Garten. Bei alle andern Herren giebt's dudi wenigstens das, alle

Der französische Gesandte in Tanger hat Befehl erhalten, die Regierung auf diese Versammlungen von Kriegern an der Grenze hinzuweisen und ihnen mitzuteilen, daß jeder Angriff energisch zurückgewiesen werden würde. —

Amerika.

Empfang der Boerengandtschaft. Washington, 21. Mai. Der Empfang der Boerendelegeren im Oberhaus gestaltete sich zu einer großen Kundgebung. Der Raum war dicht gefüllt; zwar war die offizielle Welt nicht vertreten, jedoch waren verschiedene Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses anwesend. Senator Sulzer bewillkommnete die Delegierten und sagte, neun Zehntel der Amerikaner seien gegen England. Im Namen der Menschlichkeit müsse man für die Herbeiführung des Friedens eintreten. Die Boeren seien nur zu befestigen, wenn sie gleichzeitig ganz vernichtet würden. Dem Fortschrittsmarsch Englands müsse Einhalt gethan werden. Der Boerendelegerie Führer sprach sich in seiner Erwiderung ähnlich aus, wie er dies in New York gethan. Die Delegierten Bessels und Wolmarons gaben ihrem Dank für die ihnen von den Amerikanern bekundete Sympathie Ausdruck. Hierauf sprach Bourke-Codron. Er wies auf die Nachbarschaft Canadas hin und bemerkte, Canada als britischer Besitz bedrohe die Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin. Sodann griff Redner heftig die englische Regierung an. Ob nun die amerikanische Regierung interveniere oder nicht, fügte er hinzu, die nötigen Mittel müßten gefunden werden, dem gegenwärtigen Unrecht gegen die Civilisation ein Ende zu machen.

Trotz dieser scharfen Drohreden einzelner Senatoren wird Amerika sich schwerlich die Finger verbrennen lassen. —

Vom Aufstand in Columbien. Einer Depesche aus Kingston zufolge sind nach dort eingetroffenen Berichten aus Columbien die Aufständischen im Norden von Panama vertrieben worden. Am 18. Mai war Cartagena noch im Besitz der Regierung. In der Nacht vom 18. Mai fand vor Cartagena ein verzweifelter Kampf statt, in welchem die Aufständischen geschlagen wurden. Es sollen 500 Aufständische gefallen sein. Das Land befindet sich in einem schrecklichen Zustand. Der Papierdollar ist nur 5 Cents wert. —

Das Reichs-Gezengesetz.

Die Kommissionsberatungen des Gesetzes betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten sind kürzlich beendet worden.

Der Rahmen des Gesetzes blieb unverändert. So wünschenswert es auch ist, daß nicht nur die im Entwurf bezeichneten gemeingefährlichen Krankheiten (Ausfall, Cholera, Mecthyphus, Seltfieber, Pest und Pocken) im ganzen Reich einheitlich bekämpft werden, so mußte doch, da vorläufig eine weitere Verständigung unter den verbündeten Regierungen nicht zu erzielen ist, davon Abstand genommen werden, auch nur die Anzeigepflicht weiter auszudehnen. Auf Anregung unserer Fraktionsvertreter wurde der Kommission eine Tabelle vorgelegt, aus der sich ergibt, daß in der Mehrheit der Bundesstaaten über ein Duzend anstehender Krankheiten der Anzeigepflicht unterliegen und auch besondere Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung getroffen sind. Da dem Bundesrat das Recht zusteht, die Anzeigepflicht auszudehnen, so ist zu verlangen, daß nun endlich eine Einheitlichkeit erzielt wird und auch die erforderlichen sanitären Maßnahmen einheitlich geregelt werden. Jetzt aber eine ausgedehnte Anzeigepflicht in das Gesetz bringen, hieß das Zustandekommen desselben gefährden, und dies hielt die Kommission einschließlich unserer Fraktionsvertreter nicht für angezeigt, weil es dringend notwendig ist, daß noch im Lauf des Sommers dem Reich wie den Einzelstaaten die zur Bekämpfung der drohenden Seuchen (Cholera und Pest) erforderlichen Vollmachten gegeben werden.

Wie von seiten unfres Fraktionsredners bei der ersten Lesung des Gesetzes in aller Schärfe hervorgehoben wurde, fehlen für eine zuverlässige Seuchenbekämpfung die wichtigsten Grundlagen: eine durchgreifende hygienische Gesetzgebung und eine zuverlässige Medizinalpolizei. Da unser ganzes Staatswesen auf die Bevormundung der Staatsangehörigen durch die staatlichen Behörden zugeschnitten ist, bleibt der Selbstverwaltung und damit der kommunalen Selbsthilfe ein sehr kleiner Spielraum. Eine Wohnungsgefeßgebung durch das Reich steht noch in weiter Ferne, ebenso wie die sanitären Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwindsucht auf ein kleines Gebiet beschränkt bleiben. Im Militär- und Klassenstaate fehlt es eben stets an Geld, wenn den ärmeren Be-

geben se a sechs Dhaler mehr im Jahr — der Herr Szmula läßt das nich zu.“

Die Frauen wollten mir die Wohnungen im oberen Stock zeigen, die viele Wihände aufweisen sollten. Da kam jedoch der Mann der einen hinzu und sagte: „Sie, das geht nich. Ja, wenn Se dunn Herrn 'n Erlaubnischein habent. . . Die Wohnung darf ich ja nich revidieren lassen. Wer wech, was daraus wird. Ne, nee . . .“

Die Weiber erschrakn. Verächtlich und angräßig zogen sie sich zurück. Einer alten Frau liefen die Thränen über die verwitterten Waden.

„A nee, a nee! Ma sein alte Leut' — ma können nicht mehr beginnen. Ma siech halt mitern Herrn seine kinnte. Wenn er erlaubt, daß ma alles erzählt habent — da jagt er uns fort . . .“

Aus ihrem Jammern lang die Erinnerung an nicht zu fremdliche Behandlung. Ich beruhigte sie und versicherte ihr, daß so ein Herr wie der Herr Szmula niemals an jemand es tadeln werde, wenn er die Wahrheit sage. Am allerwenigsten werde er seinen Jörn an alten Leuten, die ihm die ganze Kraft ihres Lebens gewidmet haben, anlassen.

Doch sie schüttelten ungläubig die Köpfe.

Die Wohnungen der andern Tagelöhner liegen unmittelbar neben dem von Cyben unrankten Schloß des Herrn Szmula. Vor dem Hause war ich von der goldigten Pforte der Vormittagssonne umgeben. Drinnen aber konnte ich erl kaum die Hand vor den Augen sehen. Nicht vor den Fenstern erheben sich die Schloßmauern und die Wände des Parks, so daß selbst bei der hellen Sonne nur düstertes Jwielicht die Wohnräume erhelle. In frühen Tagen herrschte hier die finstere Dämmerung von Kellergräbden.

Dann erfuhr man wenigstens nicht den verwahrlosten Zustand der Wohnräume, die alten, unermüdeten Schwestern gleichen. Für eine der Familien, die aus Vater, Mutter und drei Kindern bestand, war eine Stube von 2 1/2 Metern Breite und 5 Metern Länge angewiesen. Der Fiegelboden war löcherig, der Fuß von den Wänden war abgefallen, die Kisten schloßlich wurd — dazu der erbärmliche Handart: Es sah nicht aus wie das Heim eines Menschen, der sich von früh bis spät ernt.

Ein alter, schwacher Mann besommt nur die Wohnung. Sein Essen und seine Kleidung mag er suchen wo er will, sein Arbeitgeber hat nichts für ihn übrig. Die Frau des Alten bezieht eine schmale Invalidenrente. Damit schleppen sich die Alten durch, wie sie berichten.

Sie zeigten auch ein kleines Kind, das sie in Pflege hatten. Es gehört einem der Mädchen, das im Schloß dient. Das Kind war nahezu ein Jahr alt, sah aber aus, wie ein von einem Monat. Es bewegte kein Händchen, kein Beinchen. Nur Knochen und welke Haut, lag es still.

Kulturbilder aus Schlesien.

Von Hans Wandrer.

A. Der Sij eines Centrumsführers.

(6. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 30. Januar 1900. Abg. Szmula: . . . Im großen und ganzen giebt es bei uns in Schlesien nirgends sogenannte menschenwürdige Wohnungen. Die Vöndie haben sich durch das Fortgehen der Leute vergrößert, meistens verdoppelt, und, soweit ich die Verhältnisse da kenne, wo Katastrophen gegeben wird, da stehen sich die Leute wirklich gut. . .“)

„Guten Morgen!“ rief der Tagelöhner von der Wiese herüber. In gleichmäßigem Takt bewegte er die Sense hin und her und schlug den kräftigen Alee um. „Da han leen' Zeit nicht!“ meinte er dann auf meine Fragen; aber gahn Se zu meinem Weib; das wohnt ool gleich in dem Vorwerk, in dem ersten Häusel da.“ Ohne Unterbrechung zählte die Sense weiter durch den hohen Alee.

Auf dem Hof des von hohen Mauern und Ställen umgebenen Vorwerks tummelte sich ununter das Jungvieh. Die jungen Stiere und Stärken glänzten in ihrer streifenden Blauder. Aus dem Wobnband, das an der nach dem Gut Friedewalds führenden Chaussee lag, kamen mehrere dienstliche Frauen mit der weißen Gesichtsfarbe, die mangelhaftes Essen und schlechtes Wohnen erzeugte. Sie führten nicht bereitwillig in ihre Stuben. Ein unterlegte, ältliche Frau erklärte:

„Ach, mit da Wohnung sein ma ja so weit zufrieden. Se ist ja groß genug. Aber doch ma la Kachel haben, das is das Wöde. Das is aber ool leberal so for uns arme Tagelöhner. Wer dam noch is nich a Kachel gehatt. Immer bloß a reingiges Luch. In da böse Fiegelboden! Da is so kalt, daß ma halt ool gleich in die Stichel schlupfen muß, wenn ma aus'm Bett steigt. In da giebt's hier so sehr. Sehn Se, da ha'm ma und schon selbst a Thäl moaden lassen müssen, weil's so kalt war, daß ma ood reene weg nich aus de Krantheit raus kinne sein, der Herr Szmula hat's aber nich bezahlt.“

In was ma un funst mich kom? In, ma Mann hat ood dreißig Dhaler im Jahr. Alle andern Herren geben W — aber unse Herr giebt ja ool nich mehr. In ma fan ankte Leut', ma sein schon vlermdreißig Jahr hier uff'm Gut. Schon beim Herrn Szmula seiner Mutter waren wir. In da layn mon nich a in weg. Ich ha'u schon de Hebe Kraft, wann unse Junge weg geht. A is nu so dreimdvanzig Jahr un will sich halt ool verbessern. Aber er muß doch unferwegen hier bleiben. Doch er folgt nicht, er will nicht partieren. Und wer wech, was dann mit uns wird?

Also, was wir kriegen: dreißig Dhaler im Jahr, jeden Monat

Dörrungsschichten Hilfe gebracht werden soll. Bei Ausbruch einer Epidemie werden sich diese Unterlassungssünden bitter rächen, leider aber nicht nur an denen, die gesündigt haben, sondern in erster Linie an denen, gegen die gesündigt worden ist: an den ärmeren Volksschichten.

So lebhaft wir gegen diese Mißwirtschaft Protest erheben und ihre Beseitigung fordern, so wenig können wir aber jetzt der Gesamtheit, d. h. dem Staate, die Machtbefugnisse verweigern, die er zur Bekämpfung der Seuchengefahr braucht. Wissenschaftlich steht jetzt fest, daß die Übertragung der ansteckenden Krankheiten verringert, ja in manchen Fällen gänzlich verhindert werden kann, wenn rechtzeitig nicht nur die Kranken, sondern auch die krankheits- und ansteckungsverdächtigen Personen von den gesunden getrennt und Kleidungsstücke, Wäsche u. sowie Wohnungen einer sachverständigen Desinfektion unterzogen werden. Der vom „Bacillenschwindel“ spricht, beweist damit nur, daß er von den wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahrzehnte keine Ahnung hat — oder haben will. Die Übertragbarkeit ansteckender Krankheiten durch jene Keime, nur mikroskopisch sichtbaren Organismen, die Spaltpilze, die eine so ungeheure Vermehrungsfähigkeit besitzen, ist eine durch unzählige Experimente bewiesene Tatsache. Daß die Ansteckung eine geeignete Beschaffenheit des Anzudeckenden, die sogenannte Disposition (Ansteckungsfähigkeit) zur Voraussetzung hat, ändert nichts daran, daß gewisse Krankheiten durch Spaltpilze übertragen werden können. Sie widerstandsfähiger d. h. gesünder, kräftiger ein Organismus im Ganzen wie in jedem seiner einzelnen Organe ist, um so stärker muß der Ansturm der Spaltpilze sein, ehe er ihnen unterliegt. Es ist daher die Hauptaufgabe bei der Bekämpfung der ansteckenden, wie überhaupt aller Krankheiten, die Bevölkerung in eine sociale Lage zu versetzen, die ihr ermöglicht, sich gesund zu entwickeln. Daß hierzu heute außerordentlich viel fehlt, ist leider eine ebenfalls nicht zu bestreitende Tatsache. Deshalb kann auch das beste Seuchengesetz die Bevölkerung nicht völlig schützen, sondern es gehören eine große Reihe allgemeiner hygienischer und vor allem socialpolitischer Maßnahmen hierzu, damit die gesamte Lebenslage des Volks gehoben wird.

Weil aber auf diesem Gebiet zu wenig geschieht, — was wir Socialdemokraten ja energisch bekämpfen —, dürfen wir nicht bei der Seuchendekämpfung durch sanitätspolizeiliche Maßnahmen die Hände in den Schoß legen, sondern müssen gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung alles unternehmen, was diese vor Ansteckung bewahren kann.

Die Absonderung der Erkrankten sowie der krankheits- und ansteckungsverdächtigen Personen ist daher von unsern Fraktionsvertretern in der Kommission befürwortet worden, doch haben dieselben gefordert, die Schädigungen des Erwerbs- und Einkommens, die damit verknüpft sind, so viel als nur möglich zu mildern oder, wo es angeht, zu beseitigen.

Die Kommission und schließlich auch die Regierung haben die Anträge, die unsere Genossen stellten, angenommen und damit ein schweres Bedenken beseitigt, das uns von der Annahme des Gesetzes hätte abhalten müssen. Zunächst ist auf Antrag unser Fraktionsvertreter neu ins Gesetz ein Paragraph (28) aufgenommen, der eine öffentliche Mittel zu gewährenden Entschädigung für diejenigen Personen festsetzt, die in der Wahl des Aufenthalt oder der Arbeitsstätte beschränkt oder abgefordert werden. Unsere Genossen hatten den Kreis der Entschädigungsberechtigten sehr weit gezogen; sie wollten auch den minderbegüterten selbständigen Gewerbetreibenden eine Entschädigung sichern und hatten die Grenze bei einem täglichen Arbeitsverdienst von 10 Mark festgelegt.

Die Regierungsvertreter und die Mehrheit der Kommissionsmitglieder erklärten jedoch, daß für solche umfangreiche Entschädigungsausprüche keine Mittel gewährt werden könnten. Die Kommission nahm schließlich den darauhin von unsern Vertretern gestellten Antrag an, daß Personen, welche der Invalidenversicherung unterliegen, entsprechend dem von ihnen versicherten Arbeitsverdienst entschädigt werden sollen. Bei der Berechnung desselben ist als Tagesarbeitsverdienst der dreihundertste Teil des für die Invalidenversicherung maßgebenden Jahres-Arbeitsverdienstes zu Grunde zu legen. Soweit solche Personen bereits wegen Erkrankung aus einem gesetzlichen Versicherungsverhältnis (Artenkassen und dergleichen) eine Ent-

schädigung beziehen, fällt der Anspruch auf Entschädigung aus öffentlichen Mitteln weg.

Damit sind an 12 Millionen Personen der Gefahr entzogen, ohne jede Entschädigung sich isolieren lassen zu müssen. Ausdrücklich wurde hervorgehoben und auch in den Kommissionsbericht aufgenommen, daß diese Entschädigungen nicht als Armenunterstützung zu betrachten sind.

Dasselbe gilt von der Erstattung der Kosten, die ebenfalls auf Antrag unserer Fraktionsvertreter ins Gesetz aufgenommen wurde.

Die Kosten für beförderliche Ermittlungen und für Beobachtungen der Kranken, Krankheits- oder Ansteckungsverdächtigen, ferner auf Antrag — nicht, wie noch in letzter Stunde einzusehen versucht wurde, nur im Fall der Bedürftigkeit — die Kosten der polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion sowie der vorgeschriebenen besonderen Vorsichtsmaßnahmen für die Aufbewahrung, Einfargung, Beförderung und Bestattung der Leichen — alle diese Kosten, die nach dem Gesetzentwurf den Betroffenen zur Last fallen würden, sind nach Annahme des Antrags unserer Genossen aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten und nicht als Armenunterstützung anzusehen.

Diese Bestimmung ist von außerordentlicher Wichtigkeit besonders für die Durchführung der Desinfektion. Verschiedene Gemeinden haben ja für die ärmeren Bevölkerung eine Anstaltsfähigkeit der Desinfektion durch Gemeindestatut eingeführt, aber nicht in so umfassender Weise, wie es nun das Reich-Seuchengesetz fordert. Es ist damit ein Schritt zur wirklichen allgemeinen Durchführung dieser so hochwichtigen Maßregel gethan, ohne daß die Einzelnen unter den oft so empfindlich, hohen Kosten zu leiden haben werden.

Eine allgemeine obligatorische Zeichenschau zu erreichen gelang nicht; nur in einer Resolution konnte der Wunsch ausgesprochen werden, daß diese zur Bekämpfung aller Krankheiten so bedeutungsvolle Maßregel endlich überall eingeführt werde. Sehr viele Bundesstaaten besitzen eine obligatorische Zeichenschau, Bayern sogar schon seit 1766. Am wenigsten eingeführt ist sie in Preußen, wo sich besonders die ostelbischen Provinzen — wie bei allen Kulturaufgaben — am rückständigsten erweisen.

Die Umgestaltung des Seuchengesetz-Entwurfs in der Kommission hat die Bedenken beseitigt, die unser Fraktionsredner bei der Kritik im Plenum gegen die Annahme geltend machte. Die Landesregierungen haben die Möglichkeit erhalten, einheitlich im ganzen Reich Maßnahmen zur Bekämpfung der furchtbaren Gefahr zu treffen, ohne daß der ärmeren Bevölkerung allzu drückende Lasten auferlegt werden. Wesentlich bleiben die Seuchen unserer Grenzen fern, denn sonst wird sich leider bei der ärmeren Bevölkerung zeigen, wie richtig die von unserer Seite gestellten Forderungen zum durchgreifenden Schutze der Volksgesundheit sind: durchgreifende hygienische Maßnahmen, wirkliche Fortschritte in der Socialreform und damit in der Lage der arbeitenden Klasse. Die Zahl der hygienischen Mißstände ist noch außerordentlich groß, so groß wie die Armut, in der sich die Mehrheit des Volkes befindet. Aber nur durch den Ansturm der Verfolgten wird die besitzende Klasse zu weiteren Zugeständnissen gedrängt und getrieben werden. Ohne Socialdemokratie keine Socialreform und keine Socialhygiene. — W.

Sociales.

Das Protokoll der Gewerbegerichts-Verfasser-Konferenz Deutschlands zu Leipzig am 21. und 22. Januar 1900 ist in Preisform erschienen und zum Preise von 20 Pf. zu beziehen durch Franz Meißner, Leipzig, Hauptbahnhofweg 12. Alle Arbeitergehaltungen werden gebeten, dies bekannt zu geben.

Einen Lehrstuhl für die Geschichte der Arbeit hat der französische Handelsminister Millerand an der Nationalen Kunst- und Gewerbeakademie zu Paris errichtet. Georg Renard, ehemaliger Inspektor der Schulen der Stadt Paris, ein Socialdemokrat, ist zur Übernahme dieser Professur berufen worden. — Ein zweites Dekret Millerands ordnet die Errichtung von Versuchswerkstätten für Physik, Chemie, Mechanik und Maschinenwesen in obendargelegtem Institut an.

Der Krieg.

Nach einer vom 20. d. M. datierten Depesche der „Daily News“ aus Vercennes Marques sollen die englischen Truppen am 17. Mai die gesamten Boeren-Sireitkräfte, die sich bei Mafeking befanden, gefangen genommen haben; auch die Geschütze der Boeren seien den Engländern in die Hände gefallen.

Diese Depesche klingt wenig wahrscheinlich und steht auch im Widerspruch zu den Meldungen, daß die Boeren die Belagerung Mafelings bereits aufgegeben und sich zurückgezogen hätten, bevor die Entlastungsarmee aufgelesen hätte. Amlich liegt denn auch keinerlei Bestätigung der Nachricht vor.

Auch die folgende Meldung darf nur mit großer Reserve aufgenommen werden:

New York, 20. Mai. Der „New York Herald“ meldet aus Lourenco Marques unter dem gestrigen Datum, die Transvaal-Regierung habe gestern beschlossen, an Lord Roberts eine amtliche Mitteilung zu senden, in welcher Beendigung der Feindseligkeiten und Sicherheit dafür verlangt wird, daß die Existenz der auf Seiten der Boeren kämpfenden Leute aus der Kapkolonie und Natal gesichert werde. Sollten diese Forderungen nicht bewilligt werden, sollen die Minen durch Sprengstoff zerstört und Johannesburg vernichtet werden.

Gleichfalls unbefähigt ist noch die Meldung des „Standard“, daß General de Wet Lord Roberts angeboten habe, sich mit 1000 Mann zu ergeben, wenn den Boeren gestattet werde, sich auf ihre Höfen zu begeben. Roberts habe jedoch bedingungslos Kapitulieren geordert.

Ueber den weiteren Feldzugsplan des Lord Roberts

melden die „Times“, daß Roberts beabsichtige, in Einklang mit den vorzubringen, sobald er seine Planken gesichert und die nötigen Vorräte herbeigeschafft habe. Eine Taktik, die der englische Generalstab bisher in keiner Weise beobachtet hat. Ferner geben wir noch folgende Telegramme wieder:

London, 21. Mai. Dem Reuterschen Bureau wird aus Kroomstad von gestern gemeldet, daß ein englischer Convoy auf dem Wege nach Vindley angegriffen und gezwungen wurde, Halt zu machen.

General Buller meldet aus Newcastle von gestern, General Clery sei nach Ingogo abmarschirt, Quabonala nach Paingone. Die Nachricht des Feindes sei beinahe eingeholt worden und er habe einige Gefangene gemacht und einige Wagen erbeutet. Seine Mannschaft habe in Maritz Vorzügliches geleistet. Er habe Raby Smith am 10. Mai verlassen und habe jetzt 138 Meilen zurückgelegt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Himmelfahrtstag eine Parteipartie. Abfahrt 7 Uhr früh vom Schlesischen Bahnhof nach Westend. Von dort zu Fuß über Pichelsberg und Pichelswerder nach Schildhorn. Rege Theilnahme erwünscht.

Von Charlottenburger Parteigenossen wird Donnerstag eine Herrenpartie nach Tegel unternommen. Treffpunkt 6 1/2 Uhr früh bei Bernide, Dismarkstr. 84.

Wilmerdorf. Der socialdemokratische Verein besichtigt am Himmelfahrtstag die Seilstätte Neu-Rahnsdorf. Treffpunkt bei Bittke, Berlinerstr. 40, früh 7 1/2 Uhr. Für die Mitglieder freie Fahrt.

Tokales.

Die socialdemokratischen Stadtverordneten.

Es ist befreulich, daß die Vorgänge der letzten Tage auch unsre im Stadtparlament vertretenen Genossen beschäftigten. Die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung tritt heute zu einer besonderen Sitzung zusammen, um über ihre Stellung zu den Mißständen, die sich aus dem Vorgehen der Straßenbahn-Direktion ergeben haben, zu beraten und sich gleichfalls über etwaige in der Angelegenheit zu unternehmende Schritte schlüssig zu werden. Inwieweit dies Vorgehen angeht, der zum Glück zu stande gekommenen Einigung vor der Hand noch erforderlich sein wird, mag dahingestellt bleiben.

Auch die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion zu Nixdorf hat zum heutigen Dienstagmorgens 5 Uhr eine außerordentliche Sitzung einberufen lassen mit der Tagesordnung:

Dringlichkeits-Antrag: Die Verkehrsstörungen im Straßenbahnbetrieb Nixdorfs seit dem 19. Mai, morgens, die hieraus entstehenden Schäden für das fahrende Publikum und welche Schritte gegen die Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat in Bezug auf den § 14 des Vertrags zu thun, um den Betrieb wieder in den alten vorhergehenden Umfang eintreten zu lassen.

Rein Gymnasium vor dem Galeschen Thor. In der gestrigen außerordentlichen Magistratsitzung lag der Antrag der Magistratskommission auf Errichtung eines Gymnasiums in der Tempelhofer Vorstadt zur Beschlußfassung vor. Gegenüber dem Antrage der Kommission, die die Errichtung des Gymnasiums einstimmig beschlossen hatte, hat das Magistratskollegium einen entgegengekehrten Beschluß gefaßt und den Antrag abgelehnt. Wahrscheinlich für diesen Beschluß wohl gewesen sein, daß die Stadt Nixdorf mit der Errichtung eines Gymnasiums vorgehe.

Auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes (§ 3 Abs. 1) hat der Magistrat (Abteilung für Invaliditäts- und Alters-Versicherungssachen) als untere Verwaltungsbehörde die Jahres-Durchschnittswerte von Naturalbezügen für Berlin wie folgt festgesetzt: 1. Für Handlungsgelöhnen: Freie Station (Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Wäsche, Kost) bei eigenem Zimmer 660 M., und zwar 210 M. für Wohnung usw. und 450 M. für Kost; ohne eigenes Zimmer 550 M., und zwar 100 M. für Wohnung usw. und 450 M. für Kost. 2. Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, sonstige diesen gleichzustellende Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, Lehrer und Erzieher: Freie Station (Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Wäsche, Kost) bei eigenem Zimmer 930 M., und zwar 210 M. für Wohnung usw. und 720 M. für Kost; ohne eigenes Zimmer 820 M., und zwar 100 M. für Wohnung usw. und 720 M. für Kost. Diese Festsetzungen kommen nur in Betracht bei der Feststellung, ob der regelmäßige Jahres-Arbeitsverdienst von Personen obiger Klassen zweitausend Mark übersteigt und sie daher der Versicherungspflicht unterliegen. Bei Arbeitern, Geleuten, Gehilfen, Lehrlingen und Dienstboten ist die Höhe des Jahres-Arbeitsverdienstes ohne Einfluß auf die Frage der Versicherungspflicht.

In der Medienwaldischen Mordsache wird die Verurteilung, die vor acht Tagen eröffnet wurde, vom Landrichter Grunow geführt. Nachdem der Untersuchungsrichter das Aktenmaterial geprüft hat, werden jetzt täglich Feigen, auch die von dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hugo Marcuse vorgeschlagenen Entlastungszeugen eingehend vernommen. Ueber das Ergebnis wird von den beteiligten Personen stillschweigend beobachtet. Die Untersuchung scheint aber für Billig-Guth günstig zu verlaufen. Wenigstens geben sich die Familien sowohl als auch der Verteidiger, ob mit oder ohne Ermunterung des Untersuchungsrichters, sei dahingestellt, der Ueberzeugung hin, daß der Verhaftete bald entlassen werde. Dem Vernehmen nach sind Zweifel auch darüber aufgetaucht, daß die Papiere, die in der Medienwaldischen Mordsache gefunden wurden und auf denen der so viel erwähnte Korridorsschlüssel lag, von dem Mörder hingelegt worden seien. Vielmehr wird jetzt auch mit der Annahme gerechnet, daß Fraulein Medienwald selbst diese Papiere mit dem Schlüssel hingelegt habe und in diesem Augenblick von dem Mörder überfallen worden sei — daraus würde folgen, daß der gefundene Schlüssel ein Korridorsschlüssel zu der früheren Wohnung der Ermordeten in der Wilhelmshavenerstraße wäre.

Der Trauer W. Herbst hat sich Sonnabendabend in einem Baderraum des Admiralsgartenbades erschossen. Ueber die Motive seiner That gab ein Brief des Toten Aufschluß, den er an seine in Karlsdorf wohnende Frau nebst Kindern gerichtet hatte. Herbst, der schon während der ersten diesjährigen Renttage sich stark am Totalitar, noch mehr aber bei Budenachern engagiert, verlor große Summen, um diese Verluste wieder herauszubolen, soll Herbst am letzten Donnerstag eine hohe Summe im „Armees-Jagd-Bennen“ auf das Pferd „Granit“ gesetzt und verloren haben. Hierdurch sowohl als durch andre Verluste ist Herbst in eine verzweifelte Stimmung geraten und hat dann Hand an sich gelegt. Die Leiche wurde noch am Sonnabendabend nach dem Leichenhause gebracht und gestern, Sonntag, von der Polizei freigegeben.

Im Zuchthaus gestorben ist dieser Tage eine Persönlichkeit, die einst in der Berliner Finanzwelt eine bedeutende Rolle spielte. Es handelt sich um den berechnigen Mitinhaber der großen Kaufmanns-Gesellschaft u. Wolff: Lütmar-Leipzig, der im Jahre 1892 wegen betrügerischen Bankrotts zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, während sein Compagnon Kommerzienrat Wolff unter Publikation mildernder Umstände 10 Jahre Gefängnis erhielt. Während Wolff in das Pfälzersee-Gefängnis übergeführt wurde, wo er gegenwärtig noch sitzt, wurde Leipzig in das Zuchthaus zu Rawitz gebracht. Dort ist er an der Lungenschwindsucht gestorben, nachdem er bereits acht Jahre von seiner Strafe verbüßt hatte. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, wonach den Verurteilten der Rest der Strafe erlassen werden kann, wenn sie mindestens Dreiviertel der Strafe verbüßt und sich in der Anstalt gut geführt haben, war für Leipzig ein Gehalt um Straferlass eingereicht worden. Dieses Gehalt ist nunmehr durch den Tod des Sträflings erledigt. Er war ein Onkel des gleichnamigen Verlegers vom „kleinen Journal“.

Wegen betrügerischen Bankrotts soll, wie eine hiesige Montagszeitung meldet, gegen den ehemaligen Restaurateur Mertens, den früheren Inhaber des bekannten Dreifeldens Restaurants, die Untersuchung eingeleitet worden sein. Wie das betreffende Blatt hinzusetzt, sollen auch einzelne Angestellte ihre Kauttionen bei Herrn Mertens eingeküßt haben.

Beim Fensterreinigen ist gestern vormittag die 22jährige Arbeiterin Paula Silberstein auf die Straße hinabgestürzt. Die war in dem Hause Elisabethstraße 46 zwei Treppen mit dem Reinigen einer neugestrichenen Stube beschäftigt. Die ausfallenden Fenster hatte sie von den anstehenden Fensterrahmen in der Nähe ge-

„A in liegt's von reich bis spät. In es wird nicht mehr in wird nicht mehr. Dabei trinkt es in trinkt es — sein se, da hat's de volle Fäden — in es viel in a Barm. Da, Doda, meent, 's nicht da Mutterbrust ha'n — aber das Mädel hat auch im Schloß zu thun, es darf doch nicht herüber.“

„Dann hob sie nochmals die sonderen Bettchen hoch: „Ne — 's is doch zu a großer Sommer!“

Die Tagelöhner Kasten, daß immer geredet wurde, ihr Haus solle umgebaut oder neugebaut werden. Aber nicht die geringste Ansbesserung würde daran vorgenommen. Ja, zum Neubau der Schnapsbrennerei habe Herr Spinnla Geld gehabt. Da seien viele Tausende nicht zu viel gewesen.

Und dabei verbiete er seinen Leuten das Schnaps trinken! Doch die Brennerei mußte vergrößert werden, damit er noch mehr Schnaps brennen könne.

Das Brot, das er ihnen liefere, sei oft schlecht und voll Wasserstellen. Auch die Gerste taue oft nichts. Für fünfzehn Pfund belämen sie nur eine Mark, wenn sie sie als Futter verkaufen; zu andern sei sie nicht nütze. Das liegt aber an der alten Mühle, die Herrn Spinnla gehöre und die er nicht ändern lasse. Das gelieferte Korn sei gut. Die Mühle vererbe alles.

„In dabei hem ma blöh dreihig im zweihundredig Dhaler. Ja, er will wohl zu Neujahr jedem zwoe Dhaler zulegen, wenn 'a bleibt. Aber wenn ma sieht, wie's da Vent' bei dem Nachbarn haben —“

„Ja, brauchte gar nicht erst zum Nachbarn zu gehen um zu sehen, daß die Leute bei Spinnla nicht allein schlechter gestellt sind, wie auf sämtlichen andern Gärten, die ich besichtigt hatte. Gaben sie doch nicht einmal das sonst überall übliche Stüchlein Gartenland.“

Schon der Knecht des nächsten Bauern in dem dicht beim Schloße Spinnlas stehenden Dorfe Friedewalde berichtete, daß er einen Sohn von sechsunddreißig Thalern habe und daß dieser Sohn in der ganzen Gegend gezücht werde. Anherdem esse er mit den Bauern aus einem Kessel und der enthalte immer was Kräftiges und Genießbares. Als Entgelt bekomme er fünf Mark und zu Weihnachten eine Hofe und auch mehr, wenn er bleibe.

„Ja, aber meinen Sie, was der Bauer kann, das kann der große Gutsherr?“ tief er mir zu. „Ja, der hat ganz andre Dinge zu thun, als seinen Leuten ein menschliches, ein christliches Leben zu gewähren. Ja, der!“

Wir verabschiedeter Handbewegung winkte er hinüber nach dem Schloß: „Man möcht' ja seinen Leuten noch was schenken, damit sie einen nicht immer so hungrig ansehen, wenn man a Stüd' Würst' uff'm Brot hat!“ — —

schützt. Beim Wiedereinhängen derselben muß man die Silberstein einen Schritt gethan haben, denn sie stürzte plötzlich mit lautem Klischee in die Tiefe und blieb wie leblos auf dem Straßpflaster liegen. Auf Anordnung eines sofort hinzugerufenen Arztes wurde die Verunglückte mittels eines Lächigen Krankenwagens nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt; ihr Zustand ist zwar nicht unmittelbar lebensgefährlich, doch liegt sie schwer danieder, ihre Genesung wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Theater. Im Schiller-Theater ist die Besetzung der Hauptrollen in dem morgen zum erstenmal zur Aufführung kommenden Schauspiel „Freudlose Liebe“ folgende: Julius Scarf; Albert Patry; Emma; Ulmine Biede; Gerona; A. Lehner; Graf Krieger; Julius Ecken; Adricius; Erich Kaller; Ronetti; Walter Jollin; Marika; Marie Sandra. Anschließend an das Schauspiel von Giacosa wird Mollières Lustspiel „Die Schule der Frauen“, in einer neuen Uebersetzung von Martin Dahn, gegeben.

Feuerbericht. Sonntagmorgen erfolgte Dresdenstr. 97 ein Dachbodenbrand, der einen großen Teil der Dachkonstruktion zerstörte und mit 2 Kaminen abgelöscht wurde. Weidenweg 67 hatte sich Spiritus und Terpentin im Keller entzündet, doch konnte einem Umfahrgreifen der Gefahr rechtzeitig vorgebeugt werden. Auf dem Abblattpfand in der Müllerstraße stand ein Haufen Papier in Flammen, die mit einem Rohre beseitigt wurden. Ein Alarm nach Wienerstraße 24 war auf einen brennenden Kohlenkasten zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Die städtischen Körperschaften in Rixdorf hatten im Oktober beschlossen, das Ortsstatut von 1870 aufzuheben, nach welchem in Rixdorf die Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft oder zum Ausschänken von Wein, Bier und andern nicht unter die Gattung von Branntwein und Spiritus fallenden geistigen Getränken von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein soll. Der Bezirksausschuß verlegte dem Beschluß der Stadtverordneten und des Magistrats die erforderliche Genehmigung, nachdem eine Anzahl Gastwirte sich gegen die Aufhebung des Ortsstatuts ausgesprochen hatte. Auf Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung erhob der Magistrat Beschwerde beim Provinzialrat. Die Beschwerde wurde indessen mit folgender Begründung zurückgewiesen: Es sei nicht verständlich, inwieweit die durch das Ortsstatut gemäß § 38 Absatz 3b der Gewerbe-Ordnung festgelegte Beschränkung der Gewerbebefreiung dem gedeihlichen Wachstum der Stadt hinderlich sein solle. Trotz jeder Bestimmung habe Rixdorf seit Jahren einen außerordentlich starken Zuwachs der Bevölkerung erhalten. Nach ihrer Aufhebung würden sich höchstens die Schankstätten stark vermehren. Hierin könne aber „gedeihliches“ Wachstum unsoweniger gefunden werden, als die im Herbst vorigen Jahres vorhandenen 923 Schankstätten, das heißt eine Schankstätte auf 250 Bewohner für Rixdorf mehr als ausreichend seien. Innerhalb erscheinen, ob den Genehmigungsbehörden der dehnbare Begriff des „Bedürfnisses“ Schwierigkeiten bei den Entscheidungen mache. Auch sei die Meinung irrig, daß die unbegrenzte Zulassung von Schankwirtschaften ohne Branntweinschank dem Schnapsgeiz Einhalt thun würde. Wie die Erfahrung lehre, schenken die Inhaber solcher Wirtschaften vielfach und eifrig Branntwein aus. Die Thatsache, daß in Berlin ein dem Rixdorfer gleiches Ortsstatut nicht bestehe, sei ohne Bedeutung. Endlich könne die Absicht der Grundbesitzer, durch Herstellung von Schankräumen erhöhte Mieteerträge zu erzielen, gegenüber dem öffentlichen Interesse, durch Beibehaltung des Ortsstatuts der Ueberhandnahme von Schankstätten entgegenzuwirken, keine Berücksichtigung finden.

In Spandau findet am 25. Mai von 10—1 und 3—6 Uhr in der 2. Wählerabteilung die Stichwahl zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Unsere Parteigenossen wollen, soweit sie Wähler der 2. Abteilung sind, für den bürgerlichen Kandidaten Wahmuth stimmen.

In der Gemeindeverwaltung zu Lichterberg wird Klage darüber geführt, daß den verschiedenen Kommissionen zu wenig Beachtung geschenkt werde und daß über das Wirkungsgebiet derselben vollständig Unklarheit herrsche. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde an einem Fall nachgewiesen, daß die zur Ausschreibung gelangte Kohlenlieferung für die Kanalisationswerke vergeben worden ist, ohne daß nur ein Mitglied von der Gas- und Wasserwerkskommission eine Äußerung davon befehlen hätte; wohl wäre die Kommission zur Beratung über diese Ausschreibung eingeladen worden, aber nur, um nach halbständiger Beratung zu erfahren, daß die Begebung der Lieferung schon erfolgt sei. Daraus erklärt sich dem wohl auch zum großen Teil die Unlust der Gemeindevertreter an den Kommissionsarbeiten sich zu beteiligen. Man hätte unter solchen Umständen erwarten sollen, daß bei der kurz danach vorgenommenen Ergänzung der einzelnen Kommissionen die von uns drei Vertretern bewiesene Arbeitswilligkeit doppelt anerkannt hätte werden sollen, aber weit gefehlt; nur in einem Fall fand ein von uns gemachter Vorschlag Annahme: Genosse Brauer wurde in die Baukommission delegiert; hierzu trägt aber wohl weniger der gute Wille der Gemeindevertretung als der Umstand einer unfluten Abstimmung bei. Eine Abänderung der Begräbnisgebühren gab unsren Parteigenossen Gelegenheit, für Unentschiedenheit des Bestattungswesens einzutreten und der beschriebenen Einrichtung von Wohlthätigen, wenn auch zu besonders erhöhten Preisen, zu widersprechen, da wir die Ueberlegenheit des Geldbedarfs nicht auch noch auf dem Friedhof zum Ausdruck kommen lassen wollten. Natürlich war unser Einspruch vergeblich. Erwähnenswert ist eine Anfrage, ob dem Gemeindevorstand von einer bedenklichen Auflösung der hiesigen Gemeindeverwaltung und Anmaß der erfolgten Eingemeindung des Ortsbezirks Lichterberg etwas bekannt sei? Es wurde dies verneint, aber die Möglichkeit nicht bestritten. Unsere Parteifreunde werden gut thun, diese Angelegenheit im Auge zu behalten, um vor Ueberfahrungen geschützt zu sein.

Eine neue Vertenerung der Kohlenpreise. Die Kohlenpreise sind von Montag ab in den westlichen Vororten wiederum erhöht worden. Der „Verein der Kohlenhändler der westlichen Vororte“ für den Kleinhandel hat eine neue Preisfestsetzung vorgenommen, die eine Erhöhung der Preise für Brechkohlen um 10—15 Proz. bedeutet. Es wurden festgesetzt für das hundert Pfund große Format 1,10 M. und kleine, gewöhnlichen Formats 90 Pf., sowie für den Scheffel kleine Steinkohlen 1,30 und zerhackten Coals 1 M. Bemerkenswert ist noch dabei, daß die vom Verband der Berliner Kohlen-Großhändler für dieses Jahr festgesetzten Kohlenpreise, die bedeutend höher sind, als die im letzten Winter verlangten, bei dem „Verein der Kohlenhändler der westlichen Vororte“ allgemein Beifall gefunden haben und von den Vereinsmitgliedern im großen und ganzen angenommen worden sind.

Eine Feuersbrunst wütete während des Sonntags in Zehlendorf und vernichtete die Villa des Architekten Wuttke in der Hauptstraße. Durch schadhafte Stellen in der Heizungsanlage war das Feuer in der ersten Vormittagsstunde ausgebrochen und hatte sich mit solcher Geschwindigkeit verbreitet, daß beim Eintreffen der Feuerwehr des Orts bereits der ganze obere Stock in hellen Flammen stand. Von auswärtigen Wehren waren die von Segally, Mariendorf und Schmargendorf zur Stelle, die mit der Zehlendorfer Freiwilligen Feuerwehr vereint mit großer Tapferkeit vorgehen und namentlich sich bemühten, den reich mit Holzvorräten besetzten Hauptplatz des Willenbesizers und die angrenzenden Häuser zu schützen, was denn auch bei der günstigen Stellung des Windes gelang. Die Villa ist total ausgebrannt. Noch gestern früh brannte und qualmte es auf dem Trümmerhaufen. Das ziemlich alte, zum Teil aus Fachwerk bestehende Gebäude ist schon in früheren Jahren von einem bedeutenden Brande heimgegesucht worden. Dem obdachlos gewordenen bedeutenden Eigentümer und seiner Ehefrau wurde in einer befreundeten Familie ein Unterkommen gewährt.

Auf dem Tegler See gestentert ist am Sonntag ein Ruderboot, in welchem sich vier Berliner Ausflügler befanden. Die jungen Leute waren ungeachtet des stürmischen Wetters mit einem Ruderboot auf den See hinausgefahren. In der Nähe von Saathwinkel war der Wellenschlag derartig hoch, daß das Wasser in das Boot eindrang und dieses schließlich kenterte. Zum Glück fuhr gerade ein kleiner Dampfer vorüber, und den vereinten Anstrengungen der Mannschaft gelang es, die vier mit den Wellen kämpfenden zu retten.

Ein schweres Bootunglück auf dem Müggelsee hat sich Sonntagmorgen um 3/4 Uhr ereignet. Der 39 Jahre alte Tapezierer Schumacher aus Friedrichshagen, Vater von vier Kindern, und der Arbeiter Reusch aus Friedrichshagen, ebenfalls Familienvater, sind hierbei den tödlichen Wellen des durch den starken Wind aufgeregten Sees zum Opfer gefallen. Zwei andre Insassen des Bootes, der Schuhmacher Krummschmidt, Staligerstr. 19 wohnhaft, und der Arbeiter Puschall, konnten durch ein kleines Motorboot des Berliner Segler-Klubs, das sehr bald zur Stelle war, gerettet werden. Die vier Genannten hatten um 1/4 Uhr, trotzdem sie von verschiedenen Seiten gewarnt wurden, in einem für 10 Personen berechneten Kahn, der nicht ganz intakt gewesen sein soll, eine Segelpartie unternommen. Bereits nach einviertelständiger Fahrt, als man sich hinter der zweiten Tonne befand, kenterte der Kahn, und die Insassen sanken unter. Dem Schuhmacher Krummschmidt gelang es, ein Ruder zu erfassen und sich so lange über Wasser zu halten, bis er in das herbeigeilte Motorboot, das vom Restaurant „Müggelschloßchen“ aus durch Zeichen auf den Unfall aufmerksam gemacht worden war, hineingezogen wurde. Das Boot rettete auch den Arbeiter Puschall, welcher sich durch Schwimmen ans Land bringen wollte, aber von Schumacher und Reusch umfaßte und mit in die Tiefe gezogen wurde. Nach schrecklichem Kampf gelang es ihm, sich loszumachen, er war dann aber so erschöpft, daß er selbst versank. Beim Emporkommen wurde er von seinen Rettern erfaßt. Die beiden Geretteten brachte man nach dem „Müggelschloßchen“, wo sie aufgenommen, versorgt und mit trockenen Kleidungsstücken versehen wurden. Die Leiche nach den Leichen der beiden Verunglückten ist gestern nachmittag aufgenommen worden.

Gerichts-Beilage.

Gebildete Jugend. Eine Studentenmenschur mit tödlichem Ausgang beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Der Student der Rechte Georg Franke war beschuldigt, seinen Gegner, den Studenten der Philosophie Wilhelm Niemann, im Zweikampf getödtet zu haben. Infolge einer Unrempel, die nicht von dem Angeklagten, sondern von dem Verstorbenen verursacht wurde, kam es zu einer Forderung auf geschlossene Schläger mit Bandagen. Es wurde vereinbart, daß der Kampf einschließend der notwendigen Pausen im ganzen 22 1/2 Minuten währen solle.

Am Vormittage des 24. November vor. J. wurde die Mensur ausgeschrieben. Nach dem ersten Gange hatten beide Duellanten einige Schmitze erhalten, die recht gefährlich waren. Der Foulort legte den Verwundeten einige Kabin an, worauf der Kampf fortgesetzt wurde, bis die vereinbarte Zeit von 22 1/2 Minuten verstrichen war. Niemand hatte während des letzten Ganges wiederum mehrere Verwundungen erhalten, darunter eine ernstere, die sich auf dem Kopfe oberhalb des linken Auges befand. Beide Duellanten, die sich nach Beendigung der Mensur durch Handschlag vertrogen hatten, wurden nun regelrecht verbunden, wobei seitens des Arztes besondere Sorgfalt auf die Desinfizierung der Wunde und des zum Verbinden verwendeten Materials gelegt wurde. Niemand erhielt einen sogenannten „Widelpopf“ als Verband. Er konnte sich ohne Hilfe nach seiner Wohnung begeben. Anstatt sich mehrere Tage ruhig zu verhalten, ging Niemann noch an demselben Abend nach der Aneipe, wo er, wie ein Zeuge bekundete, sechs Schoppen Lichterheiner zu sich genommen hat. Auch an den folgenden Tagen schte der Verwundete seine frühere Lebensweise fort, er nahm größere Mengen Bier und Alkohol zu sich. In der Nacht zum Sonntag — das Duell hatte am Freitag stattgefunden — kam Niemann stark angezogen nach Hause. Am Dienstag trat eine erhebliche Verschlimmerung seines Zustandes ein, er mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden, wo er am Mittwoch verstarb. Die medizinischen Gutachter erklärten, daß die hinzutretende Blutvergiftung die unmittelbare Ursache des Todes gewesen sei. Auch der Gerichtsphysikus Dr. Störmer vertrat diese Ansicht, er wies aber darauf hin, daß die Blutvergiftung die allerwahrscheinlichsten Ursachen gehabt haben könne. Staatsanwalt von Jarozewski betonte, daß das Reichsgericht stets anerkannt habe, daß Schläger im allgemeinen tödliche Waffen seien. Er halte ferner für erwiesen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Duell und dem eingetretenen Tode des Niemann bestanden hätte und bitte deshalb die Geschwornen die Schuldfragen zu bejahen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Henschel, trat für völlige Freisprechung des Angeklagten ein, der für die durch den Verstorbenen selbst herbeigeführte Blutvergiftung nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Die Geschwornen sprachen den Angeklagten nur schuldig des einfachen Zweikampfes, worauf der Staatsanwalt gegen ihn eine Festungshaft von 1 Jahre 6 Monaten beantragte. Das Urteil lautete auf 6 Monate Festungshaft.

Die gegen den hiesigen Landgerichtsdirektor Hahn zu Denthen seitens des Baumeisters Dietel angestrebte Beleidigungsklage kam gestern abermals vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. In dem gegen den Grafen von und zu Egloffstein gerichteten Strafprozeß war der Privatbelleagte Besitzer in der 7. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. In jenem Prozeß wurde die Ehefrau Dietel, Mutter des seiner Zeit mit angeklagt gewesenen Privatstallmeisters Dietel, als Zeugin vernommen. Es wird behauptet, daß, als Frau Dietel den Saal betreten, Landgerichtsrat Hahn seinem Nachbar, dem Landgerichtsrat Busch, eine auf die Zeugin bezügliche Bemerkung gemacht und das Wort „Verhältnis“ herausgelungen habe und daß dann beide lächelnd auf die Zeugin gesehen hätten. Einer der Verteidiger hatte dies so aufgefaßt, als ob der Belleagte hätte andeuten wollen, daß Frau Dietel das Verhältnis des Grafen Egloffstein sei, und er teilte seine Wahrnehmung seinem Mitverteidiger mit. Da die Sache auch zu den Ohren des Ehemanns der Frau Dietel kam, strengte er die Privatklage an. Der Privatbelleagte hat die in der Klage liegende Unterstellung als ganz unzutreffend zurückgewiesen und die Vermutung des Verteidigers als irrtümlich bezeichnet. Thatsächlich sei das Wort „Verhältnis“ in einem ganz andern Sinn gefallen; er sei von seinem Nachbar gefragt worden, in welchem Verhältnis die Zeugin Frau Dietel zu dem früheren Mitangeklagten Dietel stehe, und er habe darauf geantwortet, daß sie dessen Mutter sei. Der als Zeuge vernommene Landgerichtsrat Busch erklärt in Ueberschwemmung hiermit, daß es sich um eine streng sachliche Äußerung gehandelt habe, die niemand etwas anging. Der gleichfalls als Zeuge vernommene Verteidiger bekundete, daß er die im Pläffertone geführte Unterhaltung zwischen den beiden Richtern nicht verstanden und nur aus deren Widen und Gebärden seine Schlüsse gezogen habe. Die Beweisaufnahme hatte somit ein völlig negatives Ergebnis. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens wurden dem Privatkläger auferlegt.

Eine Auflage wegen Patentverletzung beschäftigte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Den Klempnern Bedemeyer und Rapp wurde zur Last gelegt, gemeinsam im vorigen Jahre die bekannte Wellenbad-Schaukel angefertigt und vertrieben und sich dadurch der Verletzung des deutschen Reichspatents 51786 schuldig gemacht zu haben. Den Angeklagten wurden sechs Fälle nachgewiesen, in welchen sie Wellenbad-Schaukeln fabriziert und vertrieben hatten. Der Staatsanwalt bean-

tragte, beide Angeklagte wegen Patentverletzung zu je 100 Mark Geldstrafe zu verurteilen, Bedemeyer außerdem wegen Entwendung der Modelle von der Firma Moosdorf u. Hochhäusler zu einem Tag Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte wegen Patentverletzung auf je 50 M. Geldstrafe und sprach Bedemeyer von der Anklage des Diebstahls frei, weil der Angeklagte sich der Rechtswidrigkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sei.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieg' Verlag) ist soeben das 24. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Flottenwimpel. — Friedrich Albert Lange und die kritische Philosophie in ihren Beziehungen zum Socialismus. Von Nikolai Berdjajew. (Schluß.) — Handelsverträge und imperialistische Expansionpolitik. Von Heinrich Cunow. I. — Italien und Parteien in Italien. Von Dr. Juvenon Bonomi. II. — Literarische Rundschau: Max Reger, Wiener Humoresken. Jenny Schwabe, „Die Komptoristin“, „Fräulein“. — Feuilleton: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Ueberschau von Dr. Friedrich Krauer. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieg' Verlag) ist und soeben die Nr. 11 des 10. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Hause Ausreden. — Der Jehnlandtag für die Textilindustrie im Reichstag. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Weibinnen des Mittelalters. Von Helene Ripinska. Aus dem Französischen überlegt von Eugenie Jacobi. — Notizen: Von Alf Brann und Clara Jettin: Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Gesellschaftlicher Arbeiterinnen. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels, und Berufsweises. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Arbeiterinnenbewegung. — Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Arbeiterinnenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Für Gewerkschaften und politische Vereine besonders angebracht erscheint der eben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienene Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz (Preis 25 Pf.), der das Gesetz nach der Materie, nicht nach der Reihenfolge der Paragraphen behandelt. In 5 Hauptfragen, durch zahlreiche Unterabteilungen übersichtlich geordnet, wird der ganze Inhalt des Gesetzes erklärt: I. Wer ist versichert? II. Wo ist man versichert? III. Wie erreicht man den Versicherungsanspruch? IV. Worin besteht der durch die Versicherung erworbene Anspruch? V. Wie wird der Versicherungsanspruch geltend gemacht? Je mehr die Versicherungs-Vorgänge praktische Bedeutung erhalten und je umfangreicher sie werden, umso mehr werden für die Arbeiter solche Führer durch das Gesetz notwendig. Der Verlag teilt uns mit, daß Vereine und Gewerkschaften die ihren Mitgliedern von Vereins wegen diese Broschüre zugänglich machen, besonders billige Berechnung erhalten. Ein ausführliches Sachregister erleichtert den praktischen Gebrauch.

Vermischtes.

Zur Koniker Nordaffäre. Die Befreiung der Leichenteile des ermordeten Gymnasialisten Winter erfolgt am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags, unter Beteiligung aller Vereine von der Hospitalkirche in Rom.

Briefkasten der Redaktion.

H. 2. T., M. 2. Anfragen betreffend den Austritt aus der Landeskirche. In Preußen kann nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 jeder (im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts, jeder, der das 14. Lebensjahr vollendet hat) aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung dadurch austreten, daß er in Berlin vor dem Richter seines Wohnorts eine dahingehende Erklärung abgibt. Der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Sobann findet, nicht vor 4 und nicht nach 6 Wochen nach Eingang dieses Antrags, vor dem Richter Termin zur Annahme des Antrags zu gerichtlichem Protokoll statt. Der aus der Kirche Ausgetretene erhält auf sein Verlangen eine Bescheinigung seines Austritts. Die Austrittserklärung hat die veräußerliche Wirkung, daß der Ausgetretene zu den Kosten eines außerordentlichen Bundes nur noch bis Ende des auf die Austrittserklärung folgenden zweiten Kalenderjahrs, zu andern Kosten der Kirchengemeinde nur noch bis Ende des auf die Austrittserklärung folgenden ersten Kalenderjahrs beizutragen hat. Verfügungen, die ohne Rücksicht auf die Konfession des Veräußerers von bestimmten Grundstücken zu tragen sind (z. B. Rann, Renten), hat auch der Ausgetretene zu tragen. Als Kosten des Austrittsverfahrens werden nur Abklärungsgebühren und baare Auslagen in Anschlag gebracht. — Die Austrittserklärung kann nur in Person, und nur für die Berlin, also nicht für Gehrachen, Kinder oder Mündel, erfolgen. Allerdings wird in der Theorie von einigen die Ansicht vertreten, daß der Austritt für unmündige — noch nicht 14 Jahre alte — Kinder erfolgen kann. Die Praxis und der Wortlaut steht aber dieser Ansicht entgegen. Unser Meinung nach ist der Austritt ein mündiger, weil unmündige Kinder unter 14 Jahren — mögen sie genau, bestimmt oder gerundet sein oder nicht — vermindertrechtliche selbständige Rechte oder Pflichten in keiner Kirche haben. 2. Weder zur Taufe noch zur Konfirmation seiner Kinder kann ein Vater gezwungen werden. Nach der Befreiung und nach §§ 1—4 II, 11 sowie 14, 76, 78, 83 II, 2 H. L. R. können Diszidentenfürer zur Teilnahme am Religionsunterricht gegen den Willen ihrer Eltern nicht gezwungen werden. Derselbe Auffassung hatte früher das Kammergericht. Seit einigen Jahren hat das Kammergericht, wie wiederholt im „Vorwärts“ dargelegt ist, eine andere Ansicht und hält die Entziehung des Religionsunterrichts in solchen Fällen für eine strafbare Schulpflichtverletzung. Zur Zeit unterliegt die Prüfung dieser Frage dem etwas anders als vor dem 1. Januar 1909 zusammengesetzten Senat des Kammergerichts.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Krieg im Frieden.

Brieg (Schlesien), 21. Mai. (Private Depesche des „Vorwärts“.) Die „Brieger Zeitung“ meldet: Beim Scharfschießen auf dem Landsdorfer Schießplatz der dort stehenden Truppen wurde der Amtsrichter Linte nebst seinen 3 zu 6 Kindern von Kugeln getroffen und auf der Stelle getödtet. Auch eine Wadl wurde angepöschelt.

Aus Aöln a. Rh. wird berichtet: Bei einer gestern vormittag stattgehabten Uebung des Deutzer Kürassier-Regiments wurde einer Schwadron zwecks Vornahme von Aufzählungen der Befehl zum Abföhren gegeben, als plötzlich eine Anzahl Pferde scheuten. 52 derselben rasten zur Stadt hinein, alles, was sich ihnen in die Quere stellte, überrennen. Ein Milchfuhrwerk wurde zertrümmert. Als der Pferdetrupp eine scharfe Wiegung durch die Cleberstraße machte, stürzten acht Tiere. Mehrere blieben infolge schwerer Verletzungen liegen. Auch auf der Rheinbrücke entstand bei dem rasenden Laufe der Pferde eine große Verwirrung. Wiederm stürzten verschiedene Pferde. Während etwa 40 Pferde in die Kürassierkaserne rannten, setzten sechs Pferde ihre wilde Jagd nach dem Vorort Raff fort.

Der englisch-australische Bund.

London, 21. Mai. Unterhaus. Die zweite Lesung der Bill betreffend den australischen Bund wurde ohne Abstimmung angenommen.

Aöln, 21. Mai. (W. L. B.) Heute fand hier die Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Servaes-Ruhrort bei zahlreicher Beteiligung statt. Der Generalsekretär Dr. Wäumer erstattete den Bericht, in welchem er ausführte, daß die Aufschwung der Eisen- und Kohlenindustrie sei noch immer vorhanden. Es sei notwendig, daß die Industrie nicht einseitig belastet werde. Die Industrie wolle gemeinsam mit der Landwirtschaft über die zukünftigen Handelsverträge beraten und die Interessen beider gleichmäßig wahren. Zur Beseitigung der Kohlennot sei die Verbesserung der Wasserstraßen, insbesondere des Dortmund-Emskanals, notwendig.

Rio de Janeiro, 21. Mai. (Wiedung der „Agence Havas“.) Hier sind einige Krankheitsfälle vorgekommen, bei denen Pest vermutet wird.

Reichstag.

199. Sitzung. Montag, den 21. Mai 1900, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation v. Librecht u. Gen. (Soc.):

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Bundesstaat Anhalt durch das Gesetz vom 16. April 1899, der Bundesstaat Meckl. v. durch ein von der Regierung vorgelegtes, vom Landtage angenommenes Gesetz, betreffend die Bekämpfung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter, und die Regierung des Bundesstaats Lübeck durch eine Verordnung vom 24. April 1900 Bestimmungen getroffen haben, welche

a) teilweise das durch § 152 der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich eingeführte Koalitionsrecht der Arbeiter einschränken? b) teilweise Einwirkungen auf den Willen anderer Personen entgegen den Bestimmungen des § 13 des achtzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs, des Art. 4 Nr. 13 der Reichsverfassung und der § 2, 3 des Einfuhrverbotgesetzes zum Strafgesetzbuch, unter Strafe stellen?

c) teilweise im Widerspruch zu § 898 der Zivilprozessordnung für das Deutsche Reich die dort verbotene Durchführung eines zivilrechtlichen Anspruchs auf Fortsetzung eines Dienstverhältnisses mittels Zwangsmittel landbesitzlich einführen? und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, gegenüber diesen Bundesstaaten den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen?

Präs. Graf v. Ballestrem:

Ich habe zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der verbündeten Regierungen zu richten, ob und wann er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär Nieberding:

Herr Präsident, ich erkläre mich bereit, die Interpellation im Namen des Herrn Reichskanzlers zu beantworten. Da aber ein Eingehen auf die Sache selbst für die Reichsverwaltung ein ins Benehmenziehen mit den beteiligten Bundesregierungen erforderlich macht, so bedaure ich, heute noch nicht in der Lage zu sein, die Antwort zu geben. Die Beantwortung der Interpellation wird am 30. Mai, am Mittwoch nächster Woche erfolgen. (Bewegung.)

Präsident Graf v. Ballestrem:

Damit ist die Sache erledigt: ich werde die Interpellation am 30. Mai auf die Tagesordnung setzen und dann den Herren Interpellanten das Wort zur Begründung geben. Wir verlassen damit diesen Gegenstand der Tagesordnung. Ich möchte dem Hause vorschlagen, den 4. Gegenstand der Tagesordnung heute zuerst zur Beratung zu nehmen. Das ist die dritte Lesung des Fleischbeschau-Gesetzes. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch, der Reichstag ist damit einverstanden.

Es folgt die dritte Lesung des Fleischbeschau-Gesetzes. In der Generaldiskussion erhält zuerst das Wort

Abg. Wandert (Soc.):

In der zweiten Lesung wurde mir durch einen Schlußantrag von konservativer Seite das Wort abgeschnitten, ich nehme daher Veranlassung, heute meinen Standpunkt zu den Beschläffen zweiter Lesung darzulegen. Meine politischen Freunde sind gezwungen, gegen die Beschläffe zweiter Lesung und für die Regierungsvorlage zu stimmen. Zunächst können wir uns damit nicht einverstanden erklären, daß die Hauschlachtungen von der Untersuchung ausgenommen worden sind. Man hat erwidert, daß die Einführung der Untersuchung der Hauschlachtungen der Landwirtschaft ungeheure Kosten verursachen würde. Dem gegenüber haben wir bereits früher den Antrag gestellt, die gesamten Kosten für die Fleischbeschau auf das Reich zu übernehmen. Herr Gerstenberger ternaufschlug diese Kosten auf ca. 6 Millionen. Nun, wir stehen nicht an zu erklären, daß, wenn man eine Ausgabe von 6 Millionen in gesundheitlichem Interesse dem Staat auferlegen würde, wir nicht davon zurückzusehen würden, die Mittel in dieser Höhe zu bewilligen. Ohne die Fleischkontrolle auch in der Hauschlachtung auszuführen, ist jedenfalls der Grundgedanke, daß das Gesetz nur sanitären Rücksichten dienen soll, nicht aufrecht zu erhalten. Nicht nur aus Amerika wird viel ungenießbares Fleisch eingeschmuggelt, was wir im Interesse der arbeitenden Bevölkerung nicht ins Land herein haben wollen, sondern auch in Deutschland selbst wird derartige ungenießbare, für die Gesundheit schädliche Ware hergestellt, wogegen wir uns ebenfalls wehren. Im Rahmen des durch die Kommission verbesserten Gesetzes gelangt dies jedenfalls nicht. Dadurch wird vielmehr eine so horrenden Verteuerung des Fleisches herbeigeführt, daß der weitaus größte Teil der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr imstande ist, sich ein Stück Fleisch kaufen zu können.

Gerade die Herren, die mit aller Energie gegen die Einfuhr amerikanischer Fleischprodukte opponierten, sollten bedenken, daß bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung der Arbeiter nicht amerikanischen Speck, Schinken etc. kaufen würde (Sehr richtig! links), sondern er würde beim deutschen Fleischer gute Ware für einen entsprechenden Preis kaufen. Aber gerade Sie, meine Herren, — Ihre Vergangenheit beweist es — sind nicht gewillt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterkreise zu bessern.

Nun kommt aber noch in Betracht, daß, wie die Erfahrung der letzten Jahre gelehrt hat, jede Zollerschwerung einzelnen deutschen Industrien, die auf den Export angewiesen sind, einen empfindlichen Schlag beibringt. Ich verweise da ganz besonders auf den Rückgang der deutschen Textilindustrie. Die Verträge der Handelskammern zeigen das sehr deutlich. Außer der Textilindustrie kommen die Glaswaren-, Porzellanwaren- und vor allem die Spielwaren-Industrie in Betracht. Wird das Gesetz nach den Kommissionsbeschläffen und nach der im Plenum erfolgten zweiten Lesung angenommen, so werden nicht Kaufende, sondern Hunderttausende von Arbeitern empfindlich geschädigt. Einerseits wird ihnen das Fleisch künstlich verteuert, andererseits werden Hunderttausende von Arbeitern brotlos gemacht. Soweit das Gesetz ein hygienisches sein sollte, wird es nicht geneigt. D. h. für die Regierungsvorlage zu stimmen, nicht aber für die Kommissionsbeschläffe, die darauf hinauslaufen, das Fleisch zu verteuern, den breitesten Volksschichten den Fleischgenuss überhaupt ganz zu entziehen. Gleichzeitig wollen sie einzelnen Industrien einen Schlag verzeihen, von dem sich diese nicht so leicht erholen können. Im dem entgegenzutreten, werden wir gegen das ganze Gesetz stimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Jung (lib. Sp.) (auf der Tribüne fast unverständlich) tritt für den Kompromißantrag ein.

Abg. Herr v. Wangenheim (C. d. Z.):

Nichts hat in den Kreisen der Landwirtschaft einen so betrübenden Eindruck gemacht, als die Art und Weise, wie der Herr Reichskanzler sein Verprechen, daß ausländisches Fleisch nicht besser behandelt werden sollte wie inländisches, gehalten hat. (Sehr richtig! rechts.) Für uns sind bei der Stellung zu diesem Gesetz lediglich sanitäre Rücksichten maßgebend. (Lachen links.) Die Kommission soll nun die Grundlage des Gesetzes geändert haben durch den Wegfall der Kontrolle der Hauschlachtungen. Ich für meine Person bin durchaus für diese Kontrolle, aber ich halte es für unmöglich, sie allgemein durch Reichsgesetz zu regeln. Diese Frage wird besser in den einzelnen Staaten gelöst. Ganz anders liegt die Sache bei dem ausländischen Fleisch. Auf die Kontrolle im Ausland können wir uns nicht verlassen. Wenn Sie das Pöfelfleisch hereinlassen, schädigen Sie damit die unteren Volksschichten. Die Kontrolle des Pöfelfleischs im Ausland ist technisch unbrauchbar. Die große Erregung gegen das Verbot der Pöfelfleisch-Einfuhr ist nur dadurch zu erklären, daß man später als Pöfelfleisch all das einführen will, was jetzt als Konserve verboten wird. (Sehr richtig! rechts.) Rück-

sichten auf Amerika dürfen für uns nicht maßgebend sein. Repressivmaßnahmen brauchen wir nicht zu fächten. Das Fleischbeschaugesetz ist eine Generalprobe für den Zolltarif. Geben wir diesmal nach, so kann das Ausland darauf rechnen, beim Zolltarif zu erhalten, was es will.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Sp.):

Wir werden es nicht sehr bedauern, wenn das Gesetz scheitern sollte, wir würden dann später den berechtigten hygienischen Kern dieser Vorlage wieder aufnehmen. Wir haben aber bisher nur die eine Richtung der rechten Seite gehört, es wäre interessant, noch einen weiteren Herrn von den Konservativen zu hören. Herr von Wangenheim war ja nur das Echo des Lärmes, der sich in gewissen Kreisen im Lande erhoben hat, aber auch eine große Gegenbewegung hat sich bemerkbar gemacht. Eine Reihe von Handelskammern haben sich entschieden gegen die Kommissionsbeschläffe ausgesprochen, der Centralverband deutscher Industrieller hat von einer Störung unserer Handelsbeziehungen und Gefährdung der Volksernährung gesprochen. — Der Hof des Herrn v. Wangenheim gegen den Herrn Reichskanzler ist ja verständlich. Die Herren fühlen die Spitze, die in den Worten des Fürsten Hohenlohe von der Ueberwucherung der „materiellen Interessen“ lag. (Lachen rechts.) — Wir werden gegen das Gesetz stimmen, wenn die Forderung der Regierung nicht angenommen wird, denn wir sind zwar für Grenzsperr, aber nur aus hygienischen Gründen, und wir wünschen die Kontrolle der Hauschlachtungen beibehalten. Auch mit dem Einfuhrverbot der Konserve können wir uns nicht einverstanden erklären. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Sowohl die bisherigen Erörterungen über das Fleischbeschau-Gesetz wie die Reden, die ich heute gehört habe, litten an einem eigentümlichen Mangel. Wir haben gehört vom Schutze der Landwirtschaft, von der Abneigung gegen ein absolutes Einfuhrverbot, aber in der ganzen Debatte haben wir nichts von denen gehört, zu deren Bestem dieses Gesetz gemacht ist, von den Verbrauchern des deutschen Fleisches (Sehr richtig! links), und die sind doch bei der ganzen Vorlage die Hauptpersonen. Die Vorlage ist doch gegeben, um dem deutschen Volk ein seiner Hauptnahrungsmittel in einer gesunden Form vorzulegen. (Sehr richtig! links.) Wunderbarerweise ist aber davon nicht die Rede gewesen. (Lachen rechts.) Alle möglichen Nebeninteressen sind erwähnt. (Sehr richtig! links.) Der wesentliche Standpunkt ist vollkommen in den Hintergrund getreten. Wie notwendig ein solches hygienisches Gesetz aber ist, das will ich Ihnen beweisen. Einmal muß die Wahrheit gesagt werden gegenüber der fortgesetzten Verschleierung der Tatsachen. (Hört! hört! links.) Ich habe hier die Eingabe eines Fleischerverbands. In dieser wird nachgewiesen, daß ein Mann verurteilt worden ist, weil er nach der Aussage des vernommenen Tierarztes eine an Leberabszess leidende Kuh zu Wurstbereitung verwendet habe. In der Verhandlung ist nachgewiesen worden, daß es in dem betreffenden Landestheil allgemeiner Brauch ist, unter die Wurst ungenießbares Fleisch zu mengen und daß das Publikum dies weiß. Ich könnte Ihnen sehr viele ähnliche Beispiele anführen, thue dies aber aus einem naheliegenden Grund nicht. Aber wenn man hier über die hygienische Seite der Sache leicht hinweg geht und ganz andere Interessen in den Vordergrund rückt, dann ist es doch nötig, zurückzukommen auf den Gesichtspunkt, aus dem heraus das Gesetz gemacht ist. Ich bedaure außerordentlich, daß der Redner von der Linken erklärt hat, seine Freunde würden das Gesetz ablehnen. Auch er hat bei dieser Erklärung vergessen, um was es sich eigentlich handelt. (Widerspruch links.) In einer Kundgebung des Bundes der Landwirte heißt es: „Nicht um das geringe Quantum des bisher eingeführten Pöfelfleischs handelt es sich bei dem Widerstand gegen das Gesetz, sondern um die Wiedereinrichtung eines ausreichenden Schutzes der Produktion der deutschen Landwirtschaft. Auf diesem Grunde haben sich heute die ganzen Ausführungen des Freiherrn von Wangenheim bewegt. Fortgesetzt war vom Zolltarif die Rede, nicht aber von der hygienischen Bedeutung. Herr von Wangenheim sprach von einer Generalprobe zu dem zukünftigen Zolltarif. Dem gegenüber habe ich zu erklären, daß die verbündeten Regierungen für eine Generalprobe oder eine Kraftprobe, wie dies in agrarischen Zeitungen stand, nicht zugänglich sind. (Hört! hört! links), sondern daß wir das thun werden, was wir für die deutsche Bevölkerung sowohl mit Rücksicht auf das Inland, wie mit Rücksicht auf andre Verhältnisse für notwendig halten, daß wir bereit sind, innerhalb verlässlicher Grenzen der Landwirtschaft zu dienen, daran kann kein verständiger Mensch zweifeln nach den Erklärungen, die hier wiederholt abgegeben sind, schon zu einer Zeit, wo Graf Caprivi neben mir saß. Ich halte es aber für eine sehr bedenkliche Richtung, die die Landwirtschaft nimmt, wenn man so intendant wird, daß man den Widerstand aller andern Kreise der Bevölkerung gegen sich erregt. Das ist kein Weg, um die großen Interessen und Entschlüssen vorzubereiten, vor denen wir in allererster Zeit stehen. (Lachen rechts, sehr richtig! links.) Wir wollen der Landwirtschaft wohl den Schutz angeheihen lassen, der vereinbar ist mit den Interessen der übrigen Bevölkerung, aber ich kann nur dringend davor warnen, im gegenwärtigen Augenblick den Bogen so scharf zu spannen, wie ein Teil der Vertreter der Landwirtschaft geneigt ist, es zu thun. Herr v. Wangenheim hat die Sache so dargestellt, als ob im Inland nur geimtes Fleisch verkauft und geimtes Vieh geschlachtet würde und als ob alles Fleisch vom Ausland eigentlich krank wäre. Das ist absolut nicht aufrecht zu erhalten, das ist eine, vergeihen Sie mir das harte Wort, ganz unrichtige Behauptung. — Die Regierung hatte ursprünglich die Absicht, auch die Hauschlachtung generell unter die Kontrolle fallen zu lassen. Von dieser Absicht sind die verbündeten Regierungen geneigt, um den bestehenden Verhältnissen verständiger Weise Rechnung zu tragen, abzugeben. Ebenso muß man dann aber auch auf das Ausland Rücksicht nehmen. Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers ist von den Herren der Rechten falsch gedeutet worden. Hätte sie das zu bedeuten, was Herr von Wangenheim meinte, so hätte der Herr Reichskanzler zu erklären: Sämtliches Fleisch, was vom Ausland eingeführt wird, ist überhaupt zu prohibieren, weil man eine Unterbindung des lebenden Stücks nicht vornehmen kann. Das hat der Herr Reichskanzler nicht erklärt und konnte es nicht erklären. Seine Erklärung muß mutatis mutandis verstanden werden. (Lachen rechts.) Er konnte nicht erklären, daß man das ausländische Fleisch so weit einführen läßt, als eine Untersuchung möglich ist und so weit dies nicht möglich ist, seine Einfuhrung prohibiert. Wir sind ja jetzt auch bereit, die Einfuhr von Wurst und Konserve zu verbieten. Ich habe hier ein Schreiben des Vertreters einer großen amerikanischen Firma, in der gesagt wird: „Gegen ein Verbot von Wurst wäre nicht das geringste einzuwenden.“ (Hört! hört!) Um was handelt es sich also jetzt noch. Der Streitpunkt liegt in dem Pöfelfleisch. Was ist Pöfelfleisch? Ich gestehe ohne weiteres zu, daß sehr viel Fleisch als Pöfelfleisch eingeführt ist, was nur leicht verpöfelt war, und dann doch noch zur Wurstbereitung verwendet werden konnte. Wenn Sie aber den Kompromißantrag Nichtblicher annehmen, dann darf als Pöfelfleisch nur Fleisch eingeführt werden, welches seine innere Struktur soweit verändert hat, daß es sofort als Pöfelfleisch zu erkennen ist. Der Verbrauch solches durchgeschlagenen Fleisches ist ein außerordentlich geringer, und ich möchte Sie fragen, wo liegt wohl die größere Gefahr, wenn ich sämtliche Hauschlachtungen ohne Untersuchung lasse, oder wenn ich dies geringe Quantum Pöfelfleisch vom Ausland einführen lasse? (Sehr richtig! links.) Leider haben wir keine Statistik darüber, wieviel im Haus geschlachtetes Fleisch konsumiert wird, aber ich behaupte doch, daß diese Menge unendlich viel größer ist, als das eingeführte Pöfelfleisch. (Sehr richtig! links.) Im öffentlichen Leben muß man, wenn man den Ruf eines Staatsmanns für sich in Anspruch nimmt, sehr vielen Rücksichten Rechnung tragen. So muß man

sich bei jedem Gesetz, auch wenn man mit einzelnen Bestimmungen gar nicht einverstanden ist, wie ein guter Kaufmann die Bilanz zieht und sich sagen: Stellt das Gesetz im ganzen einen erheblichen Fortschritt dar? Nun, der Fortschritt für die Landwirtschaft liegt doch bei diesem Gesetz klar zu Tage. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, wird die Folge nur sein, daß die Fleischbeschau auf andrem Wege für große Gebiete Deutschlands eingeführt wird. Und das fremde Fleisch nach wie vor ununtersucht eingehen kann. Also sollte doch gerade die Linke, die doch die Notwendigkeit der Medizinalkontrolle in Preußen stets betont hat und auch ganz mit dem Reichs-Steuer-Gesetz einverstanden ist, diese Vorlage nicht aus dem einzigen Grunde ablehnen, weil die Einfuhr von Konserve in zinnernen Büchsen verboten wird. Gerade diese Konserve spielen bei der Ernährung der unteren Volksschichten eine ganz untergeordnete Rolle. Was die Hauschlachtungen anlangt, so ist es uns ja sehr angenehm, daß Sie die Regierungsvorlage so lebhaft verteidigen, und ich selbst bin auch heute noch für die Kontrolle der Hauschlachtungen, aber ich kann nicht bestreiten, daß in der Kommission und auch von seiten einzelner Bundesregierungen sehr schwerwiegende Bedenken gegen diese Kontrolle geltend gemacht worden sind. In vielen Teilen Deutschlands wurde die Beschaffung wirklich zuverlässiger Fleischbeschauer auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, jedenfalls sehr erhebliche Kosten verursachen. Wenn also die Linke sich wegen dieser geringen Differenz gegen das Gesetz wendet, so können nur weiterliegende Gründe maßgebend sein. Aber da muß ich doch sagen, diese Gesetzgebung ist eine autonome Gesetzgebung unfres Landes und wir dürfen uns dabei durch keinerlei Drohungen beeinflussen lassen, sie mögen herkommen woher sie wollen. — Man sagt schließlich: Die Untersuchung würde nur eine Scheinuntersuchung sein. Ich muß Sie doch bitten, mir ein Gesetz zu nennen, auf dessen Durchführung die verbündeten Regierungen nicht gedrungen hätten. (Auf rechts: Vorkensgesetz!) Darüber können wir ein andermal reden. — Ich muß Sie nochmals dringend bitten, im Interesse der Volksgesundheit die Vorlage nicht scheitern zu lassen.

Zugewiesen ist zu § 14a, der Schweinefleisch, Speck und Därme von dem Einfuhrverbot in Büchsen oder ähnlichen Gefäßen ausnimmt, ein Änderungsantrag v. Nichtblicher eingelaufen, der diese Ausnahme beseitigen will. Weiter führt der Änderungsantrag Nichtblicher dem Postus, daß zubereitetes Fleisch eingeführt werden darf, wenn nach der Art seiner Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsmäßig ausgeschlossen sind oder die Rücksichtlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt, folgende weitere Sätze hinzu:

Diese Feststellung gilt als unausführbar, insbesondere bei Sendungen von Pöfelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zweck einer Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im wesentlichen behalten hat oder durch entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen.

Zu demselben § 14a ist noch ein Änderungsantrag v. Bonin u. Behrens u. a. eingelaufen, wonach der Bundesrat ermächtigt wird, Speck, Schweinefleisch und Därme sowie geräucherter Schweinefleisch zur Einfuhr zuzulassen; dagegen will dieser Antrag den Abfah über die Einfuhr des zubereiteten Fleisches streichen.

Abg. v. Lebehof (L.):

Ich spreche hier im Namen der Konservativen, die abweichender Meinung zu Herrn v. Wangenheim sind. Den einzigen Differenzpunkt bildet der § 14a. Wir sind in einer Reihe von Punkten durchaus mit Herrn v. Wangenheim einig. Die Hauptsache ist bei diesem Gesetz der sanitäre Gesichtspunkt. Weiter darf im Gesetz nichts stehen, was die Landwirtschaft schädigt. Ferner sind wir darin einig, daß die Zusagen, die der Herr Reichskanzler gemacht hat, nicht gehalten worden sind. Er versprach mindestens gleichwertige hygienische Vorschriften für ausländisches Fleisch. Tatsächlich wird aber das inländische Fleisch strenger behandelt in diesem Gesetz, wie das ausländische. (Sehr richtig! rechts.) Auch darin stimmen wir mit Herrn von Wangenheim überein, daß mit der Kontrolle der Hauschlachtungen nicht durchzukommen ist. Wenn verlangt wird, daß jedes Stück Vieh vor und nach der Hauschlachtung vom Tierarzt untersucht wird, so heißt das, dem landwirtschaftlichen Arbeiter ins Gesicht schlagen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist einfach nicht durchzuführen. Nun ist zu fragen, ob der Landwirtschaft für bestimmte Schädigungen, die sie im Gesetz erfährt, Kompensationen geboten werden. Herr v. Wangenheim sagt, die Kompensationen reichen nicht aus, wir legen, sie reichen aus. Das ist kein principieller Gegensatz, das ist ein Unterschied der Meinungen, wie er unter Freunden häufig vorkommen kann. (Sehr richtig! rechts.) Jeder landwirtschaftliche Arbeiter in meiner Heimat verkauft im Jahre ein Schwein, auch eine Kuh, er verkauft auch manchmal ein in sanitärer Beziehung nicht ganz einwandfreies Stück. Die Versicherung ist nicht überall einzuführen. Gerade für den kleinen Mann bedeutet die Kontrolle eine große Erschwerung. Die Kosten der Beschäftigung trägt doch der Viehbefitzer und nicht der Händler. Doch ist zu erwarten, daß die Einfuhrung des Gesetzes eine kleine Erhöhung der Fleischpreise bringen wird. Dadurch wird der Landwirtschaft eine Entschädigung gewährt, die wir für ausreichend betrachten. Herr v. Wangenheim will gegen das Gesetz stimmen. Ich kann ihm nicht zu der Gesellschaft gratulieren, in der er sich dabei befindet. Ich glaube, die Herren von der Linken rechnen richtiger, als Herr v. Wangenheim. (Bravo! rechts.)

Abg. Börner (natl.) — auf der Tribüne schwer verständlich — scheint gegen den Abg. Pachtke zu polemisieren und für den Kompromißantrag einzutreten.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt nochmals, daß der Antrag v. Bonin u. Behrens für die Regierung völlig unannehmbar sei. Der Antrag Nichtblicher sei die äußerste Grenze für die Konzeption der Regierung.

Abg. Nisler (L.):

Wir wollen dem Ausland keine Sonderrechte geben. (Sehr richtig! rechts.) Was an Wurstwaren weniger eingeht, wird an Pöfelfleisch mehr eingeht. (Sehr richtig! rechts.) Ich begreife gar nicht, warum unsere Reichsregierung so furchtsam ist. Wenn Amerika Repressalien ansüßt, wozu haben wir denn unser starkes deutsches Heer? (Stimmliches Gelächter links.) Unser Antrag ist eine Forderung der Gerechtigkeit. (Bravo! rechts; ein Antisemit klatscht lebhaft Beifall.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Handelskassen ist im deutschen Reichstag nicht gebräuchlich.

Abg. Herold (C.): Der Kommissionsantrag ist entstanden aus den Verhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung. Es ist nicht der Antrag einer, sondern mehrerer Parteien. Unsere Politik ist darauf gerichtet, das Praktische zu erreichen. Auf jeden Fall ist der Zustand, der eintreten wird, wenn das Gesetz auf Grund des Kompromißes Thatsache wird, für die Landwirtschaft vorteilhafter, als der jetzige Zustand. Deshalb werden wir für den Antrag Nichtblicher stimmen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Holz (Sp.):

Wir haben bei dem Grafen Posadowsky stets kräftige Unterstützung in allen wirtschaftlichen Fragen gefunden und werde mit ihm geschaffen, die für die Volkswirtschaft von größter Bedeutung sind. Deshalb wollen wir ihn auch in dieser Sache unterstützen, obwohl wir persönlich dem Antrag Bonin sehr nahe stehen. Wir bringen ein Opfer, wenn wir auf den Antrag Nichtblicher eingehen, aber wir wollen es thun. Verzicht hat uns auch die heutige Unterstützung des Ministers, daß das Pöfelfleisch gründlich unter-

sucht werden soll. Was die Haushaltungen betrifft, so bitte ich doch die Reichsregierung, darauf zu dringen, daß die Einzelstaaten, die die Kontrolle der Haushaltungen eingeführt haben, sie wieder abschaffen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Viehhaben (Antif.):

In der Kommission haben die Sozialdemokraten und Freisinnigen die Regierungsvorlage verteidigt und den Herren vom Bundesrat die ganze Arbeit abgenommen. (Heiterkeit.) Das befragt für mich genug. Die Landwirte müßten die größten Feind sein, wenn sie sich auf den Kompromißantrag einlassen würden. Der einzig-mögliche Weg ist der Antrag von Donin.

Abg. Gerstenberger (C.):

Auch ich stimme dem Kompromiß zu. (Aufe rechts: leider! leider!) Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Einfuhr von Rindfleisch für die deutsche Landwirtschaft schädlich ist, ich finde es auch heute nicht schön, daß Deutschland vor Amerika zurückweicht, aber ich gehe in der Prinzipienreiterei nicht so weit, daß ich den ganzen Entwurf so Fall bringe, weil ich nicht alles haben kann. Was mich besonders stutzig gemacht, war der Beifall der Linken, als Herr v. Wangenheim erklärte, gegen das Gesetz zu stimmen. Ich werde doch der Linken nicht helfen, ein Gesetz zum Fall zu bringen, von dem sie erwartet, daß es als Nebenbescheinigung einen Nutzen für die Landwirtschaft bringt. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Schreyer (L.):

Ich verstehe nicht, wie die Regierung den sanitären Gesichtspunkt als den Grundgedanken hinstellen kann. Die Regierung durchläßt ja diesen Gedanken selbst durch ihre Stellungnahme gegenüber dem Ausland. Ich bin begierig, vom Regierungsrat die Erklärung zu bekommen, daß in puncto Fleischbeschau keine Verhandlungen mit Amerika gepflogen sind. (Sehr gut! rechts.) Also es sprechen doch politische Motive mit, wenn man auch sagt, es handelt sich nur um das sanitäre Interesse. Wir haben einen Grund zum Mißtrauen gegen die Regierung, weil die Caprivischen Handelsverträge auf Kosten der deutschen Landwirtschaft abgeschlossen sind. (Sehr richtig! rechts!)

Abg. Wurm (Soz.):

Wie sind in der merkwürdigen Lage, mit den extremen Agrariern gegen den Kompromißantrag stimmen zu müssen, wenn auch natürlich nicht aus denselben Beweggründen. In zwei Fragen haben sich die einzelnen Herren Redner von der Rechten ganz widersprechend geäußert. So meinte Graf Potjomsky in Bezug auf die Kontrolle der Haushaltungen, man müsse die Einführung derselben den Einzelstaaten überlassen, Herr Holz wollte, daß die Reichsregierung ihren Einfluß aufbietet, damit die Kontrolle, wo sie besteht, wieder aufgehoben wird, und Herr Viehhaben war sogar so naiv, zu erklären, wenn auch die Haushaltungen in die Kontrolle aufgenommen werden, das ist ja alles nur eine Scheinlösung. Nun, die Verantwortung für eine solche Scheinlösung überlassen wir nicht den Herren, wir wollen nicht dem Volk, speziell dem Bauern vorzumachen, es sei etwas geschehen, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist. Es ist selbsterleuchtend, daß 50 Prozent der Viehbestände im Deutschen Reich infekt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für Grenzperre im Interesse der Seuchenbekämpfung treten ja die Herren Agrarier stets ein, wenn es sich aber wie hier darum handelt, der Seuche erkrankt zu Leibe zu gehen, da haben sie immer Rücksicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Wangenheim ist persönlich für die Kontrolle der Haushaltungen, stimmt aber gegen seine Überzeugung für ein Gesetz, in dem sie nicht enthalten ist. Durch die jetzige Fassung des Gesetzes, ist die Kontrolle nur geboten, wenn das Fleisch gewerbsmäßig zum Verkauf gebracht wird, das heißt das im Hause gechlachtete Fleisch kann verkauft werden, nur darf der Verbraucher sich nicht dabei erwischen lassen, daß er es zu oft thut. Die Folge der jetzigen Gesetzesbestimmung wird nur sein, daß das kranke Vieh in Bezüge geht, wo es ohne Kontrolle verkauft werden kann. Das wollen diejenigen Herren, die die große Gefahr für die Volksgesundheit betonen, wenn die Einfuhr von Rindfleisch zugelassen wird. — Die Durchföhrung der Kontrolle der Haushaltungen soll die arbeitende Bevölkerung belasten. Nun, den Herren Vertretern von Schlesien dürfte doch sehr wohl bekannt sein, daß die Arbeiter in ihren Bezirken am liebsten die Schweinegucht aufgeben würden, wenn sie dafür mehr Geldlohn bekämen. — Ebenso wenig waren sich die Herren auf der Rechten über das Verbot der Rindfleischzufuhr. Der eine meinte, es handle sich ja nur um eine ganz geringe Quantität, während andere das Verbot für durchaus notwendig hielten. Und Herr v. Levetzow sagte uns auch den wirklichen Grund; er erwartet eine Kompensation für die Landwirtschaft in erhöhten Fleischpreisen. Das ist also der wahre Grund, man will die Konkurrenz ausschließen, um hohe Fleischpreise zu bekommen. Nach meiner Ansicht bietet die Vorlage genügende Garantie dafür, daß kein schlechtes Fleisch mehr herankommt. Wir sind gewiß auch dafür, daß nur aus gesundem Material hergestellte Fleisch herankommt, aber wir wollen auch die unsondere Wurst, die im Lande hergestellt wird, nicht. Bei uns ist es aber sehr notwendig, daß man mit verschlechterten hineinschleucht in die Schlächtereien, damit die jammervollen Zustände, die dort herrschen, ein Licht kommen. Eine Enquete über die Wohnungen, das Essen und Schlafen der Schlächtergehilfen hat so granzureichende Thatsachen über die Zustände in manchen Wurstmachereien aufgedeckt, daß einem überhaupt der Appetit vergehen möchte, Wurst zu genießen, deren Herstellung man nicht genau kennt. Der kleine Bauer hat von der Preisverteuerung des Fleisches, die den großen Viehproduzenten zu gute kommt, nichts. Bei den hohen Fleischpreisen in Berlin und in den Industriestädten müßten dem kleinen Bauern viel höhere Viehpreise gezahlt werden. (Auf rechts: Krögen wir aber nicht.) Ihre Genossenschaftsschlächtereien haben bisher in Berlin keine Geschäfte gemacht. Sie sollten sich die Arbeiter zum Muster nehmen. Der Leipzig-Plagowitzer Kommuneverein hat jetzt eine eigene Schlächtereie eingerichtet, die vorzügliches Fleisch liefert und floriert. Er floriert so, daß wohl bald ihre Bundesgenossen, die Schlächter, kommen werden, um eine neue Wareneinfuhr gegen ihn zu verlangen. Lassen Sie doch die Redenden von dem Schatz landwirtschaftlicher Interessen, es handelt sich für Sie nur um Ausschluß der Konkurrenz und Preistreibererei! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Münch-Herber (natl.):

Wenn die Landwirtschaft durch dies Gesetz etwas verliert, so spricht das für das Gesetz. Unkontrolliertes Fleisch darf nicht hinein. Ich muß es offen aussprechen, die deutsche Textilindustrie steht und fällt mit der Prosperität der deutschen Landwirtschaft. (Bravo! rechts.) Das Ausland richtet sich immer mehr auf Selbstproduktion ein, unser Export geht zurück. (Hört, hört! rechts.) Es bleibt uns in der Hauptsache nur der deutsche Markt. Die Angstmeierei vor amerikanischen Repressalien teile ich nicht. (Bravo! rechts.) Die deutsche Ware wird bei der Zollbehandlung in Amerika unehörtlichen Schikanen unterworfen. Im Fleischbeschaugesetz haben wir eine kleine Handhabe zur Wieder Vergeltung.

Staatssekretär Graf Potjomsky:

Das Fleischbeschaugesetz ist ein Akt unserer Souveränität. Wir brauchen nicht das Placet einer andern Regierung dazu. (Bravo.) Ich befreite, daß hierüber irgend welche amtlichen Verhandlungen der deutschen mit der amerikanischen Regierung stattgefunden haben. (Zwischenruf des Abg. Hahn.) Ich kann Sie nicht überzeugen, Herr Abg. Hahn, aber ich verlange, daß Sie meine Angaben für richtig halten oder das Gegenteil beweisen. Jüweiler ist möglich. Entweder hält man die Fleischbeschau nicht für notwendig, dann ist sie weder für inländisches noch für ausländisches Fleisch nötig. Wenn man aber aus dringenden hygienischen Gründen die Fleischbeschau für notwendig hält, dann muß man entweder ausländisches Fleisch so weit einschränken, als seine Untersuchung möglich ist, oder man verlangt eine Art mathematischer Gleichheit in der Untersuchung für inländisches wie für ausländisches Fleisch und läßt, da diese Gleichheit unmöglich ist, überhaupt kein ausländisches Fleisch ein. Dann muß man aber den Nachweis führen, daß

sofort im Inland für 185 Millionen Mark jährlich mehr Fleischnahrung sich produzieren läßt, um den Ausfall zu decken, oder man muß lebendes Fleisch, ausländisches Schlachtvieh hineinlassen. Die Herren Fleischer hätten daran ja ein sehr lebhaftes Interesse, aber den viel größeren Schaden hätte die Landwirtschaft.

Abg. Franken (natl.):

Ein handelspolitisches Zerwürfniß mit Amerika würde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet doch nicht so gering angeschlossen werden, wie es von manchen Seiten hier geschehen ist. Landwirtschaft, Kohle und Eisen müssen, nach einem Worte Bismarcks, einig sein. Wenn aber der Bund der Landwirte die Verfassungslage künstlich schürt, dann gereicht das der Landwirtschaft nicht zum Vorteil. Ich möchte nicht die Hand dazu bieten, den Arbeitern das Fleisch zu verteuern, und am liebsten würde ich für die ursprüngliche Regierungsvorlage stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Hahn (natl.), daß er nur während der Rede des Ministers gerufen habe: Auch die Gefundenen nicht? Die Worte des Staatssekretärs habe er nicht in Zweifel gezogen.

Die Weiterberatung wird vertagt.

Ohne Widerspruch zu finden legt Präsident Graf Ballostrom folgende Tagesordnung fest:

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr: 1. Fortsetzung der dritten Beratung der lex Deinge; 2. Fortsetzung der dritten Beratung des Fleischbeschaugesetzes; 3. Fortsetzung der dritten Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Schluß 8 Uhr.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Stellmacher, welche am Sonntag im Lokal von Rimmann tagte, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage des Streiks. Die Lohnkommission berichtete, daß da, wo in den Streik eingetreten wurde, die Forderungen zum größten Teil bewilligt sind. Gleichzeitig empfiehlt die Lohnkommission die Annahme der von der Zunft neuerdings gemachten Zugeständnisse und damit die Aufhebung des Streiks. Diese Zugeständnisse sind: neunstündige Arbeitszeit, Stundenlohn 80-60 Pfennig; den Accordtarif hat die Zunft abgelehnt, woraus die Lohnkommission den Schluß ziehen zu dürfen glaubte, daß Accord überhaupt nicht mehr gearbeitet werden solle. Damit erklärte man sich einverstanden. Insbesondere kommt in Betracht, daß auch bei der verkürzten Arbeitszeit die bisher gezahlten Wochenlöhne nicht herabgesetzt werden sollen, so daß also zum mindesten überall eine zehnprozentige Lohnerhöhung eintritt. Auch die scheinbare Dehnbarkeit der Stundenlöhne gebe zu Bedenken keinen Anlaß, da es ja doch in der Hand der Arbeiter läge, daß ihnen möglichst hohe Löhne gezahlt werden. Die neuen Bedingungen sollen aber erst am 28. Mai in Kraft treten, und hierum drehte sich auch hauptsächlich die Debatte. Schließlich wurde jedoch der Antrag der Lohnkommission gegen wenige Stimmen angenommen, gleichzeitig auch eine Resolution, in welcher zur strikten Durchführung und Aufrechterhaltung des Streikens und zum Beitritt zur Organisation aufgefordert wurde. Wo noch Accordarbeit verlangt werde, da solle derselben der aufgestellte Tarif zu Grunde gelegt und bei Nichtanerkennung desselben entsprechender Stundenlohn gefordert bezw. über die betreffende Werkstatt die Sperre verhängt werden. Dasselbe soll da geschehen, wo unzufriedenheitsvolle Stundenlöhne gezahlt werden. In der Diskussion wird auch noch mitgeteilt, daß in der Werkstatt von Pilsa, Alexandriastraße, Soldaten von der 11. Compagnie des Alexander-Regiments die Arbeit der Streikenden verrichten sollen. Um eine Heberfähr über die Löhne und Arbeitsverhältnisse zu erlangen, soll andernorts zu der nächsten Vertrauensmännerversammlung jede Werkstatt einen Delegierten entsenden, auch wenn derselbe nicht organisiert ist. Mitgeteilt wird ferner, daß in der Motorenfabrik in Stralau die Arbeit eingestrichelt worden ist.

Der Streik der Glaschleifer beschäftigte am Sonntag eine von etwa 30 Personen besetzte Verbandversammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand. In den Vergleichsverhandlungen am Sonnabend haben sich die damit betrauten Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf folgende Vergleichsvorschläge geeinigt: Der 1. Mai soll freigegeben werden unter Verzicht des Lohnes oder Verdienstes für diesen Tag. Sämtliche am 17. Mai, in den Ausstand getretenen Arbeiter werden wieder eingestellt und kommen auf ihre alten Plätze. Dasselbe gilt für die früher in den Ausstand getretenen Arbeiter der Firma W. Dittmann und O. Mathes, soweit Arbeitskräfte erforderlich, jedoch sollen die am Ort befindlichen arbeitslosen Schleifer vor den zugezogenen bevorzugt werden. Die Abhängigkeitsfrist soll nach Vereinbarung gelten oder ausgeschlossen sein. Es wird eine ständige Kommission von drei Arbeitnehmern und drei Arbeitgebern gebildet. Die Aufgabe dieser Kommission ist es, alle Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern möglichst zu schlichten. Es ist Pflicht der in Streit liegenden Parteien, die Kommission anzurufen und sich dem Urteil zu fügen. Kommt eine Einigung der Kommission nicht zu stande, dann ist das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen. Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen durch die beschließenden Versammlungen sollte die Arbeit am 21. Mai wieder aufgenommen werden. Der Bund der Glaschleiferbesitzer hat inzwischen beschlossen, den 1. Mai nicht freizugeben, sonst aber den Einigungsvorschlägen zuzustimmen. Loß und Wellisch erklärten die Beschlüsse der Vergleichskommission, in der die verschiedensten Meinungen zum Ausdruck kamen. Einige Redner legten wenig Gewicht darauf, ob die Freigabe des 1. Mai ausdrücklich zugesprochen werde oder nicht. Bei der Maifeier wären schließlich immer die Nachverhältnisse entscheidend. Von anderer Seite wurde dieser Standpunkt belächelt; besonders deshalb, weil der ganze Streik in letzter Linie auf einige Maßregelungen wegen Feiern am 1. Mai zurückzuführen ist. Vor allem aber wünschten eine ganze Anzahl Redner, daß die wegen jener Maßregelungen zuerst in den Ausstand getretenen Leute der Firma W. Dittmann und O. Mathes alle sofort wieder eingestellt würden und nicht erst nach Bedarf. Es wurde denn auch mit sehr großer Majorität beschlossen, so lange im Streik zu bleiben, bis sämtliche Kollegen von Mathes und von Dittmann wieder eingestellt werden. Ferner beschloß man einmütig, mit den Arbeitgebern weiter zu verhandeln und zu diesem Zweck eine neue Kommission zu wählen. Gewählt wurden Pommerreit, Gönike und Heller sowie der Verbandsvorsitzende Girbig. Die Verhandlungen sollen beschleunigt werden, daß möglichst schon am Dienstag eine neue Versammlung stattfinden kann.

Der Centralverband der Maurer (Zahlfeste Buzer) erklärte sich in seiner letzten Sitzung durch Annahme einer Resolution gegen die Annahme der Streikfrist in den Baubetrieben. Vor allem wurde lebhaft bedauert, daß die städtische Baudeputation dem Verlangen der Unternehmer nachgegeben hat.

Die Lederarbeiter verhandelten nach einem Vortrag des Metallarbeiters Schlegel über die Lohnfrage. Der Vertrauensmann Weinschild empfiehlt, überall, wo die Organisation stark genug ist, in die Lohnbetonung einzutreten. Dem schloß sich die Versammlung an und wählte hierauf neben dem Vertrauensmann Weinschild noch als Vertreter der Embirange Trapp und für die Lederwarenbranche Förster.

Der Verband der Sticker nahm am 15. Mai in seiner Versammlung den Bericht über die im beendeten Mai-Auspostung der 80 Sticker entgegen. Wie bekannt, haben die Arbeiter nur unter den von ihnen formulierten Bedingungen die Arbeit aufgenommen. Nach Erledigung einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde das Mitglied Rude zum Delegierten für den Kongreß der lokalorganisierten Arbeiter gewählt.

Charlottenburg. Am 10. Mai hielt das Gewerkschaftskartell eine Sitzung ab. Der Obmann Bleed berichtete über die Maifeier. Redner konstatierte, daß die Maurer auf allen Bauten die Arbeit ruhen ließen, ebenso die Holzarbeiter mit Ausnahme bei der Firma Aktiengesellschaft für Banauführungen (früher Strauß). Von den Holzarbeitern wussten am 2. Mai bei der Firma Stiebig u. Köppchen 20 Arbeiter gemahrgelut. Die Metallarbeiter feierten nur bei einer Firma den ganzen Tag, während bei mehreren Firmen in der Metallbranche von Mittag ab die Arbeit ruhte. Ueberhaupt zeigte der diesjährige Besuch der drei Versammlungen eine um 75 pCt. stärkere Beteiligung als im Vorjahre.

Das Kartellmitglied Reize erstattete sodann Bericht über die Lohnbewegung der Vertreter, die mit einem teilweisen Erfolg beendet ist. Die übrigen Gegenstände der Verhandlung betrafen interne Angelegenheiten.

Es fehlte der Delegierte der Sattler.

Marktpreise von Berlin am 19. Mai 1900

nach Ermittlungen des		Hl. Volksgewandlungs.	
Waren	Q. Gr.	Q. Gr.	Q. Gr.
Weizen, gut	14,00	14,00	8,00
" mittel	13,90	13,90	1,00
" gering	13,80	13,80	1,20
Roggen, gut	13,90	13,90	1,00
" mittel	13,80	13,80	1,10
" gering	13,70	13,70	1,20
Gerste, gut	14,00	14,00	2,00
" mittel	13,90	13,90	2,20
" gering	13,80	13,80	2,30
*Hafer, gut	15,20	14,70	2,80
" mittel	15,00	14,10	2,60
" gering	14,00	13,60	2,20
Nichtstroh	8,50	5,00	1,60
Hen	8,50	5,30	3,00
Erbsen	10,00	25,00	1,20
Speisebohnen	45,00	25,00	24,00
Wicken	70,00	30,00	3,00

Produktenmarkt am 21. Mai. Getreide. Auf dem Getreidemarkt zeigte sich recht feste Haltung, da der offizielle Saatensandbericht Preussens alle bisherigen Befürchtungen in Bezug auf die Beschädigungen der Roggenloden bekämpft. Roggen stand daraufhin im Vordergrund des Interesses. Eine weitläufige Steigerung der Preise wurde jedoch durch das bedeutende Angebot in russischer Ware (zu veredelungsmöglichen Preisen) verhindert, welches zu umfangreichen Wärfungen führte. Am Frühmarkt war auch Weizen sehr fest, mitags fand dieser Artikel weniger Beachtung und gab unter dem Einfluß der nordamerikanischen Weidungen leicht nach, während Roggen seine höheren Notierungen behauptete. Die gezahlten Preise waren für Roggen 0,75 bis 1 R., für Weizen 0,50 R., gebelert. Hafer lag gut behauptet, Mais fest; beide Artikel waren nur knapp und zu hohen Preisen offeriert. Weiz war bei einigem Handel 0,20 R. höher gehalten. Rüböl auf Paris belächelt.

Spiritus. Spiritus loco unverändert. Weizen per 1000 Kilogramm: Märkischer (700 Gr.) — R. ab Bahn, Havelländer (700 Gr.) — R. ab Bahn, polnischer Weizen (700 Gr.) — R. frei Wagen. Normalgewicht (755 Gram) Abnahme im laufenden Monat 153,50 R., da per Juli 155,50—155,75—155,90 R., da per September 159,00—158,50 R., da per Oktober 159,00 mit 2 R. Weizen oder Weizenwert. Tendenz: höher. — Roggen per 1000 Kilogramm: Schlesischer Stamm und mit Gerst — R. Märkischer (730 Gram) 150 frei Wähe, da 725 Gr. 150 ab Bahn, Pommener 715 Gr. 150 frei Wähe, da abnehmend 724 Gr. 151,75 frochreit Berlin. Normalgewicht 712 Gr. 150—152,75 Abnahme im laufenden Monat, da 149,75—150,25—149,75 150 Abnahme im Juli, da 148,50—149—148,25—148,50 Abnahme im September, 148,50—149—148,50 Abnahme im Oktober mit 1,50 R. Weizen oder Weizenwert. Tendenz: fest. — Hafer: loco per 1000 Kilogramm, pommerscher feiner — mittel — märkischer feiner 145—152, mittel 139—144, mecklenburger feiner 145—152, mittel 139—144, westpreussischer mittel 139—144, Pommener mittel 139—144, schlesischer mittel 139 bis 144 ab Bahn. Normalgewicht 450 Gr. 138,50—138,25 Abnahme im laufenden Monat, da 135—134,75 Abnahme im Juli, da 131—130,75 Abnahme im September mit 2 R. Weizen oder Weizenwert. Tendenz: fester. — Mais: Amest. mixed loco 115—116,00 frei Wagen. Abnahme im laufenden Monat —, Abnahme im Mai 108—109,75, Abnahme im September —, Tendenz: höher. — Weizen mehl: 0 und 1: 19,70—21,20 R. Abnahme im laufenden Monat, 20,10 Abnahme im Juli, Abnahme im September —, R. Tendenz: höher. — Rüböl für 100 Kilogramm mit Nach in Mark, loco 60,75 R. Abnahme im laufenden Monat, 60,60—61,10—60,90 R. Abnahme im Oktober. Tendenz: höher. Spiritus mit 70 R. Verbrauchsabgabe ohne Fab 40,80 R. frei Haus.

Wetterprognose für Dienstag, den 22. Mai 1900.

Stationen				Stationen					
Barometer	Wind	Wolke	Wetter	Barometer	Wind	Wolke	Wetter		
Eintriede	761	SSW	4bebedt	10	Saparanda	755	0	2wolfig	8
Hamburg	762	SS	3bebedt	11	Petersburg	754	SSW	3bebedt	12
Berlin	763	SS	2bebedt	11	Got	754	SSW	3bebedt	12
Frankf. M.	767	SS	2heiter	9	Aberdeen	758	SSW	3bebedt	7
Wien	768	SSW	3wolken	9	Paris	766	SSW	1wolken	10
Wien	768	SSW	1wolke	7					

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abkommensanfrage bezuzelen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Alter Abonnent. Uns unbekannt. W. S. In Ausland ist uns ein solcher Ort nicht bekannt, dagegen findet sich ein Ceram in Klein-Rien. H. S. Frankfurt a. M. Deutsch-Sozialdemokratischer Arbeiterverein zu London, Tottenham-Court-Road, Fitzroy-Square.

Verband der Stod-, Schirm- und Bekleidungsarbeiter.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege Richard Hill im Alter von 52 Jahren auf nicht auf geklärt Weise durch Ertrinken den Tod gefunden hat! Er ist heils ein aufrichtiges und beherztes Mitglied des Verbandes gewesen, und werden wir ihm darum ein dauerndes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet Dienstag, den 22. Mai, nach 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs Strahß, Nieder-Schönhausen, statt. Um rege Beteiligung bittet 179,9 Der Vorstand.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Ramico

Karl Corsinski

sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Gebrüder Bolzani und den Mitgliedern des deutschen Metallarbeiter-Verbands unsern herzlichsten Dank. Die trauernde Gattin und Kinder.

Köpenick.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber Mutter, Schwester und Großmutter Marie Joch im Alter von 54 Jahren nach kurzen Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstagabend 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofs Strahß, Nieder-Schönhausen, statt. Um rege Beteiligung bittet 179,9 Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die trostreichen Worte am Grabe meines lieben Ramico und guten Raters sage ich Herrn Walter Rausch sowie den Kollegen der Rürgerlichen Arbeitervereine herzlichsten Dank. Die trauernde Gattin Wilhelmine Springwald und Sohn.

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem Begräbnis meines lieben Ramico sage ich Herrn Walter Rausch sowie den Bekannten und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 11555 Im Namen der Hinterbliebenen die tieftrauernde Witwe Martha Späth.

Der den Inhalt der Interate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 22. Mai.
Opernhaus. Lohengrin. Anfang
7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des
Gradus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Denisches. König Parlein. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Daisy (A runaway girl).
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang
7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stützungsfest. Anfang
7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. 2 Dramatischer Abend der
Opernkräfte des Sternischen Kon-
servatoriums für Kunst. Anfang
7 1/2 Uhr.
Schiller. Cyrilline. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die man Männer feiert.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Eisen. Ihr Balke. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Elb. Anfang
8 Uhr.
Carl Weh. Deutschlands Erhebung
und Einigung im 19. Jahr-
hundert. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Weiblichkeitsfest.
Ein geliebter Junge. Anfang
8 Uhr.
Belle Alliance. Internationale
Urania. 25. und Ende der
Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung.
Der Bauerer am Nil. Anfang
8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Reiche des Indra. Anfang
8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Vahage Panoptikum. Speciali-
täten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62.
Täglich abends von 7-10 Uhr:
Sternwarte.
Zaubersprüche 48/49. Abends
8 Uhr (im Theateraal): „Von
den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Cyrilline.
Aufspiel in 3 Akte v. Victorien Carou
und G. de Noles, bearbeitet von
Oskar Blumenthal.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Sua erkennen!
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schule der Frauen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schule der Frauen.

Central-Theater

Sensationeller Erfolg!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elb.
Dr. Felle in glänzender Ausstattung.
Die sensationellen Scherz:
Eisbahn-Quartett! Cordula!
Lebenslauf einer Künstlerin!
Aufzug der Parfums.
(Blühendes Ballett).
Sonntag bis inkl. Sonnabend:
Berlin nach Elb.

Thalia-Theater.

Fal. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Gastspiel
Annie Dirks.
Wie man Männer feiert.
Laudenheide-Pose in 4 Akten. Musik
v. Victor Heger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Wagen und folgende Tage: Wie
man Männer feiert.

Metropol-Theater.

Abend 8 3/4. Dichtung R. Schulz
Teldeban I 2128.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-
Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
Einfache Ausstattungs-Operette
sowie
das neue erstklassige
Mai-Specialitäten-Programm
Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntags).
Vanden überall gefaltet.

Urania

Tanbenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

**Riesen
und
Zwerge.**
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Grösste Sehenswürdigkeit
der Residenz!
Neu! Mr. Roberts, der
erste Zauberkünstl.
und Illusionist der Welt!
Neu! Die Blückerburger,
humoristisches
Sänger- und Konzert-Ensemble.
Entree 50 Pf.
Kinder u. Militär ohne Charge
25 Pf.

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten:
(vornehmstes u. proburthetes Sommer-
Etablissement der Residenz)
Grosses Militär-Doppel-
Konzert.
Elektrische Zauberdämme.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 75 Pf.
Abonnements für die ganze Saison
giltig: 5 Mk. reb. 3 Mk. bis
1. Juni an der Theaterkasse.
25-1. Juni 10 Mk.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Wegen Generalprobe v. Kanonen-
königin geschlossen.
Wagen zum erstenmal:
(Novität)
Die Kanonenkönigin.
Sowant in 3 Akten von Girardin.
Donnerstag: Dreifache Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Jahresvorstellung zu Ehren der in Berlin
ansiedelnden Kameraden des Deutschen
Kriegerbundes aus New York.
Deutschlands Erhebung und
Einigung im 19. Jahrhundert.
Anfang 8 Uhr.
Borgungsloos haben Willigkeit.
Bei günstiger Witterung: Im Garten
Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Donnerstag, Oimelfahrt: Im
Theater-Garten:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Theater und Konzert.
Anfang 4 Uhr.

Apollo-Theater.

Nur noch bis 21. Mai:
Im Reiche des Indra.
Som 25. bis 31. Mai:
Ein Abenteuer im Harem.
Ab 1. Juni:
Venus auf Erden.
Kasseleröffnung 7 Uhr.
Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
Aufspiel in 1 Akt von Otto Hambold.
List und Phlegma.
Pose mit Gelang in 1 Akt von Angeli.
Im wunderschönen
Monat Mai.
Vederspiel in 1 Akt von Studentenbund.
Im Großer Ball.

Chronische Leiden
jeder Art ohne Verursachung.
Institut Jost, Chausseestr. 17, I. r.
9-3, 5-9, Sonntag 9-7.
Arztverein 20 Proz. Ermäßigung.

Barnum & Baileys

grösste
Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.

Heute um 3 und 8 Uhr
und zweimal täglich um dieselbe Zeit.
Nur bis zum 10. Juni.

Die Sehenswürdigkeiten sind
um 1 und 6 1/2 Uhr zu besichtigen.
Billetverkauf um dieselbe Zeit
an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen
sind garantiert dieselben wie
am Abend.
Die Abnormitäten sind in dem
Menagerie-Pavillon von 1 bis
4 1/2 Uhr und von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr
ausgestellt.

Das die Nachmittags-Vor-
stellungen besuchende Publikum
wird höflichst gebeten, die Zelte
um 6 Uhr zu verlassen, damit die
Abend-Vorstellungen vorbereitet
werden können.

Entree für sämtliche Sehens-
würdigkeiten u. Sitzplatz für
d. Circus-Vorstellung.
Bessere Plätze 2 Mk.
Reserv. u. nummerierte
Plätze 3, 4 u. 6 Mk.

Kinder unter 10 Jahren zahlen
die Hälfte für alle Plätze mit
Ausnahme der 1 Mark-Plätze.
Sämtliche Plätze sind nummeriert
mit Ausnahme der 1 und 2 Mark-
Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im
Vorverkauf bei Paul Grimm,
Cigarren-Importeur,
Unter den Linden No. 47.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-
Vorstellung.
Die Humariken Hildach, Groß-
Zimmermann, Garisch, Venari.
„Die Lucia von Nixdorf“
Sergeant Schneidig und
militärische Eindrücke.
Anfang der ausüblichen Theater-
Wochent. 6 Uhr, der Theateraal 8 Uhr

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Blusen-Fabrik

für alle Gewerke.
Blaue Jacken,
grade, schräge,
m. Umlegekrug,
mit Zug usw.
von 1,25 bis 3,00.
Blaue Hosen
von 1,25 bis 3,00.
Kittel f. Maler, Mechaniker u.
ähnl. Berufs von 1,75 bis 2,75.
Arbeitsblusen blau u. gestreift
klein v. 0,99-1,35, grösser v. 1,00-2,00.
Graue Dreifach- und Hosen,
verschiedene Formen, alle Weiten
und Längen.
Alle andre Arbeits-
bekleidung zu billigsten Preisen.
Louis Rosenihal, Jr.
C. Alexanderstrasse 63,
schrägüber d. Franzosenstrasse.

Fahrräder.

Stets großes Lager
erhaltener Fahrrä-
der auf Teilschl.
ohne Preisänderung
an den constanten Jahrs-
festen. Katalog gratis.
Neu
gebrachte
Fahrräder für
Herren und
Damen zu
billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Dicht an Rosenhauer Thor.

„See-Terrasse“, Lichtenberg,

Röderstrasse 6.
(Die breite Röderstrasse verbindet das Stauerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg).
Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen
fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersaglieri.
Täglich vortz. Elite-Programm im Variété-Theater.
Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“ Kolossaler Lacherfolg!
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark.
Hippodrom, 4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen, Schutzhäuser
für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Eintrittspreis: 10 Pf., Kinder frei.

Schweizer Garten

Am Königsthor. - Gasse der Minibahn. - Am Friedrichshain.
Donnerstag, 24. Mai
Garten-Konzert und Extra-Vorstellung.
Volksbelustigungen | Im Saal bis 2 Uhr
Ball.
Am 1. u. 2. Pfingst-
feiertag: Früh-Konzert und Vorstellung.
Hauptsaison. Eintritt 30 Pf.
Beginn der tägl. Vorstellungen Donnerstag, den 24. Mai:
Extra-Vorstellung.

Kommandanten-
str. 72
Neues Klub-Haus
Kommandanten-
str. 72.
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: Grosser Ball, 1478 Pf.
Grobe und feine Sate mit Bühne zu Veranlassungen, Gesellschaften etc.
zu vergeben. Gänge Sonnabende u. Sonntage noch frei. H. Ebert.

Wohlfahrts-Loose a. Mk. 3.30

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
Zielung schon 31. Mal und folgende Tage zu Berlin
Loosanzahl und Gewinne wie früher. Hauptgewinn
100,000 Mk. i. S. V.
Loose versend. geg. Postanweisung od. Nachnahme d. General-Debit
Lud. Müller & Co., in Berlin, Breitestr. 5
Hier zu haben bei den bekanntn Verkaufsstellen.
Marienburger Pferde-Loose
1 Mark. 11 Stück 10 Mark.
Telegr.-Adr.: Glücks-Müller.

Marienburger Pferde-Loose

1 Mark. 11 Stück 10 Mark.
Telegr.-Adr.: Glücks-Müller.

MAGGI

GLUTEN-
KAKAO
SUPPEN
BOUILLON-
KAPSELN
Nestlé von
Worms

Zenith-Cigaretten

werden jetzt
von jedem
wirklichen Kenner
bevorzugt. [1052b]

Würzburger Hühneraugenmittel!

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei!
Eine Bouteille die präziseste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Opiumextrakt).
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstrasse.
Wandern: Schützen-Apotheke, Strutzg. Hirsch-Apotheke, Dresden:
Victoria-Apotheke. 46197

Charlottenburg!!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [4087L]

500 000 Mk.

verloren
werden jährlich von Zinsbesitzern.
Da sie nur gegen Kasse verlornt,
dafür keine Bescheinigung, die sie im
Hande. [40187]

Hermann Graf

Schneidermeister
Alexanderstrasse 30.
2. Gesch.: Adalbertstr. 90.
Bde Oranienstr.

Fahrräder

Fahrräderartikel u. Be-
sonderheitlich die besten
Qualität, mit
einer Garantie, an billigst.
Ein - Wiederverkauf ges.
Beste Fahrrad-Industrie,
Richard Bräsen,
Hauptstr. 100/101/102

Falbe

44 Elisabethstr. 44
(am Domänenpark Thor).
Behandl. aller Haut-, Horn-
u. Blasenleiden ohne Be-
schmerz, ohne schädl. Mittel u.
Gift. Sprüche, 4. März, 813
9. Abend, Sonntag u. Donner-
stag, 10, 9-11. 45117

Möbelstoffe!

und Kette! alle Dingt, selten billig!
Gefühlloskauf:
Mocquet, Bürche 5,35 Mk.
ver Meter (130 cm breit). [40117]
Müller & Co., nähere Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Craniener, 158.

Dr. med. Schaper,

Spezialarzt für Haut- und
Harnleiden, 47320
Frauenkrankheiten.
Königsgrünstr. No. 27.
Sprechst. 9-1, 4-7 Uhr.

Natur-Heilverfahren.

Sant, Garten u. Waldenleiden;
Frauen-Krankheiten, weit über
obere Verursachung. [30782]
R. Wagner, (in Wallstr. 23)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Anzüge Mk. 18, - Paletots Mk. 20, - M. Schulmeister,

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!
Nicht mit Ähnlich
klingenden Anpreisungen zu
verwechseln. [45830]

Linde, Brückenstr. 6B
an der Jannowitzbrücke.
Sprechstunden: 9-6, Sonntag 9-12.
Telephon.
Plomben - Plattenloser Zahnersatz.
Herr B. von H. schreibt: „Von zwei Ärzten zu Ihnen
empfohlen, behältigste Zahn-ärzte. Ich habe über die
entschieden schmerzlosesten Zahn- u. Wurzel-Operationen.
Allen Leidenden sind Sie zu empfehlen.“
Fr. St. schreibt: „Schätze mir, Ihnen für Ihre Bemühungen
bei der so überaus schmerz- und doch schmerzlosen Operation
von 16 Zähnen und Wurzeln nochmals herzlichsten meinem ver-
bindlichen Dank auszusprechen. Ich bin heute überglücklich.“

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr,
 im Lokal des Herrn Brüder, Waldemarstraße Nr. 75:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die bürgerliche Kunst und Literatur, die arbeitenden Klassen und das Kunst- und Literaturgesetz“. Referent Reichstags-Abgeordneter Gen. Emil Rosenow. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet.
 242/19
 Der Vorstand.
 In der Versammlung wird für alle diejenigen Mitglieder, welche infolge ihrer Beiträge entrichtet haben, der „Führer durch das Sozialversicherungs-Gesetz“ gratis verabfolgt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 am Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/4 Uhr, bei Melchert, Bergstraße 68.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Liebke über die lex Heinze. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.
 Die Bezirksführer der Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt werden ersucht, die Mitglieder auf diese Versammlung hinzuweisen.
 NB. Den Mitgliedern des Wedding und der Oranienburger Vorstadt zur Nachricht, daß die nächste Vorstellung in der Urania am 27. Mai, nachmittags 4 Uhr stattfindet.
 Der Vorstand.
 Bildnis zur Urania-Vorstellung am Sonntag, 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, sind noch beim Kassierer Tauschel, Wiesenstraße 29, zu haben.

Achtung! Nixdorf. Achtung!
 Am Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/4 Uhr, im Lokal des Herrn Grübler, Bergstraße 147:
Volks-Versammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Reichs-Verordnungs-Gesetz, seine Gefahren für Volk und Familie. Referentin Fräulein Klara Kube-Gharlottenburg. 2. Diskussion. 115/5
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Achtung, Parkettbodenleger!
 Heute, Dienstag, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15
Versammlung.
Musikinstrumenten = Arbeiter.
 Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (kleiner Saal)
Branchen = Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Branchen-Angelegenheit. 3. Verschiedenes. Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich.

Achtung! Bautischler. Achtung!
 Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, Bautischler-Versammlung bei „Keller“, Koppenstr. 29.
 Tages-Ordnung:
 Die Einigungsbedingungen vom letzten Streik und die Stellung der Bautischler hierzu.
 Die Ortsverwaltung.

Rummelsburg. Bezirks-Versammlung.
 Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/4 Uhr
 Tages-Ordnung:
 1. Unsere Organisation. Referent Robert Gerdel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Nümann, Brunnenstr. 188
Versammlung
 aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Am Himmelfahrtstag, den 24. Mai, machen die Kollegen des Nordens eine Herrenpartie. Abfahrt vom Siedtiner Bahnh. 5 Uhr 35 Minuten. Für Rückzügler 6 Uhr 40 Min. Treffpunkt „Eisbium“ in Bernau.
 Die Kollegen des Ostens machen am Himmelfahrtstag, den 24. Mai, eine Herrenpartie nach Erkner. Treffpunkt: Morgens 7 1/2 Uhr, Siedtiner Bahnhof, Eingang Radalstraße. Für Rückzügler: 9 1/2 Uhr, Dampferanlegestelle Erkner-Ribbersdorfer Schleuse.
 Die Moabit Kollegen machen am Himmelfahrtstag, den 24. Mai, eine Herrenpartie nach Grünau. Treffpunkt: 6 1/2 bei P. Grass, Beustelstraße 44a. Für Rückzügler: 8 Uhr, Grünau, Bahnhof/Restaurant, mittags 1 Uhr „Rübezahl“.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maler, Lackierer und Berufsgen. Achtung!
 Am Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Obst, Grunewaldstr. 112:
Grosse öffentliche Versammlung für Schöneberg.
 Tages-Ordnung:
 1. Weshalb sind wir verpflichtet, und der Gewerkschafts-Organisation anzuschließen? Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 126/5
 Der Einberufer: E. de Preece.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Arbeit, äußerst billig. A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilszahlungen!

Achtung, Maurer!
 Dienstag, den 22. d. Mt., abends 8 Uhr, im Victoriaaal, Berlebergstraße Nr. 14:
Mitglieder-Versammlung
 des
Central-Verbands deutscher Maurer
 für Moabit und Wedding.
 Tages-Ordnung: Vortrag. Diskussion. Verschiedenes. Um regen Besuch bittet. Die Verbandsleitung.

Achtung! Töpfer. Achtung!
 Am Mittwoch, den 23. Mai, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Stechert, Andreasstraße 21:
Mitglieder = Versammlung
 der Filiale Berlin.
 Tages-Ordnung: 1. Die Berufsvereinigungen. Referent Reichstags-Abgeordneter Rosenow. 2. Gewerkschaftliches. 195/15
 Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet.
 Der Filial-Vorstand.

Lithographen, Chemigraphen, Steindrucker und Berufsgenossen.
 Am Freitag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Große öffentl. Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel über: „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien.“ 2. Diskussion. 96/3
 Es wird gebeten, nicht zu rauchen. Gäste haben Zutritt.
 Die Einberufer: Dr. Dübelt, M. Sahn, C. Borisch.

Verein deutscher Schuhmacher.
 Mittwoch, den 23. Mai, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Präsel, Neue Friedrichstr. 35:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung sämtlicher Bezirke.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Gerster über: „Die Arbeiter und die Kunst.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 169/20
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft
 mit ihren über 12 700 000 M. betragenden Garantiemitteln empfiehlt sich bei der beginnenden Reise- u. Badezeit zu liberalen, klar und kurzgefassten Bedingungen gegen mässige feste Prämien zum Abschluss von Versicherungen gegen Einbruch und Diebstahl bei voller Entschädigung bis zum Betrage der versicherten Höchstsumme. (Feuerversicherungspolice-Wert) Die Prämie beträgt für Mobilien, Kleider, Wäsche etc. 1/2 %/100, für Wertsachen, Schmuck, Kunstgegenstände, Bargeld unter festem Verschluss 1 %/100 der Versicherungssumme. Prospekte und nähere Auskunft durch die Direktion sowie die Generalvertreter der Gesellschaft (siehe Folio 34 Annoncenteil des Berliner Adressbuchs), ferner durch die Generalagentur der „Colonia“ Herren Becker & Hahn, Taubenstrasse 30 und die Subdirektion der Bayrischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, Kochstrasse 53.

Nächste Woche! Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
 Ziehungs-Anfang schon 31. Mai.
 Gewinne bar Mk. 100.000, 50 000 etc.
 Originallose a 3,30 M. 11 Stck. = 35 M.
 (Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfiehlt die bekannte Glückeskollekte J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51.
 Ecke Alexandrinenstrasse.

Redacteur-Gesuch.
 Zur Leitung des politischen Teils der „Münchener Post“ wird ein wissenschaftlich gebildeter und journalistisch befähigter Redacteur per 1. Juli gesucht. Mit den bayrischen Verhältnissen vertraute Bewerber werden bevorzugt. Offerten an Hans Hüsmeler, München, Bayerstr. 93/94. 1*

Zähne 2 Mk. Reelle Garantie. Teilzahlg. Plombieren 1 Mk.
 Zahnziehen völlig schmerzlos. Sprechstunden 8-8.
 R. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Markasstrasse 46179*

Villen-Baustellen,
 dicht am Bahnhof, im schönsten und zukunftreichsten Vororte des Nordens, gepflasterte Straßen, Bauerlaubnis, herrlicher Hochwald, gesunde Luft. Preis der Baustellen mit und ohne Waldbestand schon von 50 Mark pro Quadratmeter an. Geringe Anzahlung. Sicherer Renten event. Baugeld. Ernsthafte Käufer erfahren näheres unter Offerte K. 4 Expedition d. Zeitung. 46179*

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
 Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7

Kauft!
 Euren Bedarf an Stiefeln und Schuhwaren nur bei
Carl Neustadt,
 Wedding's Schuhwarenhaus, Chausseest. 70,
 da man dort reell, billig und gut kauft. 46782*

Kranzbindererei u. Blumenhandlung von (40844) Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.
 Bildungs-Kränze, Girlanden, Ballkränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert

Schultze, Wasserthorstr. 1/2, I.
 Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung. 3973L*
 Sprechstunden 9-2 u. 5-9. Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
 Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Pros.

Stempel-Fabrik von (40884) Robert Hacht, Berlin S., Cranienstr. 142.
 liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
 Kautschuk-Typen „Perlet“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Cigarren-Eckladen
 Chausseestrasse 81, Ecke Neue Friedrichstr. 59, per 1. Okt. 1900 W.

Böhm'sche Malzbier-Brauerei
 Emil Cantieni, (44702) Goldbergerstr. 19, T. N. II. 2369.
 Prima Malz u. Weichbier zum Selbstbrauen, 5 e k e s und billiges Familiengetränk a 10 Pf., Versand in Fässern a 5 u. 10 Str. frei Haus.

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg. H. Albrecht's Bäckerei.
 Wrangelstr. 9, Kranstr. 19, Falckenstr. 28, Laufferstr. 2.

Haut- und Harn-Leiden
 heilt 30682*
 ohne schädliche Mittel
 E. Herrmann, Apotheker, Georgenkirch-Platz Nr. 21.
 Sprechst. 10-1 1/2 u. 5-8.

Fahrräder
 prima deutsche Fabrikate a 175 M. auf Teilzahlung.
W. L. Adomeit,
 Lothringerstrasse 63, I

Anzüge
 und Paletots von 30 M. an, liefert elegant figend (43824)*
Reinhold Werner,
 Gr. Frankfurterstr. 70, Kl. Andreasstr. 12.

Heilung
 aller Haut-, Horn-, Blasenleiden ohne Berufshörung. 31jährige Erfahrung.
 Harder senior, Eisasser-Strasse 20.
 Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2, Sonnt. 9-2. 28/10*

Künstliche Zähne, 3 M. an, von Allich, sehr lehnrig, ein Plombieren, Central-Röntgenstrahlen, Zahnfleisch, Bef. Rep. 10f. Goldstein, Oranienstr. 123.

Wein-Grosshandlung
 Fabrik feinsten Liqueure
Hugo Beling
Frischer Waietrank
 1/2 Flasche 50 und 60 Pf. inkl. Flasche.
Eigene Verkaufsstellen:

Bad-Strasse 12 (neben der Markthalle).
 Bad-Strasse 58-Pank-Strasse 25.
 Blücher-Strasse 14.
 Brunnen-Strasse 98.
 Bülow-Strasse 5 (am Nollendorfplatz).
 Dresdener Strasse 125.
 Grüner Weg 91 (Andreasplatz).
 Invaliden-Strasse 143.
 Invaliden-Strasse 163 (neben der Markthalle).
 Königsberger Strasse 28.
 Kottbuser Damm 7.
 Kottbuser Damm 14.

Landsberger Strasse 40.
 Linden-Strasse 103 (neben der Markthalle).
 Oranien-Strasse 14a (Heinrichsplatz).
 Oranien-Strasse 53a (Moritzplatz).
 Reinickendorfer Strasse 2f (Weddingplatz).
 Rosenthaler Strasse 11-12.
 Schönhauser Allee 187 (am Schönhauser Thor).
 Weidenweg 64 (am Baltenplatz).
 Wilsnacker Strasse 57 (Eingang Dreyse-Strasse).
 Wrangel-Strasse 20.
 Weissensee: König-Chaussee 47b. 67010

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom Montag, 21. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Miquel, Hr. v. Rheinbaben, v. Thielen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Zwangsverziehung Minderjähriger.

§ 1 lautet nach der Fassung des Herrenhauses „Zwangserziehung im Sinne dieses Gesetzes ist die Erziehung verwahrloster oder der Verwahrlosung ausgelegter Minderjähriger unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt.“

Die Kommission hat diesen § 1 gestrichen.

Hr. v. Zedlitz (H.):

Mit dem vorliegenden Gesetz gewinnen die Vorgänge der letzten Tage in Berlin ein erhöhtes Interesse. An den Exzessen gegen die arbeitswilligen Straßensbahn-Beamten waren in großer Zahl solche jugendliche Personen beteiligt, deren Erziehung zu Bürgern eine der größten Aufgaben des Staats ist. Deshalb glaube ich, daß ich heute der Regierung schon eine Interpellation meiner Freunde anfordern kann darüber, was sie zur ferneren Verhütung von Ausschreitungen und Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu thun gedenkt. Vielleicht gibt heute schon der Herr Minister eine beruhigende Erklärung ab.

Minister Hr. v. Rheinbaben:

Ich bin gern bereit zu einer solchen Erklärung, zumal an den Vorgängen, soweit es sich um Störung von Ruhe und Ordnung handelt, nicht nur Berlin, sondern das ganze Vaterland Interesse hat. Auf die Frage der Lohnunterschieden zwischen der Straßensbahn und ihren Angestellten gehe ich nicht ein. Denn ich glaube, die Staatsregierung tut gut, an dem alten Grundsatz festzuhalten, daß die Ausstrahlung derartiger Lohnunterschieden den Beteiligten zu überlassen ist. Nun haben aber die Angestellten der Straßensbahn bei ihren Vergehungen, eine Lohnaufbesserung zu erhalten, einen überaus bedenkliden Weg beschritten. Sie haben sich unter die Führung einer sozialdemokratischen Gewerkschaft gegeben und sich unter deren Leitung zu Forderungen bewegen lassen, die mit der Disziplin und Aufrechterhaltung der Ordnung nicht mehr vereinbar sind. Wäre die Direktion auf diese Bedingungen eingegangen, so hätte die Aufsichtsbehörde prüfen müssen, ob sie nicht hätte dagegen einschreiten müssen. Für mich handelt es sich darum, die öffentliche Ordnung allen Angriffen gegenüber unerschütterlich und nachdrücklich aufrecht zu erhalten. (Beifall rechts.)

In der Presse sind die Vorgänge vielfach falsch dargestellt worden. Der Strauß am Alexanderplatz spielte sich anders ab und der Umsturz des Wagens in der Leipzigerstraße erfolgte nicht durch das Publikum. Der Wagen ist von selbst aus den Gleisen gesprungen, der Anhängerwagen ist abgerissen, und dadurch sind die Schienen in Scherben gegangen. Eine Demolierung hat nicht stattgefunden. Richtig ist dagegen, daß von einem Wagen von einem Hausen Rauer die Pferde ausgespannt und anderswo hingeführt worden sind, und zwar auch in der Leipzigerstraße. Auch einige andre Ausschreitungen sind vorgekommen, es hat sich aber alles noch nicht amtlich feststellen lassen, denn was in solchen Tagen an schiefen Urteilen geleistet wird, übersteigt alles Glaubliche. Es wird da nicht mit einer, sondern mit zwei Willen gesehen. (Sehr richtig!)

Schon am Sonnabend hat eine schwere Ruhestörung an manchen Plätzen stattgefunden. Wir sind nicht überall in der Lage gewesen, rechtzeitig dem entgegenzutreten. (Hört! hört! rechts.) Ein Pferdeabsturz von der Berliner Größe läßt sich nicht so schnell übersehen. Solche Anläufe bilden sich meistens auch sehr rasch. Ich glaube aber doch sagen zu können, die Polizei hat bewiesen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen war und sie vorzüglich gelöst hat. Das Bedenkliche für mich war, daß unter dem Einfluß dieser Ausschreitungen der Verkehr schließlich eingeschränkt wurde und schließlich ganz gestockt hat, daß der Verkehr durch diese Exzesse lahmgelegt wurde. (Sehr richtig! rechts.) Das war eine Sache, die unter keinen Umständen geduldet werden konnte. (Sehr richtig!) Ich habe deshalb in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mit dem Polizeipräsidenten und der Straßensbahndirektion eine Konferenz abgehalten. Wir waren der Meinung, daß der Verkehr trotz aller Angriffe wieder aufgenommen werden müsse, eventuell unter polizeilichem Schutz. Den ganzen Verkehr aufzunehmen war unmöglich. Dazu reichten weder Angestellte noch Polizeimannschaften aus. So ist der Verkehr gestern früh nur auf den 17 wichtigsten Linien aufrecht erhalten worden. Ich habe gestern mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Hauptstellen beauftragt, am Spittelmarkt, am Alexanderplatz, und wir haben uns überzeugt, daß genügend Polizei zur Aufrechterhaltung des Verkehrs dort postiert war. Der Verkehr hat sich denn auch auf allen Linien ohne Störung vollzogen, bis auf die schweren Ausschreitungen am Rosenthaler Thor. Dieses Thor ermöglicht solche Ausschreitungen dadurch besonders, weil in den dort zahlreich einmündenden Straßen der Janhagel leicht in ansehnlicher Stärke einströmen kann. Auch dort ist die Polizei aber ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen gewesen. Sie hat, als geschossen wurde und mit Steinen geworfen wurde, die Exzedenzen mit blanker Waffe zurückgebeugt. Wenn dabei Personen verwundet wurden, so bedauere ich das, wir können es aber nicht ändern. Und ich kann hier nur die Bitte des Polizeipräsidenten wiederholen, daß das gestrige Publikum sich nicht an diesen Zusammenstößen beteilige, denn die Polizei kann den Unschuldigen vom Schuldigen nicht unterscheiden. Auch die Presse sollte beruhigend, nicht alarmierend zu wirken suchen, und sich beim Polizeipräsidenten erkundigen, ehe sie Nachrichten in die Welt setzt. Am gestrigen Nachmittag nahmen die Ausschreitungen einen Umfang an, daß wir zweifelhaft waren, ob wir allen Anforderungen allein gewachsen sein würden. So hat denn eine neue Konferenz unter Hinzuziehung der Schutzmannschaft und der Direktion stattgefunden. Das war wohl die Veranlassung zu dem Zeitungsgeschrei, ich hätte angeordnet, daß um 7 Uhr der Betrieb einzustellen sei. Das ist schlechterdings nicht der Fall. Denn eine derartige Parteinarbeit zu Gunsten der Streikenden habe ich nicht und werde ich nicht zu Schulden kommen lassen. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Sache liegt so, daß wir in der Konferenz uns sagten, es sei zweckmäßig, den Betrieb von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends aufrecht zu erhalten und dann einzustellen, damit die noch fahrenden Angestellten und auch die Schutzleute nicht zu sehr überanstrengt würden. Es ist schwer für die Schutzmannschaft, einer solchen jählichen Menge gegenüber den ganzen Tag die Ruhe und Formenheit zu bewahren. Gerade in solchen Tagen kommt es darauf an, die Leute körperlich frisch zu halten. Dann aber wurde erzwungen, ob wir nicht vielleicht die Heranziehung erhöhter Nachmittags zum Schutz der öffentlichen Ordnung und staatlichen Autorität in Aussicht nehmen sollten. Ich hoffe, daß die Polizei allein allem Ansturm die Stirn zu bieten in der Lage sein wird. Aber ich muß auch für den Fall gerüstet sein, daß die Polizei den Exzedenzen nicht mehr gewachsen ist. Ich habe deshalb mit den militärischen Vorgesetzten eine Konferenz abgehalten. Die nötigen Truppenteile sind konfiguriert, um, falls die Schutzmannschaft nicht ausreicht, mit bewaffneter Macht einzuschreiten. (Stürmischer Beifall rechts.) Ich hoffe, das Einschreiten der bewaffneten Macht wird nicht nötig sein, aber sollte es der Fall sein, so muß auch rücksichtslos eingeschritten die Möglichkeit gegeben sein. Ich hielt mich für verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen die nötigen Anordnungen zutreffen. Das war im Interesse der öffentlichen Sicherheit gegeben. Ich hoffe, wir werden die letzte Möglichkeit nicht erleben, aber wir haben die Pflicht zu zeigen, daß wir dem Janhagel gegenüber Herr im Hause sind und daß wir jeden zu Boden werfen, der der

Majestät des Gesetzes entgegenzutreten wagt. (Langandauernder lebhafter Beifall rechts.)

Hr. v. Kirch (L.):

Wir können wohl alle dem Herrn Minister für seine Erklärung dankbar sein. Ich hoffe, daß sich die Presse nimmer von allen alarmierenden Nachrichten fern halten wird. Ich habe es selbst erlebt, daß aus dem Publikum den Arbeitswilligen zugerufen wurde: „Familie Streikbrecher“. Wir ist es zweifelhaft, ob die Polizei wirklich überall auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hat, insbesondere, ob der Erlaß an den Säulen in zweideutiger Form abgefaßt worden ist.

Hr. Graf v. Limburg-Stirum (L.):

Ich möchte doch den Schein vermeiden, der erregt wird, wenn das Haus hier die Sache so formlos bespricht, als daß es etwa an der Aufregung teilnehme, die anscheinend weite Kreise Berlins ergriffen hat. (Unruhe links und im Centrum.) Die Bemerkungen des Ministers scheinen mir vollkommen korrekt zu sein. Wir haben die Auffassung der Staatsregierung für selbstverständlich gehalten und waren auch der Meinung, daß das Polizeipräsidium diese Auffassung teilen würde und daß es nicht nötig gewesen wäre, dies noch extra zu sagen. (Lebhafte Unruhe links und Widerspruch.) Dem Janhagel kann nur mit größter Energie klar gemacht werden, daß er nichts erreicht, dem Publikum, daß es sich in Gefahr begibt, wenn es sich nicht fern hält. Wenn das geschieht, kann sich niemand beschweren, wenn er sich einen blutigen Kopf holt. (Zustimmung.) Aber ich wiederhole, wir haben das für eine selbstverständliche Sache gehalten und bedauern, daß dieserhalb die Tagesordnung aufgeschoben worden ist.

Minister v. Rheinbaben:

Ich danke dem Redner für sein Vertrauen zur Staatsregierung; ich glaube aber doch, es war meine Pflicht, auf eine Anfrage aus dem Hause zu antworten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, das dient nicht bloß zur Veruhigung des Hauses, sondern auch des Publikums. (Beifall.) Dem Hr. v. Kirch erwidere ich, daß am Rosenthaler Thor 25 Schutzmannschaften zusammengezogen waren und wenn der Herr Abgeordnete den Wortlaut der Proklamation bemängelt, so bin ich nicht ihr Vater, halte ihren Inhalt aber für gerechtfertigt. Unter den Menschenmassen am Rosenthaler Thor befanden sich viele Kinder und Frauen, und es war vom Polizeipräsidium richtig, daß es die Väter, die Eltern darauf aufmerksam machte, welcher Gefahr sich ihre Kinder aussetzten. Zu redaktionellen Kunststücken in der Fassung war übrigens, glauben Sie mir, keine Zeit. (Heiterkeit und Beifall.)

Hr. Richter (fr. Vgg.):

Wir halten es nicht für zweckmäßig, nach den Erklärungen des Ministers und da wir in alle Details nicht eingeweiht sind, jetzt schon nach irgend einer Richtung Kritik zu üben. Wir behalten uns alles Weitere vor. (Beifall.)

Hr. Dr. Sattler (natl.):

Kritik will auch ich nicht üben, allein die Besprechung solcher Kravalle halte ich in der Volksvertretung für notwendig. Andererseits halte ich die feierliche offizielle Erklärung des Ministers, die ich durchaus billige, für erwünscht. Ich stimme ihm zu, daß die Staatsregierung sich in den Lohnkampf selbst nicht einmischen darf, daß sie aber die Ordnung energisch aufrecht erhält. Auch darin bin ich einverstanden, daß man den Verkehr der Straßensbahnen so wenig als möglich sistieren läßt. Die Polizei hat sich an den Streiktagen gut bewährt, sie wird es auch jetzt thun. Es kann im Interesse der Streikenden und ihrer Forderungen nichts Schädlicher sein, als wenn es noch mehr Exzesse gäbe. Die Aufrechterhaltung der Ordnung liegt gerade also im Interesse derer, die sich in wirtschaftlichen Kampf befinden. (Beifall links.)

Hr. Goldschmidt (fr. Vp.):

Von niemandem hier werden die Exzesse gebilligt werden. Wir hätten aber allerdings gewünscht, daß die Straßensbahn-Gesellschaft mit ihren Angestellten zur Einigung gekommen wäre. Es muß betont werden, daß gerade diese Gesellschaft keine Sympathie in Berlin genießt. (Unruhe rechts.) Das drückt sich auch in der allgemeinen Erregung aus, die nicht bloß die beteiligten Arbeiter, sondern die weitesten Kreise der Bevölkerung ergriffen hat. (Große Unruhe. Aufse rechts: Woher wissen Sie das?) Ich meine, die Aufgabe der Regierung wäre auch gewesen, eventuell zu prüfen, ob die Forderungen der Angestellten zu billigen sind oder nicht. Die Ruhe muß aufrecht erhalten werden. Ich kann die Polizei nur bitten, milde aufzutreten und dadurch versöhnend einzuwirken. (Lachen rechts.) Mit einer allzu-großen Schnelligkeit kann man leicht das Richtige verfehlen. Wir haben doch alle den Wunsch, daß alles ruhig abgeht. Die Angestellten haben sich an das Gewerbeamt als Einigungsamt gewandt. Die Gesellschaft ist bedauerlicherweise darauf nicht eingegangen. (Große Unruhe rechts.) Ich meine, in einem solchen Fall müßte alles gehen werden, um den Frieden herzustellen. (Beifall links.)

Eisenbahnminister v. Thielen:

Ob die Berliner Straßensbahn-Gesellschaft Sympathien hat oder nicht, darauf kann es in diesem Fall absolut nicht ankommen. (Sehr richtig! rechts.) Es sind zweierlei Forderungen gestellt: einmal die Lohnforderungen, und zweitens solche, bei denen es sich um die Disziplin dreht. In der Lohnfrage ist die Gesellschaft so weit als irgend möglich entgegengekommen. Die Differenz zwischen dem Beforderten und Bewilligten ist hier durchaus geringfügig. Doch dagegen (mit lauter Stimme) ist mit meinem vollen Wissen und meiner vollen Billigung die Gesellschaft allen Forderungen entgegengetreten, die sich auf die Ordnung und auf die Disziplin bezogen. Es sind Forderungen gestellt, mit denen keine Verkehrsanstalt ihre Aufgaben erfüllen kann. Die Staatsregierung würde in die Lage gekommen sein, zu prüfen, ob sie bei Bewilligung der Forderungen durch die Direktion nicht ihrerseits hätte einschreiten müssen. Die Gesellschaft ist auf diese Forderungen mit vollem Recht nicht eingegangen. In dieser Beziehung mußte eine Einigung abgelehnt werden. Das Gewerbeamt ist für Straßensbahnen nicht zuständig. Es sind eben andre Klüftchen, die bei den Angestellten der Verkehrsanstalten durchgeführt werden müssen, wie bei den Angestellten jedes andern Betriebs. (Beifall rechts.)

Hr. Dr. Kewoldt (H.):

Meine Freunde halten es für selbstverständlich, eine solche Sache hier zur Sprache zu bringen. Die Erklärungen des Ministers haben uns in ihrem sachlichen Inhalt voll befriedigt.

Hr. v. Kirch (fr. Vp., mit Unruhe empfangen):

gibt die Erklärung ab, daß seine Partei mit der Regierung darin einverstanden ist, daß keine Einmischung in den wirtschaftlichen Kampf stattfinden soll. Im gegenwärtigen Stadium halte ich die Partei nicht für befugt, irgend ein Urteil über den Streik abzugeben.

Das Haus geht nunmehr wieder zur Beratung über die Vorlage der Zwangsverziehung über.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den ersten Kreis hielt am Dienstag die Generalversammlung für das letzte Halbjahr ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Vortrag des Genossen Paul Hirsch über das neue Kommunalwahlgesetz. Der Redner sagte, es sei bedauerlich, daß, obgleich dies Gesetz sich ausgesprochen

maßen gegen die Socialdemokratie richtet, dennoch von unserer Partei keine Protestbewegung gegen dasselbe eingeleitet worden ist. Ein lebhafter Protest wäre um so mehr am Platze gewesen, als die Socialdemokratie von der Verteilung im Abgeordnetenhaus und damit von der unmittelbaren Einwirkung auf diese Vorlage ausgeschlossen ist. Nachdem der Redner die Materie des Gesetzes eingehend besprochen hatte, kam er zu dem Schluss: die Kommunalwahl-„Reform“ habe trotz ihres schlechten Zwecks das eine Gute gehabt, jedem, der nicht absichtlich Augen und Ohren verschließt, zu zeigen, daß an dem Kommunalwahlgesetz überhaupt nichts gebessert werden kann. Diese Einsicht werde die Zahl der Gegner der Klassenwohl hoffentlich vermehrt haben. — In der Diskussion, an der sich Bohn, Kaliske, Räterot- und Wörschel beteiligten, wurde der reaktionäre Charakter des Kommunalwahlgesetzes scharf gekennzeichnet.

Hierauf erstattete der Vorsitzende Felgentreff den Vorstandsbericht für das abgelaufene Halbjahr vom 1. Oktober d. J. bis 31. März d. J. Es haben 4 Versammlungen stattgefunden, die nur schwach besucht waren. Eingetretten sind 10 neue Mitglieder. Um Material für die Diskussionen an den Jahlabenden zu haben, hat der Vorstand 1000 Exemplare des Parteiprogramms angekauft. — Nach dem vom Kassierer Doppel erstatteten Kassenbericht betragen die Einnahmen 453,50 M., die Ausgaben 385,05 M., bleibt ein Bestand von 68,45 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, die folgendes Resultat hatte: 1. Vorsitzender Felgentreff, 2. Vorsitzender Richter, 1. Kassierer Doppel, 2. Kassierer Ege, 1. Schriftführer Weyel, 2. Schriftführer Wolf, Weißiger Wolzmann, Revisoren Kubat und Dressel.

Im socialdemokratischen Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises sprach am Donnerstag Reichstags-Abgeordneter Rosenow über „Junkerthum, Industrie und Arbeiterklasse im Kampf um die Handelsvertrags-Politik“. Nach einem kurzen Streifzug in das Gebiet der lex Heinze, die augenblicklich im Vordergrund des Interesses steht, wandte sich der Vortragende seinem eigentlichen Thema zu. Er führte aus, daß zwischen Junkertum und Junkertum ein Abkommen getroffen sei, wonach letzteres seine Unterstützung für die lex Heinze dem Centrum, dieses aber den Junkern für ihre agrarischen Forderungen: Fleischbeschau-Gesetz, Getreidezölle u. seine Mithilfe zugesagt habe.

An der Hand eines reichhaltigen Materials wies der Referent nach, daß das Deutsche Reich sich von einem Industriestaat, der für den Weltmarkt produzierte, zu einem Export-Industriestaat für den Weltmarkt entwickelt habe; ein Absatz der Industrieprodukte lasse sich nicht durch militärische Rüstungen, sondern nur durch eine kluge Handelsvertragspolitik sichern.

Es unterliege keinem Zweifel, daß die nächsten Kämpfe um die Handelspolitik von schwerwiegender Bedeutung würden, indem das Junkertum heute schon mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versucht, den Abschluß der Verträge im Sinn ihrer Liebesgabenpolitik herbeizuführen. Redner schildert eingehend die Gefahren dieser Junkerpolitik, die dahin gehe, einer Hand voll Junkern hohe Preise für ihre Produkte auf Kosten der Allgemeinheit zu sichern, dem Volke aber die wichtigsten Lebensmittel in unerhörter Weise zu verteuern und damit seine Lebenshaltung noch viel mehr als dies jetzt schon der Fall sei zu verschlechtern.

Die Arbeiterklasse und die Industrie hätten die gleichen Interessen bezüglich der Handelsverträge und gemeinsam den Kampf gegen das Junkertum in dieser Frage auszumachen. Die Socialdemokratie werde, wie immer, auch in diesem Falle das Wohl der Gesamtheit im Auge behalten und die unerfüllliche Forderung eines beutegierigen Junkertums mit aller Energie bekämpfen.

Eine Diskussion knüpfte sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht. Nachdem der Vorsitzende noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß am Samstagabend ein Ausflug nach Schildhorn stattfinden würde, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine schwachbesuchte Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter tagte am Dienstag in Graumanns Salon. Der bisherige Vertrauensmann Arndt erstattete zunächst den Kassenbericht über den Streikfonds für das verfloßene Jahr (bis 1. Februar 1900). Die Einnahmen betragen 856,50 M., die Ausgaben 597,15 M. (darunter 200 M. an die dänischen Arbeiter, 200 M. an die totalen Löhner, 50 M. an die Solinger Werkschläger), bleibt ein Bestand von 259,35 M. Die Kasse des Vertrauensmanns hatte eine Einnahme von 266,55 M. und eine Ausgabe von 227 M., bleibt ein Bestand von 39,55 M. Der Streikfonds vom 1. Februar 1900 bis 14. Mai 1900 weist an Einnahme 2331,00 Mark und an Ausgabe 2198 Mark auf; bleibt Bestand 133,60 Mark. Hierauf wurden dem bisherigen Vertrauensmann für das verfloßene Jahr 2 Proz. der Einnahme als Entschädigung für seine Thätigkeit bewilligt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung schlägt Arndt die Einführung einer einheitlichen Streikmarke für das Sammelwesen vor. Wippenhagen und Böttcher stimmen dem Vorschlag zu und stellen ersterer den Antrag, eine einheitliche Streikmarke a 20 Pf. einzuführen. Nach einer langen Debatte wird der Antrag Wippenhagen abgelehnt, damit bleibt das Sammelwesen in seiner jetzigen Form bestehen. Nunmehr wird als Vertrauensmann — da Arndt eine Wiederwahl ablehnt — Wippenhagen einstimmig gewählt. Als Stellvertreter wird Kleinlein ernannt. Dem Vertrauensmann werden 2 Proz. der Einnahme als Entschädigung gewährt. Die Kassenführung haben nunmehr die Revisoren des Fachvereins zu kontrollieren. Den streikenden Holz- und Drehterträgern wurden 50 M. als Unterstützung gewährt.

Die Sattler und verwandten Berufsgenossen waren am Donnerstag in starker Anzahl im Gewerkschaftshause versammelt. Sassenbach referierte über die Aufgaben der Berliner Gewerkschafts-Kommission. Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Als Delegierte zur Berliner Gewerkschafts-Kommission wurden Sassenbach und Albert Hoffmann gewählt. Als Erasmänner wurden Lehmann und Friedrich ernannt. Hierauf erstattete Sturm den Bericht über seine Thätigkeit als Gewerbegerichts-Beisitzer. Hofmann berichtete über das Innungs-Schiedsgericht. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß die Zwangsverziehungskommission gegenwärtig in Beratung mit den Militärfabrikanten steht, bezügl. Abschaffung der Hausindustrie. Nach einigen internen Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Die Tagesleiter der Billale Süd wählten am 15. Mai Ebner Sander und Friedmeyer zu Delegierten für die Generalversammlung.

Der socialdemokratische Wahlverein für Lichtenberg-Friedrichsberg hielt am 16. Mai eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Kiese über „Die Socialdemokratie in den Parlamenten und in den Gemeinden“ referierte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf berichtete Genosse Wehl über die Einführung der Gemeinde-Vertreter im Gemeinderat, unter anderem wurde hervorgehoben, daß man vermute, die Wahl der Genossen Grauer und Wehl mit sehr haltlosen Begründungen angefochten, aber es mißlang völlig. Liepe gab bekannt, daß die Antwort an ihn auf eine Beschwerde über die Nichterfüllung der neugewählten Gemeinde-Vertreter vom Gemeinde-Vorstand eingetroffen sei. Die Beschwerde wäre unbegründet und sei darüber zur Tagesordnung übergegangen. Nachdem Redner noch bekannt gemacht, daß von jetzt ab wieder regelmäßig die Versammlungen jeden Dienstag nach dem 15. stattfinden, wurde die impp., ante, von 170 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Abteilung Berlin. Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Vespaal der Gesellschaft, Unter den Linden 16, III. Pädagogische Gruppe. Referat von Fr. Alice Salomon: „Erziehung zur sozialen Pflicht“ — Diskussion.

